



Plenarprotokoll

60. Sitzung

Mittwoch, 6. Juni 2007

Aktuelle Stunde	4284	Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	4294
Auswirkungen des Personalmanagementkonzeptes der CDU-Fraktion auf die Politik der Landesregierung	4284	Gemeinsame Beratung	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		a) Angebote für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten	4297
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4284	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1413	
Dr. Johann Wadepful [CDU].....	4285	b) Kita-Verordnung schlägt falschen Weg ein - geplanten Qualitätsabbau verhindern	4297
Lothar Hay [SPD].....	4287	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1415 (neu)	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4288, 4296	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	4297, 4308
Anke Spoorendonk [SSW].....	4290, 4294		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4291		
Frank Sauter [CDU].....	4292		

Heike Franzen [CDU].....	4298	Umsetzung der Europäischen	
Astrid Höfs [SPD].....	4301	Charta der Regional- oder Minder-	
Monika Heinold [BÜNDNIS		heitenssprachen in Schleswig-Hol-	
90/DIE GRÜNEN].....	4303	stein - Sprachenchartabericht	
Lars Harms [SSW].....	4304	2007.....	4325
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für		Bericht der Landesregierung	
Bildung und Frauen.....	4306, 4309	Drucksache 16/1400	
Beschluss: 1. Überweisung des An-		Peter Harry Carstensen, Minister-	
trages Drucksache 16/1413 an den		präsident.....	4325
Bildungsausschuss		Susanne Herold [CDU].....	4327
2. Ablehnung des Antra-		Rolf Fischer [SPD].....	4329
ges Drucksache 16/1415 (neu).....	4310	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	4331
Erste Lesung des Entwurfs eines		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS	
Gesetzes zur Änderung des Brand-		90/DIE GRÜNEN].....	4333
schutzgesetzes und des Landeska-		Anke Spoorendonk [SSW].....	4334
tastrophenschutzgesetzes.....	4310	Beschluss: Überweisung an den	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Europaausschuss und den Bil-	
Drucksache 16/1404		dungsausschuss zur abschließen-	
Dr. Ralf Stegner, Innenminister....	4310	den Beratung.....	4337
Peter Lehnert [CDU].....	4311	Lokale Bündnisse für Familien in	
Thomas Hölck [SPD].....	4312	Schleswig-Holstein	4337
Günther Hildebrand [FDP].....	4314	Bericht der Landesregierung	
Karl-Martin Hentschel [BÜND-		Drucksache 16/1408	
NIS 90/DIE GRÜNEN].....	4315	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin	
Anke Spoorendonk [SSW].....	4316	für Soziales, Gesundheit, Fa-	
Beschluss: Überweisung an den In-		milie, Jugend und Senioren.....	4337
nen- und Rechtsausschuss und den		Frauke Tengler [CDU].....	4338
Wirtschaftsausschuss.....	4317	Ulrike Rodust [SPD].....	4339
Klimaschutz in der		Dr. Heiner Garg [FDP].....	4340
Landwirtschaft.....	4317	Monika Heinold [BÜNDNIS	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS		90/DIE GRÜNEN].....	4341
90/DIE GRÜNEN		Lars Harms [SSW].....	4342
Drucksache 16/1422		Beschluss: Überweisung an den Sozi-	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS		alausschuss zur abschließenden	
90/DIE GRÜNEN].....	4317, 4323	Beratung.....	4343
Claus Ehlers [CDU].....	4318	Gemeinsame Beratung	
Ulrike Rodust [SPD].....	4319	a) Auswirkungen des G-8-Gipfels	
Günther Hildebrand [FDP].....	4320	auf die Sicherheitslage in	
Lars Harms [SSW].....	4321	Schleswig-Holstein.....	4344
Dr. Christian von Boetticher, Mi-		Antrag der Fraktionen von CDU	
nister für Landwirtschaft, Um-		und SPD	
welt und ländliche Räume.....	4323	Drucksache 16/1402	
Beschluss: Überweisung an den Um-		b) G 8 - Für Demonstrationsfrei-	
welt- und Agrarausschuss.....	4325	heit und nachhaltige Entwick-	
		lung.....	4344

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1423

Dr. Ralf Stegner, Innenminister.....	4344, 4362
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	4347, 4358
Peter Lehnert [CDU].....	4349
Klaus-Peter Puls [SPD].....	4351
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4353, 4360
Anke Spoorendonk [SSW].....	4356, 4360
Jürgen Weber [SPD].....	4359
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4361
Beschluss: Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1423.....	4363

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 23. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt sind Frau Abgeordnete Monika Schwalm und Herr Abgeordneter Olaf Schulze. - Ich wünsche beiden von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Detlef Buder.

Das erste Mal auf der Bank der Regierung hat Herr Staatssekretär Dr. Olaf Bastian Platz genommen. - Herr Dr. Bastian, herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 5, 6, 9 und 17 ist eine Aussprache nicht geplant. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Punkte 10 und 16, „Auswirkungen des G-8-Gipfels auf die Sicherheitslage in Schleswig-Holstein“ und „G 8 - für Demonstrationsfreiheit und nachhaltige Entwicklung“. Weiter sind die Punkte 11 und 13, „Angebote für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten“ und „Kitaverordnung schlägt falschen Weg ein - geplanten Qualitätsabbau verhindern“, sowie die Tagesordnungspunkte 20 und 23, „Bericht über die aktuelle Umsetzung des Schulgesetzes“ und „Schulanmeldungen“, zur gemeinsamen Beratung vorgesehen.

Die Abgeordneten des SSW haben ihren Antrag auf eine Fragestunde zum Paralympischen Zentrum in Ellenberg zurückgezogen.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen der 23. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist ein Ende der Sitzung gegen 13:30 Uhr zu erwarten. Eine Mittagspause ist am Freitag daher nicht vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Auf der Tribüne begrüße ich ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Klaus-Rixen-Hauptschule

(Präsident Martin Kayenburg)

aus Altenholz mit ihren Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen Technik aus Kiel mit ihren Lehrkräften. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Dann darf ich auf der Tribüne herzlich unsere ehemaligen Kollegen Herrn Professor Wiebe, Herrn Behm, Herrn Poppendieker, Herrn Plüschau und Herrn Johna begrüßen. - Auch Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde**Auswirkungen des Personalmanagementkonzeptes der CDU-Fraktion auf die Politik der Landesregierung**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Wort hat Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat vorgeschlagen, **5.000 Stellen** im Landeshaushalt zu streichen. 5.000 von 51.000, das sind fast 10 %. Dieser Vorschlag ist komplett unrealistisch.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist der hilflose Versuch, von dem Versagen der eigenen Regierung abzulenken; es ist der Versuch, diese Landesregierung endlich zum Handeln zu zwingen, damit sie mit der Verwaltungsmodernisierung vorankommt. Oder mit anderen Worten: Auch die CDU-Fraktion hat erkannt, dass das Konzept der Landesregierung zum **Personalabbau** gescheitert ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit die CDU regiert, wurden Stellen abgebaut, Leitungsfunktionen werden seitdem besser bezahlt und die engen Personalbudgets - von Rot-Grün gesetzt - wurden durchbrochen, indem der Finanzminister großzügig die Tarifsteigerungen bezahlt, die früher aus den Budgets erbracht wurden.

Die Regierung ist sehenden Auges in steigende Personalkosten hineingelaufen. Nun ist der CDU zu Recht die Hutschnur gerissen und sie sagen: Halt,

wir müssen dieses Personaleinsparkonzept, was eine Nullnummer ist, stoppen. Darin haben sie unsere Zustimmung.

Der einzige, der das Personaleinsparkonzept gut findet, ist der Ministerpräsident. Wir hatten eine Kleine Anfrage gestellt und die Landesregierung gefragt, ob sie mit ihrem Erfolg zufrieden ist. Die Staatskanzlei hat mit einem schlichten Ja geantwortet.

(Beifall des Abgeordneten Frank Sauter [CDU] - Lachen bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, jetzt ist Ihnen die CDU-Fraktion als Verbündeter abhanden gekommen. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

(Widerspruch bei der CDU)

Anlass mag ja der Bericht zur Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung sein. Meine Damen und Herren, haben Sie einmal in den Bericht hineingeschaut? - Unter den Stichworten „Vorschläge für **Personalabbau**, für Aufgabenverlagerung, für Ausgabenreduzierung, Vorschläge aus den **Ministerien**“, unter diesen Stichworten, tauchen nur leere Seiten auf.

Das hat es noch nicht gegeben, dass uns die Regierung einen Bericht vorlegt, in dem ein Drittel aller Seiten schlicht leer ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da sind die Stellen schon abgebaut!)

Sie sind leer, weil die Regierung keine Vorschläge hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Dokument des Scheiterns, es ist ein Armutzeugnis für die gesamte Landesregierung. Der Staatssekretär Schlie hat hier sein eigenes Versagen dokumentiert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Nach zwei Jahren können wir die Bilanz ziehen: Die **Landesregierung** hat kein **Konzept** für eine **Verwaltungsmodernisierung**, sie hat kein Konzept für den Abbau von Doppelstrukturen und kein Konzept für den Personalabbau. Und in dieser Situation kommt die CDU mit ihrer unschlagbaren Logik und sagt: Liebe Landesregierung, wenn ihr es nicht schafft, 2.500 Stellen abzubauen, dann baut doch bitte schön 5.000 Stellen ab.

Meine Damen und Herren von der CDU, wie soll das gehen? - Rund 43.000 Stellen von unseren 51.000 Stellen sind für Lehrer, Polizisten, Justiz- und Steuerbeamte vorgesehen. Wollen Sie denn von den restlichen 8.500 Stellen, die in den Minis-

(Monika Heinold)

terien und in der sonstigen Verwaltung sind, 60 % abbauen? Diese Frage stellt sich doch.

Sie wollen die natürliche Fluktuation nutzen. - Schauen Sie in den Haushalt. Fast die Hälfte aller Stellen sind im Schulbereich. Ihr Vorschlag - so kann man das CDU-Papier auf die Kurzformel bringen - heißt: Wer in der Verwaltung übrig ist, soll zukünftig unsere Kinder unterrichten. Hierzu sagt die grüne Fraktion ganz deutlich: Nein! Dieser Vorschlag ist haarsträubend, er ist verantwortungslos, er ist ein bildungspolitischer Blindflug.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Packen Sie Ihr unrealistisches Konzept in die Motenkiste und erarbeiten Sie endlich mit uns gemeinsam tragfähige Konzepte.

Als Erstes können Sie Ihren überflüssigen, teuer bezahlten und erfolglosen Entbürokratisierungsstaatssekretär entlassen. - Erster Schritt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Zweitens Sie können Sie Ihre Papiere zur Verwaltungsmodernisierung in den Papierkorb werfen. Ich sage: „Zurück auf Los!“ Und legen Sie endlich tragfähige Konzepte für eine Verwaltungsstrukturreform, für eine Gebietsreform vor.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der dritte Vorschlag: Holen Sie unsere Haushaltsanträge aus der Schublade. Dort haben wir eine deutliche Begrenzung der **Personalbudgets** gefordert. Sie haben das abgelehnt. Holen Sie diesen Vorschlag wieder hervor. Damit hätten wir eine Einsparung beim Personal.

Schaffen Sie endlich mehr Eigenverantwortung für die Schulen, damit wir innerhalb der **Schulverwaltung** sparen können. Wir fordern weniger Bürokratie in der Schulverwaltung und dafür mehr Autonomie für die Schule. Auch damit hätten wir einen weiteren Schritt getan.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Falls Sie die Ernsthaftigkeit, die Glaubwürdigkeit Ihrer Vorschläge unter Beweis stellen möchten, gebe ich Ihnen einen kleinen Tipp: Schaffen Sie mit uns gemeinsam das Polizeiorchester ab. Das werden Sie

aber nicht wollen. Es sind 26 Stellen und diese bilden eindeutig keinen Kernbereich.

Ich sehe es schon an Ihrem Kopfschütteln: Es sind hohle Worte, aber zu Taten fehlt Ihnen der Mut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat deren Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Johann Wadephul, das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzlage des Landes ist schwierig, aber die Rettung ist nahe; das haben wir gerade gehört: Wir brauchen nur das Polizeiorchester abzuschaffen und schon ist alles erledigt.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Erledigt“ haben wir nicht gesagt!)

- Es war der einzige konkrete Vorschlag, den die Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier unterbreitet hat und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Armutszeugnis an sich.

(Beifall bei der CDU)

Es freut mich, dass ein Papier aus meiner Fraktion eine so große Aufmerksamkeit findet und auch das Hohe Haus beschäftigt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dank der Grünen!)

Wir können es in Zukunft immer so machen: Wenn ein **Fraktionsarbeitskreis** der CDU ein **Papier** verabschiedet, dann machen wir direkt eine Aktuelle Stunde. Das ist angemessen und wir wollen uns bemühen, weiterhin dazu beizutragen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Heinold, wenn man über ein Papier reden will, dann ist es gut, vorher hineinzuschauen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe es hier!)

- Ja, Ihre Rede hat mir allerdings den Eindruck vermittelt, dass Sie nicht nur nicht hineingeschaut haben, sondern dass Sie es auch nicht durchgelesen haben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch das habe ich getan! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da steht nur ein konkreter Vorschlag drin!)

(Dr. Johann Wadehul)

- Ich habe auch nicht den Eindruck, dass Sie es verstanden haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ein bisschen viel verlangt!)

Liebe Frau Heinold, ich frage mich, warum Sie eine Rede über die Forderung der CDU, 5.000 Stellen abzubauen, halten, obwohl dies gar nicht in dem Papier steht.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage gleich etwas zu den 5.000 Stellen. Diese werden in dem Papier aber mit keinem Wort erwähnt. Es steht keine einzige Zahl im Papier.

Dieses Papier zum **Personalmanagementkonzept** - Sie können diesen gewissen Anglizismus beklagen - möchte Instrumentarien zur Hand geben, wie man Personalbewirtschaftung - das ist ein Versuch, es auf Deutsch auszudrücken - bewältigen kann und wie man mit einem Personalüberhang, den man in irgendeiner Form erwirtschaften kann und muss, umgeht. Darüber steht etwas drin.

Zentrale Personalsteuerung ist ein Vorschlag, den wir dort unterbreiten und der zu diskutieren sein wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stellen uns gern dem Wettbewerb: in diesem Hause und auch in der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit. Wir warten auf bessere Vorschläge. Aber nur mäkeln, liebe Frau Heinold, hilft uns an dieser Stelle nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Nun komme ich gern zu dieser Zahl von **5.000 Stellen**. Man muss nicht lange in den Archiven der schleswig-holsteinischen Landespolitik suchen, um zu sehen, wo sie herkommt. Sie ist gerade einmal vor einem Jahr in der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit geäußert worden - von einem gewissen Professor Seitz. Es ist von der Landesregierung beauftragt worden, die Finanzlage des Landes zu analysieren. Wir haben es hier im Haus diskutiert und kein Geringerer als der von mir außerordentlich geschätzte Herr Vorsitzende des Finanzausschusses, Kollege Günther Neugebauer, hat sich dazu bei der Einbringung des letzten Haushaltes sehr lobend geäußert, und zwar vertretungsweise für das gesamte Haus.

An der Stelle muss ich einräumen, dass wir mit dem, was er gesagt hat, Recht hatte. Er hat nämlich am 14. Dezember des letzten Jahres festgestellt, dass die Ratschläge von Herrn Professor Seitz seinerzeit eine ungeteilte Zustimmung erfahren hätten. Wohl gesprochen, lieber Herr Kollege Neugebauer: So ist es gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte hier noch mehr zitieren. Ich habe mir die Sachen von meiner Pressestelle zusammenstellen lassen. Sie können aber auch selber nachlesen, was damals alles gesagt worden ist. Das Papier ist noch nicht einmal vergilbt, weil es - wie gesagt - noch nicht einmal zwölf Monate alt ist. Dies hat übrigens auch zu einer einhelligen Zustimmung in der Pressekollegenschaft geführt. Beispielsweise hat die Berichterstatterin der „Kieler Nachrichten“ geschrieben, wir seien wach gerüttelt worden und das sei auch dringend notwendig gewesen. - Das sind die Vorschläge von **Professor Seitz**. Diese wurden von allen getragen und wer sie jetzt nicht mehr teilt, der soll nach vorn treten und es sagen. Das wäre neu, aber wir würden es zur Kenntnis nehmen.

Professor Seitz hat in seinem **Gutachten** auch nicht geschrieben, dass wir alles bis 2010 schaffen würden. Falls ich es richtig im Kopf habe, hat er geschrieben, dass man zwei Legislaturperioden Zeit brauche. Er hat allerdings auch gesagt, meine Damen und Herren: Wenn ihr das Ziel aufgibt, braucht ihr es erst gar nicht zu versuchen.

Das muss man in aller Deutlichkeit sagen: Wer sich von diesen Analysen von Professor Seitz verabschieden möchte, der muss es sagen. Wir jedoch tragen sie in den Grundzügen und müssen darum in dieser Koalition und über 2010 hinaus auch in der Landespolitik ringen. Dies umzusetzen ist eine dringende Mahnung, die wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich rate auch, dass wir uns ehrlich darüber unterhalten, wie wir mit Gutachten umgehen. Dies gilt auch gegenüber Herrn Professor Seitz; möglicherweise ist der Mann ein bisschen sensibel. Denn er ist mittlerweile mit einer neuen Begutachtung zum Thema Kreisgebietsreform beauftragt.

(Lothar Hay [SPD]: „Föderalismus 2“ auch!)

- Ja, „Föderalismus 2“ auch.

(Zuruf von der SPD: Der verdient sein Geld damit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben doch an mancher Stelle schon diskutiert, welche **Verbindlichkeit** Gutachten haben. Auch wenn es uns innerhalb der Fraktion manchmal schwer fällt, halten wir uns daran: Wenn wir jemanden beauftragen, dann nehmen wir das **Gutachtenergebnis** so hin, wie es ist und dies gilt auch dann, wenn wir es uns politisch so eigentlich nicht wünschen.

(Dr. Johann Wadephul)

Wir halten uns daran und das gilt auch für die Themen Verwaltungsstrukturreform und Kreisgebietsreform. Wenn Herr Seitz zu Ergebnissen kommt, dann werden wir uns daran halten.

Lieber Kollege Neugebauer - hier scheinen sich erste Differenzen zwischen uns aufzutun -, man kann sich nicht je nach Themengebiet für ein Ergebnis entscheiden oder nicht. Man kann nicht sagen: Beim Thema Kreisgebietsreform wollen wir uns an das Ergebnis von Seitz halten, aber beim Thema Finanzen wollen wir uns nicht daran halten.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege!

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Wir fahren eine konsequente Linie: Die Gutachter sagen uns, wie die Finanzsituation in diesem Lande ist und wir sind dann aufgefordert, die Ergebnisse der Gutachten Schritt für Schritt umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht an der klaren Analyse nicht vorbei: Wir werden im **Personalbereich** erhebliche **Einsparungen** treffen müssen und das werden die CDU-Fraktion und die CDU in diesem Land umsetzen, und zwar in dieser und in der nächsten Wahlperiode. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit in der Koalition und auch ansonsten auf die Unterstützung durch politische Parteien aller Couleur. Denn es ist alle Mühen Wert, in diesem Bereich endlich etwas zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde „Auswirkungen des Personalmanagementkonzepts der CDU-Fraktion auf die Politik der Landesregierung“ gibt mir die wunderbare Gelegenheit, die grundsätzliche Position der Sozialdemokraten zum **Personalbereich** deutlich zu machen.

Im Koalitionsvertrag haben wir zwei Schwerpunktbereiche dargestellt, die vom Stellenabbau ausgenommen werden sollten. Der eine Bereich ist der **Bildungsbereich** inklusive Hochschulen, der andere der Bereich der **inneren Sicherheit** inklusive Justiz.

Lassen Sie mich kurz auf den Bildungsbereich eingehen. Wir haben etwas gemacht, worum uns andere Bundesländer beneiden. Wir haben Haupt- und Realschule für die Zukunft zur Regionalschule zusammengeführt und wir führen die Gemeinschaftsschule ein. Wir wollen mit diesem neuen Bildungssystem die Konsequenzen aus den verschiedensten bildungspolitischen Untersuchungen ziehen, die uns nachgewiesen haben, dass in Schleswig-Holstein - aber nicht nur da - dringender Handlungsbedarf besteht. Wir wollen an den Schulen mehr fördern. Wir wollen mehr fordern. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen erreichen. Wir wollen die Anzahl der jungen Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich reduzieren.

Wir haben mithilfe der Bundesregierung viele offene Ganztagschulen im Land ausgebaut. Als langfristiges Ziel werden die Sozialdemokraten auch den Weg zu einer gebundenen Ganztagschule gehen.

Wenn man dies vor Augen hat, weiß man, dass die Mehranforderungen im Bildungsbereich nicht durch einen Stellenabbau erreicht werden können. Wir versuchen, dahin zu kommen - ob wir es schaffen, steht noch nicht endgültig fest; ich habe auch meine Zweifel daran -, dass wir als Folge des Rückgangs der Schülerzahlen das Ziel einigermaßen erreichen. Der Präsident des Landesrechnungshofs hat festgestellt, dass im musischen Bereich 160 Stellen fehlen.

Wenn man das alles zusammenfasst, kommt man zu dem Fazit: Wir wollen im nächsten Jahr unser **Bildungsangebot** verbessern. Deshalb darf es dort **keinen Stellenabbau** geben. Hierin besteht auch Einigkeit mit der CDU, zumindest wenn ich deren Pressemitteilung lese.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Bereich der inneren Sicherheit. Auf Seite 47 des Koalitionsvertrages ist die Bedeutung der **inneren Sicherheit** dargelegt. Da steht der Satz: Einsparungen bei den Vollzugsstellen der Polizei wird es nicht geben.

Wir haben im Lande 8.000 Polizisten, die eine hervorragende Arbeit leisten. Ich will gar nicht auf das eingehen, was in den letzten Tagen in Mecklenburg-Vorpommern passiert ist. Darüber diskutieren wir an anderer Stelle.

Die Polizisten schieben Hunderttausende von Überstunden vor sich her. Sollen wir denen nun erzählen, dass es bei ihnen einen Stellenabbau geben wird? Den wird es mit Sozialdemokraten nicht geben; innere Sicherheit hat einen hohen Stellenwert.

(Lothar Hay)

(Beifall bei der FDP)

Was ich gerade für den Bereich der inneren Sicherheit gesagt habe, gilt genauso für den **Justizvollzugsdienst**. Wer sich einmal danach umgesehen hat, unter welchen Belastungen dort gearbeitet wird, erkennt, dass es da so ist wie im Polizeidienst.

Ich komme zum Bereich der **Steuerverwaltung**. Ich habe einmal gelernt, dass Steuerprüfer und Steuerfahnder ihr Gehalt durch die eigene Tätigkeit verdienen. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass der Finanzminister den Ast, auf dem er sitzt, absägt.

(Beifall bei der SPD)

Das sind einige grundsätzliche Vorbemerkungen.

Auch Sozialdemokraten sind für **Personalabbau**. Voraussetzung ist aber, dass wir erst einmal definieren - dafür hat die Regierung eine Vorlage gemacht -, welche **Aufgaben** wegfallen sollen und welche Aufgaben auf welche andere Ebene verlagert werden sollen. Wenn die Verwaltungsstrukturreform konsequent umgesetzt werden soll, dann hat auch das Parlament die Aufgabe, diese durchzusetzen. Dabei werden wir feststellen, welche Anzahl von Stellen insgesamt aus dem Landeshaushalt wegfällt. Das ist der konsequente Weg.

Es gibt noch einen zweiten Punkt, der in der Diskussion bisher zu kurz gekommen ist. Die Regierung hat beschlossen, dass im **ministeriellen Bereich** 7,5 % der **Personalkosten** bis 2010 zu kürzen sind. Im nachgeordneten Bereich der Landesämter sind es unter Berücksichtigung des Wegfalls und der Verlagerung von Aufgaben 15 % der Personalkosten. Am Ende kommt bestimmt ein zweistelliger Millionenbetrag heraus. Das ist bis 2010 das Ziel, das wir in der Koalition gemeinsam verabredet haben. Daran werden wir arbeiten und entsprechende Beschlüsse fassen, die umgesetzt werden müssen.

Wenn man das alles zusammennimmt, dann erkennen wir einen Bereich, bei dem wir aufpassen müssen, auch angesichts der bundespolitischen Diskussion. Wenn wir Aufgaben verlagern oder privatisieren, gerade im niedrig qualifizierten Bereich, dann müssen wir aufpassen, dass nicht diejenigen, die bei uns ein ausreichendes Einkommen haben, anschließend an anderer Stelle ein nicht mehr ausreichendes Einkommen haben, sondern staatliche Lohnersatzleistungen in Gestalt von Arbeitslosengeld II nötig haben. Das wäre eine Verlagerung von einer Kasse auf eine andere.

Bei der Diskussion, die wir um den **Mindestlohn** führen, muss ein Grundsatz gelten, der für uns Sozialdemokraten gilt: Wer Vollzeit arbeitet, muss da-

mit seine Existenz ausreichend sichern können. Das muss auch bei uns gelten, wenn es um die Verlagerung staatlicher Aufgaben geht.

(Beifall bei der SPD)

In einer Koalition ist es jedem Partner unbenommen, Vorschläge zu machen. Darüber diskutieren wir. Am Ende wird ein gemeinsamer Beschluss stehen müssen.

Ziel auch der Sozialdemokraten ist: Wir wollen einen **Personalabbau**. Dazu sind die erforderlichen Beschlüsse gefasst worden. Die müssen jetzt umgesetzt werden. Voraussetzung ist, dass es **Streichungen und Verlagerungen von Aufgaben** sowie eine konsequente Verwaltungsstrukturreform gibt. Dann sind wir einen ersten Schritt vorangekommen.

Im Übrigen ist es so: Professoren liefern die Analyse. Die politische Umsetzung macht das Parlament. Das ist dann der zweite Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion und ich selbst sind etwas ratlos darüber, dass das Hohe Haus über einen Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion diskutiert, der wenige Tage alt ist und schon zu fundamentalen Erklärungen geführt hat, aber nichts anderes ist als die Einlösung eines Versprechens, das uns Kollege Wadephul während der Haushaltsdebatte und vor zwei Monaten gegeben hat, wonach die CDU-Fraktion ein **Personaleinsparkonzept** vorlegen werde.

(Beifall bei der FDP)

Nun kennen wir alle den wunderschönen Satz: Und wenn du nicht mehr weiterweißt, dann gründe einen Arbeitskreis. Major der Reserve Wadephul hat gesagt: Wir brauchen Visionen. Hauptmann der Reserve Sauter hat erklärt: Divisionen fangen bei 5.000 an.

Sie haben uns ein Konzept vorgelegt, von dem der Kollege Wadephul zu Recht gesagt hat: Das ist gar kein Personaleinsparkonzept, sondern ein **Personalbewirtschaftungskonzept**. Ich habe es gelesen und mich gewundert, warum die Diskussion so hochgebrandet ist. Wir haben ja festgestellt, dass die Einsparung von 2.000 Stellen, die für den Haushalt 2007/08 prognostiziert worden ist, zu einer

(Wolfgang Kubicki)

Vermehrung um vier Stellen geführt hat. Wir haben uns gesagt: Wenn es mit den **5.000 Stellen** so weitergeht, dann sind wir im Jahr 2010 bei zehn Stellen mehr.

Herr Kollege Wadephul, das Problem bei dem Personalbewirtschaftungskonzept ist - das ist Sozialdemokraten wahrscheinlich aufgefallen -, dass eine völlige Entpolitisierung stattfinden würde, wenn das umgesetzt würde, was Sie vorschlagen. Denn das, was notwendigerweise gemacht werden muss, lässt mich fragen: In welchen Ministerien sind eigentlich welche Aufgaben aufzulösen, damit sie wegfallen? Aber diese Frage wird völlig ausgeblendet.

Einer Stelle, wo immer sie auch ressortieren wird - wahrscheinlich beim Finanzminister -, soll die komplette **Personalhoheit des Landes** übertragen werden. Das bedeutet, dass man den Koalitionspartner auf diese Art und Weise möglicherweise daran hindern will, künftig bei der Aufgabenerfüllung eine Blockadehaltung gegenüber den Vorstellungen der Union einzunehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in einer Koalition ein Koalitionspartner einem solchen Konzept zustimmen kann, weil es eine Entmannung oder Entfrauung darstellen würde. Wenn ich zustimmen würde, dann könnte Herr Stegner seine Personalhoheit abgeben, genauso wie Frau Erdsiek-Rave und andere es dann tun könnten. Aber das kann ein Koalitionspartner erkennbar nicht dulden.

Deshalb halte ich das Konzept tatsächlich für unrealistisch.

Herr Kollege Wadephul, wir sind uns in der Zielsetzung - das hat uns ja Professor Seitz gesagt - völlig einig. Die FDP-Fraktion erklärt dauernd: Wir müssen in dem Bereich bis zum Jahr 2015 5.000 bis 6.000 Stellen einsparen. 2015 war die Zielmarke, nicht 2020, wie Sie es gerade gesagt haben. Wenn wir das nicht erreichen, werden wir die strukturellen Probleme unseres Haushalts nicht bewältigen können, auch wenn wir noch so viele Einsparungsmaßnahmen auf den Weg bringen.

Aber alle Vorschläge, die bisher auf den Tisch gekommen sind - über das Polizeiorchester will ich gar nicht reden -, beispielsweise zur Katasterverwaltung, wo die Aufgaben tatsächlich wegfallen und 400 Mitarbeiter in der jetzigen Funktion wirklich nicht mehr gebraucht werden, sind nicht umzusetzen, obwohl es nur kleine Schritte sind. Das ist das Dilemma dieser Koalition, dass sie gute, hehre Ziele hat, aber in der Umsetzung bedauerlicherweise nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommt. Ich fürchte, sie werden auch in absehbarer Zukunft

nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sein.

(Beifall bei der FDP)

Für das Land und für diejenigen, die nach dieser Großen Koalition regieren müssen, wäre ich froh, wenn es anders wäre. Aber ob es so kommt, daran habe ich erhebliche Zweifel.

Es ist beklagt worden, dass die Union in ihrem Arbeitskreis etwas entwickelt hat. Die Grünen haben gesagt, dass sei alles unglaublich. Damit künftig keine Missverständnisse auftreten, schlage ich vor, dass die Arbeitskreise künftig im Plenum tagen. Denn dann werden wir an der Willensbildung sofort beteiligt. Anschließend können wir uns dann Aktuelle Stunden dieser Art sparen.

Wenn man feststellt, dass die Strukturen so sind, wie sie sind - der Kollege Schlie hat schon mehrere Hilferufe an die deutsche Öffentlichkeit gesandt -, merkt man, dass man über andere Personalbewirtschaftungsmaßnahmen nachdenken muss, als es bisher der Fall ist.

Ich will auch einmal sagen, was ich in dem CDU-Papier als Positives gefunden habe. Es ist die Tatsache, dass die **Mobilitätsfreundlichkeit** in der Verwaltung gestärkt werden soll, das heißt, wenn man einen angestammten Arbeitsplatz in einem bestimmten Haus aufgeben muss, muss man auf einem anderen Arbeitsplatz mit vergleichbarer Tätigkeit untergebracht werden. Wenn wir eine Personalbewirtschaftung dieser Art nicht ins Werk setzen, werden wir eine Veränderung der Strukturen nicht erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Was meiner Fraktion sehr negativ aufgefallen ist, ist die Tatsache, dass eine komplette **Wiederbesetzungssperre** vorgesehen ist. Das führt dazu, dass der Nachwuchs oder der Aufwuchs generationengerecht schwer möglich ist. Dadurch bekommen wir eine latente Überalterung in der Verwaltung, die wir nicht haben wollen und in manchen Bereichen gar nicht haben dürfen.

Aber ich denke, die CDU-Fraktion wird Gelegenheit nehmen, mit sich selbst ins Reine zu kommen. Sie wird Gelegenheit nehmen, an den Diskussionen, die in anderen Fraktionen und Parteien stattfinden werden, auch mental teilzunehmen. Ich würde mich freuen, wenn am Ende etwas stehen würde, was das Land voranbringt, statt die Debatten, die wir hier führen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Denkverbote gibt es nicht, soll es auch nicht geben. Von daher ist es zu begrüßen, dass die CDU-Fraktion laut gedacht hat. Dankenswerterweise hat sie uns ja an ihrem Denkprozess beteiligt, indem wir alle das Konzept per E-Mail erhalten haben. Aber wenn ich das richtig sehe, wollte man ja nicht nur laut denken - ich finde, der Vorschlag des Oppositionsführers hatte schon einen gewissen Charme; dann könnten wir das gleich ins Plenum verlegen -, sondern man wollte ja diesen Prozess weiter pushen. Ich denke, aus Frustration darüber, dass die Landesregierung nicht weiterkommt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die Arbeit des ehemaligen sehr lieben Kollegen Klaus Schlie, des jetzigen Entbürokratisierungsstaatssekretärs, ist schon viel gesagt worden. Das will ich lassen. Ich will jetzt auch nicht weiter vertiefen, dass der Finanzminister schon vor nicht sehr langer Zeit sagte, sein Ziel sei jetzt, die schlankste Verwaltung in der Bundesrepublik in die Wege zu leiten. Es hängt also alles zusammen.

Von daher ist es schon richtig, dass die Debatte dann auch in dieser Runde geführt wird. Aber aus Sicht des SSW wird das Pferd damit von hinten aufgezäumt. Es fehlt ja immer noch **Aufgabenkritik**, es fehlt ja immer noch eine Darlegung der **Ziele** für unsere **öffentliche Verwaltung**. Eine einseitige Begrenzung der Diskussion auf die Reduzierung der Personalkosten ist aus unserer Sicht zu kurz gesprungen. Richtig ist natürlich - das wissen auch wir -, dass rund 40 % der Ausgaben des Landes auf den Personalbereich entfallen, nämlich rund 3 Milliarden €. Dass etwas gemacht werden muss, steht außer Zweifel. Aber zu sagen, wir nutzen erst einmal die Pensionierungswelle und dann werden eine Wiederbesetzungssperre und ein Einstellungsstopp erlassen, ist in dieser Situation nicht hilfreich und unpolitisch.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann das sehen, wie man will, aber unpolitisch ist es allemal.

Für den SSW steht fest, dass es Bereiche in der öffentlichen Verwaltung gibt, in denen das Personal

aufgestockt werden müsste, zum Beispiel bei den Finanzämtern. Wir haben im Finanzausschuss immer wieder darüber diskutiert, dass die Einnahmeseite gestärkt werden muss. Die Finanzverwaltung ist die Einnahmeverwaltung. Auch die Polizei, auch die Schulen sind Bereiche, die immer wieder als **Tabubereiche** angesprochen werden. Wir stehen auch dazu, dass hier mit den künftigen Aufgaben so viel zu tun ist, dass eine Wiederbesetzungssperre, ein Einstellungsstopp und Kündigungen kontraproduktiv sind.

(Beifall bei SSW und FDP)

Aber - auch das räume ich ein - es gibt keine Schwarz-Weiß-Malerei. Richtig ist natürlich, dass das Beamtenrecht unflexibel ist und dass es wünschenswert wäre, wenn die Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst gestärkt würde, wenn wir also ein flexibleres Beamtengesetz bekämen. Richtig ist natürlich auch, dass darüber nachgedacht werden muss, wie **Personalsteuerung** künftig auszusehen hat, wie Weiterqualifizierung gemacht werden kann. Das steht außer Zweifel, das müssen wir mit bedenken.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ob jetzt die Einrichtung einer zentralen Stelle der richtige Weg ist, die auch noch, wie ich das verstanden habe, privat betrieben werden soll, wage ich zu bezweifeln. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass die Ressorts ihren Zugriff auf ihre eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgeben wollen. Ich finde, das hilft uns auch nicht weiter. Von daher wünsche ich mir, dass in den Ministerien eigene Konzepte entwickelt werden, sodass man auch eigene Schwerpunkte setzen kann.

Letzte Bemerkung, liebe Kolleginnen und Kollegen: Professor Zeitz ist mehrfach angesprochen worden. Ich finde, man sollte solche **Gutachten** immer ein bisschen mit spitzen Fingern anfassen. Wir wissen ja alle, dass wir kein Erkenntnisproblem haben. Es gibt zentnerweise Gutachten in der Bundesrepublik, die sich mit diesem Problem beschäftigen. Was wir tun müssen, ist, uns mit der Umsetzung zu beschäftigen. Das kann man aus unserer Sicht nicht machen, indem man jetzt pauschal von Zahlen ausgeht. Da muss man politisch agieren, indem man sagt: Welche Schwerpunkte wollen wir in der Zukunft setzen? Welche Aufgaben sind wichtige Aufgaben für das Land, um die Attraktivität des Landes zu stärken, um die Dienstleistungen für die Bürger zu stärken und den Wohlfahrtsstaat zu stärken? Alles das kann man nicht streichen. Von daher ist Politik gefragt und keine Gutachteritis.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Beitrag hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Befinden wir uns hier in einer Komödie oder in einer Trauerveranstaltung? Der Fraktionsvorsitzende der CDU erzählt hier doch tatsächlich, er habe nicht von **5.000 Stellen** gesprochen. Richtig! In Ihrer Pressemitteilung sprechen Sie von 10 % aller Landesbeamten, die Sie einsparen wollen. Das sind 5.100 Stellen, Herr Wadephul. Wollen Sie uns für dumm verkaufen oder glauben Sie, wir könnten nicht rechnen?

Lothar Hay sagt, die Regierungsfractionen seien sich einig, dass die Bildung von der ganzen Geschichte überhaupt nicht betroffen sei. Ich lese in dem Konzept der CDU allerdings:

„Die bisher existierenden Regelungen zur Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern ohne Lehrbefähigung in den Schuldienst des Landes werden so weiterentwickelt, dass fachlich geeignetes Personal aus dem zentralen Personalpool angeboten werden kann.“

Das heißt zu Deutsch, in Zukunft sollen Finanzbeamte oder Steuerbeamte oder Sonstige in die Schulen geschickt werden, nichts weiter! Da muss man doch Klartext reden, wenn man so etwas vorschlägt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Regierung hat keine Ahnung, was sie eigentlich will. Der Finanzminister hat neulich in einer Pressemitteilung gesagt, er rede von einer **schlanken Verwaltung**, er wolle die schlankste Verwaltung. Ich habe ihn dann in einer Kleinen Anfrage gefragt: Was verstehen Sie unter „schlank“? Darauf antwortete er, das könne man an Kennzahlen nicht festmachen. Das war die Antwort der Landesregierung. Unglaublich, was Sie hier bieten!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kriegen wir tatsächlich Vorschläge der Landesregierung vorgelegt, neue Vorschläge der **Resorts** für den **Abbau von Stellen**. Gucken wir jetzt doch mal, was da unter Aufgabenverzicht steht.

Staatskanzlei, der Ministerpräsident: null, leere Seite.

Minister für Justiz, Arbeit und Europa: Bitte schön, null, leere Seite!

Minister für Bildung und Frauen, Frau Erdsiek-Rave: null, leere Seite!

Innenministerium: null, leere Seite!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lauter Nullen! - Weitere Zurufe)

- Ja, natürlich, ich setze das fort; klar. - Finanzministerium: Was schlägt der Finanzminister vor? Null, leere Seite! Nicht einmal in seinem eigenen Ministerium hat Herr Schlie einen Vorschlag gefunden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr: null, leere Seite!

Der einzige, der etwas geliefert hat, war der Minister für Umwelt. Die Umweltverwaltung soll natürlich kaputt gemacht werden; das ist der Wille der CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, jetzt frage ich mich: Welche Taktik steckt dahinter? Sie behaupten, es gebe keine konkreten **Einsparvorschläge**. Es gibt sie massenhaft! Es ist längst vorgeschlagen worden, die Straßenbauverwaltungen des Landes und der Kommunen zusammenzulegen. Die Katasterverwaltung ist in den letzten zehn Jahren automatisiert und digitalisiert worden. Jeder weiß, dass sie neu organisiert werden kann. Wann beginnen Sie damit? Zu den Kommunen und Ämtern liegt ein Gutachten vor, das wir vorgelegt haben. Es ist von verschiedenen Verbänden, auch von der Universität, bestätigt worden, dass es sachlich richtig ist. Einsparungen von 40 Millionen €, wenn man Verwaltungsreform macht. Kreisreform: Es liegen Gutachten sowohl von uns als auch vom Innenminister vor. Einsparungen 80 Millionen €. Es liegt ein Gutachten zur Einbeziehung der kreisfreien Städte in die Reform vor, das bringt etwa 30 Millionen €. Es gibt also Vorschläge; darum geht es nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist natürlich so, dass die CDU nicht in der Lage ist, irgendetwas anzupacken. Deswegen spielt sie ein ungeheures Versteckspiel. Sie weiß, dass sich die SPD nicht traut, eine konkrete Einsparung zu benennen. Also hat sie im Wahlkampf angekündigt, 2.600 Stellen einzusparen. Es sind zwei Jahre vergangen und es ist nichts passiert; im Gegenteil.

(Karl-Martin Hentschel)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vier Stellen mehr!)

Und jetzt? Jetzt kommen Sie und schlagen 5.000 Stellen vor. Das ist noch toller.

(Heiterkeit bei der CDU)

Und was kommt dabei heraus? Sie bereiten doch nur den Wahlkampf vor, um anschließend den Sozis die Schuld in die Schuhe zu schieben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch ein durchsichtiges Manöver, Herr Ministerpräsident. Dann kommt der Höhepunkt, den Ihre Fraktion vorgeschlagen hat. Sie hat die **Privatisierung der Personalverwaltung der Landesregierung** vorgeschlagen. Das muss man sich einmal überlegen. Das heißt, die CDU sagt, dass der Ministerpräsident unfähig ist, Personalverwaltung zu machen und die Landesregierung zu führen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es! - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Deswegen muss man die Personalverwaltung privatisieren. Das steht in Ihrem Papier drin; das kann ich zitieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein unglaublicher Vorgang. So etwas hat es noch nicht gegeben.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie auf eine Kleine Anfrage meiner Kollegin Heinold, ob Sie mit diesem Verwaltungsreformprozess zufrieden sind, nur eine einzige Antwort haben, die Ja lautet, dann kann ich nur sagen, dass Sie in diesem Haus ganz allein stehen. Es wird Zeit, dass endlich wieder eine Regierung kommt, die die Verwaltungsreform in Gang bringt und die nötigen Einsparungen realisiert. So geht es nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Beitrag hat Herr Abgeordneter Frank Sauter das Wort.

Frank Sauter [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich über einige der Debattenbeiträge heute gefreut, insbesondere aus den Reihen der FDP und des SSW. Es zeigt, dass durchaus die Bereitschaft besteht, über Fraktionsgrenzen hinweg über Konzeptionen nachzudenken, wie man das **Personal der Landesverwaltung** organisieren und managen kann. Auch wenn es vielleicht etwas ungewöhnlich ist, muss ich sagen, dass ich mich auch darüber gefreut habe, dass die Grünen heute diese Aktuelle Stunde beantragt haben.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das mit dem Treiben ist immer so eine Sache, Herr Kollege Hentschel. Aus dem Titel der Aktuellen Stunde: „Auswirkungen des Personalmanagementkonzeptes der CDU-Fraktion auf die Politik der Landesregierung“

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir gespannt!)

lese ich auch ein großes Stück Wertschätzung, das Sie gegenüber der Landesregierung zum Ausdruck bringen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich komme nicht darum herum!)

Ein derartig frisches, internes Beratungspapier einer Fraktion zum Beratungsgegenstand zu machen, ist eine Sache.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Aber diesem Papier auch noch so viel Inhalt und Bedeutung beizumessen, dass eine Landesregierung es innerhalb so kurzer Frist

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine Woche!)

nicht nur liest und zur Kenntnis nimmt, sondern auch noch Entscheidungen treffen soll, ist unglaublich. Das sind Zeitabläufe, die darauf hindeuten, dass die Grünen die Landesregierung in ihrer Arbeit und auch in ihrer Art und Weise, mit den Dingen umzugehen, sehr hoch einschätzen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das trauen Sie sich schon gar nicht zu!)

Dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich meinen Dank sagen, lieber Herr Hentschel.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf: Wir sind lernfähig!)

(Frank Sauter)

Meine Damen und Herren, Frau Heinold hatte sinn- gemäß gesagt, die Regierung und unsere Fraktion könnten unsere Papiere ruhig einstampfen. Frau Heinold, ich würde Ihnen dann zustimmen, Papiere einzustampfen, wenn man auf andere Papiere zurückgreifen könnte. Wir haben allerdings das Problem, dass die Vorgängerregierung zu diesem wirklich drängenden Thema nie etwas zu Papier gebracht hat, was heute noch verwertbar ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Na, na, na! Vorsicht, Vorsicht, Herr Kollege!)

Wir haben auch das Problem, dass wir eine Opposition haben - insbesondere in Gestalt der Grünen -,

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die zwar Papiere kritisiert, allerdings selbst nichts Derartiges zuwege und zustande bringt mit der Konsequenz, dass Sie als Opposition sich darauf verlassen, dass die Regierungsfractionen Oppositionsarbeit betreiben. Darauf können Sie sich nicht immer verlassen, aber wir werden auch zukünftig unser Bestes tun.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Sauter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel?

Frank Sauter [CDU]:

Ja.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Abgeordneter, wir haben drei ausgearbeitete Gutachten vorgelegt, wie die Verwaltung reformiert werden kann, und Sie behaupten, wir hätten nichts getan. Haben Sie ein einziges davon gelesen?

Herr Abgeordneter Hentschel, ich habe diese Papiere gelesen und Sie werden, soweit sie etwas substantiell Verwertbares enthalten, sie auch in unseren Beratungen wiederfinden. Ich kann Ihnen aus der Erinnerung jetzt nicht mehr sagen, ob wir etwas Substanzielles gefunden haben.

(Beifall und Lachen bei der CDU - Beifall bei der FDP)

Aber Sie sollten trotzdem nicht den Mut verlieren, weiterhin an diesen Dingen zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, Professor Seitz hatte uns eine Frist eingeräumt. Eine Frist einzuräumen ist etwas Positives. Es ist aber nur dann positiv, wenn man die **Frist** auch irgendwann beginnt. Deshalb

sind wir darauf eingerichtet, so schnell wie möglich einen **Prozess** einzuleiten, der die demografische Entwicklung innerhalb der Landesverwaltung nutzen kann. Das heißt, die altersbedingten Abgänge aus der Landesregierung können für einen Stellenabbau und einen Abschmelzungsprozess der Verwaltung insgesamt genutzt werden, und zwar für einen Abschmelzungsprozess, der die Besitzstände der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung respektiert und schützt.

Wenn wir heute über Kernbereiche oder über die kleineren Bereiche der Landesverwaltung reden, die nicht in die Kernbereiche fallen, dann heißt das nicht, dass wir die Existenz der Kernbereiche in Zweifel ziehen. Wir kennen den Koalitionsvertrag und das ist für uns völlig klar. Trotzdem halten wir es aber mit dem Landesrechnungshof, der ebenfalls die **Kernbereiche** nicht infrage stellt, der aber in seinem Bericht sagt, dass sich auch in den sogenannten Kernbereichen Finanzen, Polizei, Justiz und Bildung sparen lässt. Tabus darf es nicht geben. Wir müssen schon reinschauen, ob überall da, wo Kernbereich draufsteht, auch Kernbereich drin ist. Es geht um Arbeitsabläufe, es geht um Verwaltungsprozesse, es geht um Verwaltungsstrukturen, die analysiert werden müssen: Einzelfallbetrachtungen statt Gießkanne. Über eins müssen wir uns im Klaren sein: Jeder, der die Einzelfallbetrachtung nicht will, erzwingt die Gießkanne. Gießkanne ist immer ungerecht, das haben wir bei allen Einspar-Rasenmähern gesehen, die wir in den letzten Jahren eingesetzt haben.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege, beachten Sie bitte Ihre Redezeit.

Frank Sauter [CDU]:

- Ja! - Zur Analyse des Haushalts und des Personals vielleicht noch ein Satz: Jeder von uns weiß, dass die **Personalkosten** steigen werden. Jeder von uns kennt die **Situation am Arbeitsmarkt**. Auch der Arbeitgeber Land steht im Wettbewerb, um gute Arbeitskräfte zu bekommen. Die Preise werden steigen, die Tarifabschlüsse werden steigen, Wettbewerbsföderalismus wird auch zu einer Preissteigerung im Arbeitsbereich führen. Wir haben in den nächsten Jahren Aufwuchs und Mehrbedarf im Bereich der Bildung, über den wir gerade diskutieren, und im Bereich der Schulen. Das heißt, wir haben sehr viel Grund, dafür zu sorgen, dass wir uns an anderer Stelle Spielräume verschaffen. Wenn wir damit nicht beginnen, werden wir irgendwann diejenigen sein, die zu spät kommen und die durch das Leben bestraft werden.

(Frank Sauter)

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten
Holger Astrup [SPD])

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Beitrag hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen im Moment eine Debatte, wie wir sie schon so oft geführt haben. Ich kann mich zumindest sehr gut an ähnliche Diskussionen erinnern, bei denen Konzepte vorgelegt wurden und behauptet wurde, dass nichts getan worden sei. Vielleicht wird auch zu wenig getan. Aus meiner Sicht und aus Sicht des SSW hängt das nicht zuletzt auch damit zusammen, dass wir uns an solchen Debatten immer mit verteilten Rollen beteiligen. Es wäre vielleicht einmal an der Zeit, dass im politischen Raum, im Landtag von uns gemeinsam wirklich Konzepte entwickelt werden, zu denen wir gemeinsam stehen und die auch eine Legislaturperiode überdauern. Denn das ist das Problem. Ich kann mich noch sehr gut an Diskussionen mit der CDU aus der letzten Legislaturperiode erinnern, in denen Sie weiß Gott nicht die Spitze der Bewegung darstellten. Ich kann mich an andere Diskussionen erinnern. Wie gesagt, es gibt hier sehr viel Ritual, aber es ist aus meiner Sicht wichtig, dass man das beiseite legt und wirklich etwas entwickelt, zu dem wir stehen.

Aber die Diskussion zeigt auch, dass uns **Instrumente** fehlen. Wir reden über **Kernbereiche** des Landtags oder des Landes und wissen nicht, was wir darunter verstehen. Ich kann sagen, dass ich ganz sicher etwas anderes darunter verstehe als das, was vom Landesrechnungshof immer wieder propagiert wird. Uns fehlen die Instrumente und uns fehlt auch eine Qualitätsoffensive. Statt zu den Mitarbeitern zu sagen, dass wir ihre Stellen kürzen und wegstreichen müssen, weil sie im Grunde überflüssig sind, muss man endlich mal sagen, welche Qualität in der Arbeit man will.

Uns fehlt auch ein Instrument beim **Abbau der Bürokratie**. Wir vom SSW - ich sage das in solchen Debatten immer wieder und ich werde es auch heute tun - hatten gemeinsam mit den Grünen ein Modell ins Gespräch gebracht, zu dem ich immer noch stehe, ein Modell, das in anderen Bundesländern mit Erfolg umgesetzt wird, auch von der Bundesregierung benutzt wird. Das ist das **Standardkostenmodell**. Da werden Bürokratiekosten transparent gemacht. Nur so kann man doch sagen, ob die Ar-

beiten, die durch Gesetze und Verordnungen anfallen, überflüssig oder notwendig sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da kann man nur feststellen, wie teuer die sind!)

- Ja, natürlich, aber dann kann man politisch handeln.

Präsident Martin Kayenburg:

Solche Dialoge sollten nicht hier vom Podium aus gehalten werden.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Entschuldigen Sie, Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Von daher denke ich mir, angesagt ist immer noch politische Arbeit und sind nicht weitere Reden.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat der Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man heute Morgen die Grünen gehört hat, Frau Heinold, Sie und auch Herrn Hentschel, und nicht gewusst hat, wie die Situation noch vor einigen Jahren war, konnte man das Gefühl haben, Sie hätten nie Verantwortung für die Situation gehabt, die wir jetzt wegräumen müssen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir haben die Verantwortung im Gegensatz zu Ihnen wahrgenommen! - Lachen bei CDU und FDP)

- Wenn Sie das man gemacht hätten, dann hätten wir nicht so viel Schrott. Sie wissen, dass wir die öffentlichen Haushalte in Ordnung bringen müssen, wir wissen auch, dass wir dieses nur hinbekommen, wenn wir auch den Personalhaushalt in den Griff bekommen. Wir haben erste Schritte gemacht. Wir haben ein **Personaleinsparungskonzept** erarbeitet, wir haben einen Prozess der **Aufgabenkritik** angestoßen und wir wollen eine **Aufgabe von Aufgaben**. Liebe Frau Spoorendonk, ich gebe Ihnen völlig recht. Genau das ist der Punkt dessen, was hier vorgelegt worden ist, dass wir Konzepte brauchen, die auch über eine Legislaturperiode hinweggehen. Ich glaube, wir würden den Menschen Sand in die Augen streuen, wenn wir ihnen sagten, wir würden in dieser Legislaturperiode mit den Problemen fer-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

tig. Deswegen brauchen wir ein Konzept, das längerfristig gilt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wir haben angefangen, keine Sorge, Herr Hentschel. Wir haben angefangen bei dem Schrott, den Sie zum großen Teil hinterlassen haben.

(Beifall bei der CDU)

Der Aufschwung, den wir im Moment haben, ist großartig. Wir sollten uns darüber freuen, aber er löst die **strukturellen Probleme**, die wir im **Landeshaushalt** haben, leider ganz und gar nicht. Deswegen ist es unsere Pflicht, nach neuen Modellen zur Haushaltssanierung zu suchen. Deswegen dürfen wir uns nicht verbieten lassen, darüber nachzudenken, wie wir unsere weiterreichenden Ziele erreichen können. Ich möchte kein Denkverbot haben. Ich bin froh, dass wir mehr kreative Vorschläge kriegen. Wir brauchen mehr kreative Vorschläge als weniger kreative Vorschläge. Gerade die hohe Pensionierungswelle, die wir in den nächsten zehn Jahren vor uns haben, wie auch der demographische Wandel werden uns hierbei helfen. Sie bieten in Zukunft eine zusätzliche Chance, aber um diese Chance zu nutzen, müssen wir frühzeitig geeignete Konzepte entwickeln.

Für unsere Politik heute ist der von CDU und SPD vereinbarte Koalitionsvertrag die Grundlage des Handelns. Wir haben darin festgelegt:

Erstens:

„Die Personalkostenquote wird gesenkt. Um dies zu erreichen, werden wir alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, die zu Personalkosteneinsparungen führen.“

Zweitens:

„Auch in der 16. Legislaturperiode werden alle frei werdenden Lehrerstellen neu besetzt.“

Drittens:

„... Einsparungen bei den Vollzugsstellen der Polizei wird es nicht geben.“

Viertens:

„Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte werden von allgemeinen Einsparungen ausgenommen ...“

Für die Landesregierung gilt das Vereinbarte.

Das heißt auch, es gilt das im Kabinett Beschlossene. Da haben wir uns im **Einsparkonzept** ganz ehr-

geizige Ziele gesetzt. Die sind angeführt worden. Ich erinnere daran: 7,5 % bei den Ministerien und 15 % im nachgeordneten Bereich.

Das Papier des CDU-Fraktionsarbeitskreises Finanzen unterbreitet uns Vorschläge, wie das denn zu machen sein kann und wie das **Handwerkszeug** dafür zurechtgelegt wird. Lieber Herr Hentschel, Sie hätten sich diese aktuelle Stunde wirklich erspart - -

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, wir haben uns gewünscht, dass Sie die machen, damit wir hier darüber diskutieren können. Aber ich will jetzt ein bisschen für Sie dazu sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nun sei doch mal still!

Sie hätten sich diese Geschichte wirklich ersparen können, wenn Sie nicht nur über Überschriften hätten diskutieren wollen, sondern das Papier in seinem Inhalt gelesen hätten, wie es vorgelegt worden ist. Dazu haben Sie jetzt Gelegenheit.

Es ist gut so, dass die CDU die Vorschläge vorgelegt hat. Diese **Vorschläge** fächern einen **Instrumentenkasten** auf, der in anderen Ländern der Republik teilweise bereits umgesetzt wird. Auch wir in Schleswig-Holstein brauchen Instrumente für den Personalabbau, aber wir brauchen - und das ist das Wesentliche, das Positive darin - Instrumente zur Qualifizierung der Beschäftigten für neue Aufgaben, wir brauchen Instrumente für mehr Mobilität und wir brauchen Instrumente für die Vermittlung. Nur so kriegen wir Bewegung in das System. Dafür brauchen wir ein **Personalmanagementkonzept**. Wie das denn aussieht, ist eine völlig andere Frage. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass dieses auf den Tisch gelegt worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden uns die in die Diskussion gebrachten Instrumente sorgfältig ansehen und mit unseren Modellen und Ansätzen abgleichen. Auf dieser Grundlage werden wir gemeinsame Lösungen entwickeln.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Wortbeitrag erteile ich dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich aus zwei Gründen noch einmal zu Wort gemeldet. Zum einen wundert mich das Parlamentarismusverständnis der Grünen in besonderer Weise. Man kann doch einer Landtagsfraktion, auch wenn sie Regierungsfraktion ist, nicht den Vorwurf machen, sie habe ein Papier entwickelt und damit ihr Misstrauen gegenüber der Regierung zum Ausdruck gebracht, weil die Regierung insoweit nicht handlungsfähig sei. Was ist das für ein Parlamentarismusverständnis? Ich erwarte geradezu von den Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, dass sie nicht darauf warten, dass die Regierung etwas vorlegt, sondern mit eigenen Ideen an den Markt der Meinungen herantreten, sonst können wir zwei Drittel des Parlaments nach Hause schicken.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Dass wir nicht alles teilen müssen, was da steht, ist selbstverständlich.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die neue Klappe des Ministerpräsidenten, der Herr Oppositionsführer!)

- Herr Hentschel - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das lohnt nicht!)

- ich versuche es trotzdem noch einmal; ich habe ein Herz für Menschen, denen ich weiterhelfen kann.

(Heiterkeit bei FDP, CDU und SPD)

Ich versuche es noch einmal. Sie haben ein ganz merkwürdiges **Rollenverständnis**, auch die Kollegin Heinold. Das Rollenverständnis besteht darin, dass Sie sagen, **Opposition** bestehe darin, grundsätzlich gegen das zu sein, was die Regierung vorträgt, unabhängig davon, ob es in der Sache vielleicht richtig ist, weil man eben in der Opposition ist. Das ist nicht mein Verständnis. Ich erinnere daran, Herr Kollege Hentschel, dass auch Ihre Fraktion beispielsweise bei der Frage des Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleichs oder der Absenkung der Beamtenbesoldung durchaus mit der Regierung nicht nur gestimmt hat, sondern vehement dafür gekämpft und gesagt hat, die FDP, also die Opposition sei populistisch, weil sie sich dem nicht anschließen wollte. Ich würde also einmal etwas intensiver über ihr eigenes Rollenverständnis nachdenken. Ich habe viel Verständnis dafür, dass die Grünen nach Profil suchen, aber arbeiten Sie sich woanders ab und nicht auf diese Art und Weise.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der zweite Punkt ist der, Herr Ministerpräsident - ich habe Ihren Worten sehr sorgfältig gelauscht -, dass die Festlegung, die Sie für die Regierung getroffen haben, dazu führt, dass das Personalmanagementkonzept der Union nach 2010 weiterdiskutiert werden kann, denn Sie haben festgelegt, dass es ein **Personalmanagement** in den zentralen Bereichen, das heißt bei 85 % der Beschäftigten, nicht geben wird. Wie denn bei den letzten 15 % etwas Sinnvolles erreicht werden kann, erschließt sich mir momentan noch nicht. Das zu dem Thema: Wann fangen wir damit eigentlich an? Wenn wir 2010 damit anfangen, würden wir 2015 angesichts der Geschwindigkeit, mit der solche Prozesse umgesetzt werden können, nichts erreicht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren momentan Technik und drücken uns alle wieder um die politisch entscheidenden Fragen, nämlich in welchen Bereichen eigentlich **Aufgaben** tatsächlich wegfallen sollen, um damit die Möglichkeit zu schaffen, dass man auf Wiedereinstellung verzichten oder Personal abbauen kann.

Der einzige Bereich, wo wir eine **Demografierendite** haben werden - das hat der Kollege Hay angesprochen - ist der Bildungsbereich, weil sich dort durch sinkende Schülerzahlen die bisherige Schüler-Lehrer-Relation verändern wird. Man kann aber diese Demografierendite nur heben, wenn man nicht gleichzeitig neue Aufgaben auf den Bildungsbereich verlagert. Das gilt für den Kindertagesstättenbereich in gleicher Weise. Wir können nicht gleichzeitig sagen, die Kindertagesstätten müssen jetzt einen Bildungsauftrag erfüllen, und dann überlegen, dass wir wegen der Demografieentwicklung gleichzeitig Personal abbauen können.

Wir haben keine Demografierendite im Bereich der inneren Sicherheit, im Bereich der Polizei. Die Bevölkerung wird zwar älter, aber sie wird erst nach 2030 deutlich weniger, das heißt in einem Zeitraum, den wir, Herr Kollege Wiegard und ich, wahrscheinlich politisch nicht mehr aktiv gestalten werden.

(Minister Rainer Wiegard: Wahrscheinlich müssen wir noch! - Heiterkeit)

- Man weiß ja nie, aber wahrscheinlich müssen wir noch ran.

Dort haben wir keine Demografierendite. Die haben wir auch nicht im Bereich der Justiz. Der Innenminister - das ist übrigens vergessen worden - hat in einem ganz bestimmten Bereich eine Idee auf den Markt der Meinungen gebracht, die die FDP-Fraktion seit längerer Zeit verfolgt: Müssen wir beispielsweise im Bereich des Baurechtes noch eine Viel-

(Wolfgang Kubicki)

zahl von Vorschriften haben, die Personal bindet? Können wir die nicht wegfallen lassen? Brauchen wir für Ein- oder Zweifamilienhäuser überhaupt noch Baugenehmigungen? Wenn wir die nicht mehr brauchen, sparen wir das Personal, das bisher dafür zuständig war, die Genehmigungsverfahren durchzuführen.

Es wäre doch eine politische Aufgabe zu fragen, was denn für uns - jeweils nach unterschiedlichen Blickwinkeln - die **politischen Kernbereiche** sind, in denen wir auf Aufgaben und auf bisherige Maßnahmen verzichten und Gesetze ändern können, um dann die Frage zu klären, wie viel Personal wir einsparen.

Kollege Sauter, der Rest ist Technik. Das ist sozusagen die Machtübernahme des Finanzministers in die Regierung hinein. Wenn er der alleinige Personalchef ist, der die alleinige **Personalhoheit** hat, dann ist er der mächtigste Mann in der Regierung. Wenn dazu noch die Möglichkeit geschaffen wird, das extern zu verlagern, sodass auch parlamentarische Kontrolle nur noch schwer möglich sein wird, dann haben wir eine kalte Enteignung der bisherigen Politik durch nicht politische Maßnahmen.

Das ist etwas, was die FDP-Fraktion nicht will, und ich glaube, das will die Union auch nicht. Aber wir sind bereit, über das Konzept mit zu diskutieren. Nur müssen wir es mit den inhaltlichen Fragen verbinden. Technik allein wird nicht reichen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 13 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Angebote für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1413

b) Kita-Verordnung schlägt falschen Weg ein - geplanten Qualitätsabbau verhindern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1415 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung strebt für die **Betreuung unter Dreijähriger** eine Billiglösung an, ein Sparmodell, das darauf ausgerichtet ist, den Bedarf an Krippenplätzen durch Auffüllung vorhandener Kindergartengruppen zu decken. Altersgemischte Gruppen in Kindergärten, also Gruppen mit Kindern unter drei Jahren und Kindern zwischen drei und sechs Jahren, werden danach künftig größer sein als bisher. Für die Betreuung aller Kinder und erst recht für die Förderung altersgerechter Bildungsprozesse bedeutet das eine massive Verschlechterung. In Sachen vorschulische Bildung und Erziehung stapelt die Landesregierung hoch, statt breit zu fördern.

Bislang galt für altersgemischte Gruppen die Obergrenze von 15 Kindern. Künftig werden auch nach dem überarbeiteten Entwurf der Kita-Verordnung höhere Gruppengrößen üblich sein, bei zwei Kindern unter drei Jahren zum Beispiel 18er Gruppen, bei drei unter Dreijährigen Gruppen mit 17 Kindern und so weiter.

Die alte Vorschrift, solche **altersgemischten Gruppen** auf maximal 15 Kinder und darunter höchstens fünf unter Dreijährige zu beschränken, beruht ja auf guten Gründen. Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass Kleinkinder mehr Zuwendung und Betreuung brauchen als Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren. Der erhöhte **Betreuungsbedarf** der Kleineren besteht sowohl in der körperlichen Pflege als auch im Hinblick auf Trost, Zuspruch und Aufmerksamkeit. Wer dem nicht Rechnung trägt, der macht altersgemischte Kita-Gruppen zu Aufbewahrungsanstalten, in denen Pflege, Förderung und erst recht Bildung für Kinder vielleicht noch auf der Verpackung stehen, aber nicht mehr gelebte Wirklichkeit sein können.

Das gilt im Übrigen gerade auch für den Anspruch, in den **Kindergärten** für die drei- bis sechsjährigen Kinder eine qualitativ bessere **Bildung** zu vermitteln. Solche wichtigen Ziele kann man vergessen, wenn in den altersgemischten Gruppen die Gruppengröße heraufgeschraubt wird.

(Beifall bei der FDP)

Dabei können **altersgemischte Gruppen**, wenn man bei den Qualitätskriterien, die die Kindertagesstättenverordnung bislang festlegt, bleiben würde, grundsätzlich auch eine wichtige **pädagogische**

(Dr. Ekkehard Klug)

Funktion erfüllen, weil Kinder unterschiedlicher Alters- und Entwicklungsstufen zusammen aufwachsen, ähnlich wie Geschwister in der Familie. Dieser mögliche pädagogische Nutzen solcher in manchen Kitas auch als „Familiengruppen“ bezeichneten Angebotsformen wird aber durch eine Heraufsetzung der Gruppengröße unmöglich. Dann geht der Stapeleffekt zulasten der kleineren wie der größeren Kinder.

Es ist deshalb nach unserer Überzeugung nur ein kleiner Fortschritt, dass die landesweite Kritik, die gegen den Regierungsentwurf für die Kindertagesstättenverordnung vorgetragen worden ist, das Ministerium wenigstens dazu veranlasst hat, nicht auch noch den Fachkraftschlüssel zu verschlechtern, und davon abzusehen, dass generell bei drei oder mehr Kindern unter drei Jahren eine zweite volle Fachkraft in den Gruppen eingesetzt werden muss.

Auch das war ja ursprünglich ein Sparansatz im ersten Entwurf der Kita-Verordnung. Das ist gestern nach der Entscheidung des Kabinetts zurückgenommen worden. Diese Entscheidung begrüßen wir natürlich, aber das bedeutet nicht, dass das, was wir zur Kritik an der Heraufsetzung der Gruppengrößen gesagt und was die Verbände dazu vorgetragen haben, weniger stichhaltig wird, als es bisher vorgetragen worden ist. Die Landesregierung weiß selber nur zu gut, was sie von den Kindergärten, was sie von den Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas verlangt.

Die Aufgaben der Kindergärten sind durch die Präzisierung und Erweiterung des **Bildungsauftrages** erheblich gewachsen, ohne dass es dafür eine entsprechend verbesserte Ausstattung mit Zeit und Personal gegeben hat. Die Erzieherinnen und Erzieher sollen die individuellen Bildungs- und Lernschritte der Kinder wahrnehmen, das heißt jedes einzelne Kind während der Gruppenzeit entsprechend beobachten, außerhalb der Gruppenzeit diese Beobachtungen dokumentieren und auswerten und davon abgeleitet individuelle Fördermaßnahmen für jedes Kind entwickeln. Sie sollen regelmäßig mit den Eltern über die Entwicklung der Kinder sprechen. Sie sind für die Sprachentwicklungsförderung zuständig. Sie sollen die eigene pädagogische Arbeit evaluieren und sie sollen verstärkt mit den Grundschulen zusammenarbeiten.

All das ist natürlich richtig und notwendig, aber es braucht Zeit, Zeit und noch einmal Zeit. In größeren Gruppen ist die für das einzelne Kind verfügbare Zeitspanne und Aufmerksamkeit jedoch künftig logischerweise kleiner als bisher.

Meine Damen und Herren, das ist im Kern das Manko der Kindergartenpolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nimmt den Kindern einen Teil der ihnen zustehenden Förderung und Zuwendung weg.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich der Frau Abgeordneten Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kinder, ihre Bildung, Erziehung und Betreuung sind in den letzten zwei Jahren, also seit Bildung der Großen Koalition in Kiel, aber auch in Berlin, in den Mittelpunkt des politischen Handelns gerückt und das ist auch gut so.

Wir haben in dieser Zeit einen **Bildungsauftrag** für die **Kindertagesstätten** und ein neues Schulgesetz verabschiedet. Wir haben die vorschulische Sprachförderung in erheblichem Maße intensiviert durch verpflichtende Deutschkurse vor dem Schuleintritt und wir bauen die offenen Ganztagschulen mithilfe der Schulen, der Kommunen, Vereine und Verbände vor Ort weiter aus.

Wir werden in dieser Legislaturperiode insgesamt 700 zusätzliche Lehrer in unsere Schulen holen. Wir werden den Schutz der Kinder in der Landesverfassung verankern. Wir arbeiten an einem Kinderschutzgesetz, das in Kürze auf den Weg gebracht wird, das sich umfassend mit dem Schutz insbesondere der kleinen Kinder befasst. Wir wollen den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen vorantreiben.

Man kann wohl mit Fug und Recht behaupten, dass sich diese Große Koalition im Lande um ihre Landeskinder kümmert.

(Beifall bei CDU und SPD)

Auch die Bundesregierung - und hier führend Frau von der Leyen - will den Ausbau von **Krippenplätzen** fördern und finanziell unterstützen.

Von den rund 12 Milliarden €, die ein Ausbau an Plätzen für circa 35 % der Kinder bundesweit kosten würde, will der Bund 4 Milliarden € übernehmen, und zwar nicht nur für den Ausbau der Infrastruktur, sondern auch für die Betriebskosten. Das

(Heike Franzen)

heißt natürlich im Umkehrschluss, dass noch 8 Milliarden € von den Ländern und Kommunen zu finanzieren sind. Bund, Länder und Kommunen müssen hier zügig und eng zusammenarbeiten, um zu finanziell verträglichen Lösungen zu kommen.

Ich bin davon überzeugt, dass sich unsere Landesregierung aktiv an Gesprächen beteiligen wird. Dabei ist mir der **Rechtsanspruch** auf einen Krippenplatz ab 2013 weniger wichtig als die Tatsache, dass tatsächlich **bedarfsgerechte Angebote** da sind. Was nützt uns ein Rechtsanspruch, wenn wir kein entsprechendes Krippenplatzangebot haben? Wenn wir aber ein solches Angebot haben, dann brauchen wir auch keinen Rechtsanspruch.

Für Schleswig-Holstein wird die Umsetzung ein hartes Stück Arbeit werden und ich hoffe, dass man auf der Bundesebene schnell zu einem Finanzierungskonzept kommen wird, damit wir bald mit dem verstärkten Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige beginnen können.

Wir brauchen ein ausreichendes Angebot an **qualifizierten Betreuungsplätzen** auch für unter Dreijährige, und das sowohl in Form von Krippenplätzen und altersgemischten Kindergartengruppen als auch in Form der Tagespflege. Das Angebot der Betreuung muss so flexibel sein, dass Eltern in der Tat die Wahl haben, ob sie ihre Kinder in den ersten Jahren selbst erziehen oder ob sie Betreuungsangebote in Anspruch nehmen wollen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wir wollen den Eltern nicht vorschreiben, wie sie ihre Kinder zu erziehen haben.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Bei dem Antrag der Grünen, insbesondere, was den neuen Passus betrifft, hat man schon ein bisschen den Verdacht, dass das ein wenig in Richtung Verstaatlichung von Erziehung und Bildung geht. Das wollen wir von der CDU-Fraktion nicht.

(Beifall bei der CDU)

Das gesetzlich verabschiedete **Elterngeld** und auch das vorgeschlagene Betreuungsgeld unterstützt insbesondere die Eltern, die sich in den ersten Lebensjahren selbst um die Erziehung ihrer Kinder kümmern wollen. Daher ist auch der letzte Absatz im Antrag der Grünen falsch, in dem behauptet wird, dass das Betreuungsgeld eine Prämie sei, die bei mittleren und niedrigeren Einkommen den Wiedereinstieg in den Beruf zu einem finanziellen Verlustgeschäft mache und ihm damit im Wege stehe; hinzu kämen die oft hohen Kita-Beiträge. Würde man

jedoch auf das Betreuungsgeld an der Stelle verzichten, dann benachteiligt man gerade diejenigen Eltern, die bereits einen Einkommensverlust haben, weil sie sich selbst um die Betreuung ihrer Kinder kümmern. Zu dem Einkommensverlust kommen dann häufig noch die oft hohen Kita-Beiträge hinzu. Das, glaube ich, trägt nicht gerade zu einer freien Entscheidung über die Familienform bei.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wohl wahr!)

Ich möchte im Übrigen nicht die Zeit missen, die ich mit meinen eigenen Kindern in deren ersten Lebensjahren verbracht habe. Ein Betreuungsgeld wäre in dieser Phase sicherlich hilfreich gewesen. Denn auch Eltern, bei denen ein Partner zu Hause bleibt, brauchen gelegentlich eine Betreuung außerhalb des Hauses. Hier könnte das Betreuungsgeld in der Tat eine echte Hilfe für Familien sein.

Ich kann daher die Forderung meines Fraktionsvorsitzenden an dieser Stelle ausdrücklich begrüßen. Für eine echte **Wahlfreiheit** sollte das **Betreuungsgeld** so schnell wie möglich kommen. Das wäre im Übrigen auch ein dringend notwendiges Signal für die gesellschaftliche Anerkennung der unterschiedlichen Formen von Familien.

Hier wiederhole ich auch gern, was ich bereits in einer früheren Landtagssitzung gesagt habe: Es gibt keine guten oder schlechten Familien, es gibt lediglich verschiedenartige Familien mit unterschiedlichen familiären Bedürfnissen. Die einen bleiben zu Hause, um ihre Kinder zu erziehen - das ist gut so -, die anderen haben einen Betreuungsbedarf und auch das ist gut so. Ausschlaggebend ist ausschließlich, dass es den Kindern dabei gut geht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, machen wir uns doch nichts vor: Gerade unsere Generation erwartet viel von ihren Kindern. Deren Anzahl ist sehr viel geringer als die Anzahl der Kinder unserer Generation damals. Trotzdem sollen sie sich selbst, ihre eigenen Kinder und auch uns finanzieren, versorgen und pflegen. Dabei sollen sie zudem noch flexibel, innovativ und wettbewerbsfähig sein. Wir sind dafür verantwortlich, dass sie hierzu das notwendige Rüstzeug in Form von guter Betreuung und Bildung bekommen. Mit „wir“ meine ich uns alle, die ganze Gesellschaft. Hier ist auch die Eigeninitiative eines jeden Bürgers gefordert. Schließlich haben wir auch alle etwas davon.

Die Große Koalition in Schleswig-Holstein hat es sich zum Ziel gesetzt, aktiv am **Ausbau von Krippenplätzen** zu arbeiten. Dabei müssen wir verschiedene Faktoren berücksichtigen. Wir haben be-

(Heike Franzen)

schlossen, dass wir den Landesbeitrag von 60 Millionen € für die Kindertagesstätten trotz rückläufiger Kinderzahlen weiterhin aufrechterhalten, um damit den Ausbau von Krippenplätzen und altersgemischten Kindergartengruppen zu fördern. Zudem wird die Qualifizierung von Tagespflegepersonal mit Landesmitteln gefördert. Wir müssen aber auch sicherstellen, dass die Kindertagesstätten trotz rückläufiger Kinderzahlen in den Kindertagesstätten in der Fläche erhalten bleiben. Die teilweise sehr geringen Kinderzahlen führen nämlich dazu, dass Kindergartengruppen oder gar ganze Kindergärten geschlossen werden müssen oder aber die Elternbeiträge zu hoch werden.

Was wir brauchen, ist also ein angemessenes Maß an **Flexibilität** bei der **Bildung von Kindergartengruppen** und beim **Personaleinsatz**. Zusätzlich müssen wir uns Gedanken über den Einsatz von Tagespflegepersonal machen und auch hier für die Ausgestaltung von Kleingruppen den Rahmen abstecken. Das war Aufgabe des Ministeriums, und daraus ist ja die Kindertagesstättenverordnung hervorgegangen, die sich derzeit, wie man deutlich vernehmen kann, in der Anhörung befindet.

Anhörungen sind aber auch dazu da, die Betroffenen zu hören und deren Anregungen und Kritik gegebenenfalls aufzunehmen und umzusetzen. Das geschieht im Augenblick und die Fraktionen von CDU und SPD haben sich darauf verständigt, am derzeitigen Personalschlüssel für unter Dreijährige festzuhalten, die Gruppenzusammensetzung für die Kindertagesstätten aber variabler zu gestalten. Wir hätten uns als CDU-Fraktion auch vorstellen können, Tagespflegepersonal zur Entlastung von Fachkräften in den Kindergartengruppen einzusetzen.

Es handelt sich bei der **Verordnung** um Mindestanforderungen, die zu erfüllen sind. Diese **Mindestvoraussetzungen** sind im Vergleich mit anderen Bundesländern nun weiß Gott nicht die schlechtesten. Der Vorschlag aus dem Ministerium sieht ab dem dritten Kind eine zweite Fachkraft für die Gruppe vor. Je Kind unter drei Jahren verringert sich die maximale Gruppengröße um ein Kind.

Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass lediglich sechs andere Bundesländer überhaupt einen **Mindeststandard für altersgemischte Gruppen** festlegen. So hat beispielsweise die Stadt Bremen geregelt, dass die maximale Gruppengröße für Kinder im Alter zwischen einem Jahr und sechs Jahren 15 Kinder beträgt, von denen mindestens fünf unter drei Jahre alt sein müssen. Über den Personalschlüssel hierfür wird jedoch keine Aussage gemacht. Hessen regelt, dass in altersgemischten Gruppen 1,5 Fachkräfte bei einer Gruppengröße

von nicht mehr als 20 Kindern das Minimum sind. In Thüringen wird die Mindestzahl von 1,6 Erzieherinnen bei einer zehnstündigen Betreuungszeit und einer Gruppengröße von maximal 15 Kindern festgelegt.

Die meisten Bundesländer allerdings überlassen es den Einrichtungen selbst, wie sie das zur Verfügung stehende Personal einsetzen. Baden-Württemberg verzichtet sogar ganz auf Richtlinien; die Kindergartenrichtlinie wurde dort zum 1. Januar 1997 aufgehoben - und die Kindergärten existieren immer noch. Dort haben sich nämlich die Verantwortlichen auch ohne Gesetze und Verordnungen geeinigt.

Hierbei möchte ich allerdings deutlich sagen, dass der Personalschlüssel und die Gruppenzusammensetzung beziehungsweise die Gruppengröße noch lange keine Aussage über die **Qualität einer Kindertagesstätte** gestatten können. Hier sind ganz andere Faktoren maßgeblich, wie etwa der Ausbildungsstand der Lehrkräfte und die inhaltliche Arbeit, die dort geleistet wird. Ich glaube, dass man darauf noch verstärkt das Augenmerk richten muss.

Im Übrigen handelt es sich hierbei ja um einen sogenannten Mindeststandard und dieser darf auch gern überschritten werden - was einige Träger auch tun. Schließlich stehen auch die Kindertagesstätten mit ihren Angeboten durchaus im Wettbewerb untereinander und eine gut ausgestattete Kindertagesstätte sichert am ehesten, dass deren Angebot von den Eltern auch angenommen wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt die Kindertagesstättenverordnung in Gänze ab. Das halte ich für falsch. Man kann sich sicherlich über den in Kindertagesstätten zugrunde zu legenden Personalschlüssel streiten. Wichtig ist aber auch, dass andere Komponenten ebenfalls geregelt werden, so zum Beispiel das Thema Kindertagespflege, aber auch das Alkohol- und Rauchverbot in Kindertagesstätten.

Ich finde es sehr wichtig, dass gerade beim Einsatz von **Tagespflegepersonal** darauf geachtet wird, dass dies in einem gewissen familiären Rahmen bleibt. Hier hat das Ministerium darauf hingearbeitet, dass nicht mehr als fünf Kinder zur gleichen Zeit und insgesamt nicht mehr als zehn Kinder zu betreuen sind. Das ist in Anbetracht dessen, dass es sich bei Tagespflegepersonal nicht um ausgebildete sozialpädagogische Fachkräfte handelt, absolut angemessen.

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin, achten Sie bitte auf die Einhaltung Ihrer Redezeit.

Heike Franzen [CDU]:

Ja, ich bin schon bei meinem letzten Satz: Ich schlage vor, meine Damen und Herren von den Grünen, dass wir Ihre Anregungen noch einmal im Ausschuss miteinander diskutieren, und beantrage daher für die CDU-Fraktion die Überweisung der Anträge von FDP und mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - federführend - in den Bildungsausschuss und - mitberatend - an den Sozialausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Astrid Höfs das Wort.

Astrid Höfs [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kindertageseinrichtungen sind derzeit bundesweit ständig in der politischen Diskussion. Ich glaube, so intensiv, lang anhaltend und hoch angesiedelt wie derzeit ist bislang überhaupt noch nie über dieses Thema diskutiert worden. Ich denke jedoch, das wird seinem Stellenwert gerecht. Das ist gut so. Denn ich denke, dass auch der letzte Kommunalpolitiker endlich begreifen muss, wie wichtig die Betreuung und Bildung der Kleinkinder vor Ort ist. Doch das ist - wenn man sich einmal genau umhört - vor Ort noch überhaupt nicht der Fall.

Im Bereich der **vorschulischen Kinderbetreuung** verfolgen wir drei strategische Ziele. Erstens. Wir wollen, dass die **Kindertagesstätten** nicht wie in der Vergangenheit lediglich als Betreuungsinstitutionen, sondern als eigenständige Bildungseinrichtung verstanden werden. Dieses Ziel haben wir mit den Bildungsleitlinien und mit der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes erreicht. Die Umsetzung der Bildungsleitlinien erfordert vor Ort in den Kindertagesstätten Anstrengungen, hat sich aber in die tägliche Arbeit der Erzieherinnen gut eingefügt. An dieser Stelle danke ich allen engagierten Erzieherinnen und Erziehern, die täglich hervorragende Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten leisten.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir wollen und müssen die Vorgabe aus dem **Tagesbetreuungsausbaugesetz** des Bundes

umsetzen und für Kinder unter drei Jahren mit Krippenplätze schaffen. Das dient unserem Leitbild der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einem schnelleren Wiedereinstieg besonders der Frauen nach der Babypause in die Berufstätigkeit. Wir brauchen bessere und am besten ganztägige Bildungs- und Betreuungsplätze. Die Situation der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote ist regional sehr unterschiedlich. Mit guten frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten sollen Bildungschancen aller Kinder, die Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien, der Schutz vor Familienarmut sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden.

Viele Eltern wollen Familie und Beruf vereinbaren, können es aber mit den vorhandenen Angeboten überhaupt nicht leisten. Die Schaffung von mehr Krippenplätzen dient auch der körperlichen, geistigen, seelischen und sozialen Förderung der jüngsten Kinder und verbessert in jedem Fall die Entwicklungschancen unserer Kleinkinder. Es ist in der Praxis immer wieder feststellbar: Die Entwicklung der Krippenkinder schreitet sehr schnell voran. Hier beginnt bereits das gemeinsame Lernen, das sich dann in Kindertagesstätte und Schule fortsetzt.

Drittens. Wir wollen mittelfristig erreichen, dass jedes Kind eine **Kindertagesstätte** besucht und dass zumindest ein solches Jahr **obligatorisch** und natürlich für die Eltern kostenfrei ist. Darin sehen wir die beste Förderung und Vorbereitung auf den Schulbesuch. Wir alle wissen, dass dies nicht von heute auf morgen zu finanzieren ist. Denkbar wäre es zum Beispiel, den Einstieg in sozialen Brennpunkten zu schaffen, um besonders die Kinder zu erreichen, die von ihren Eltern unzureichende Betreuung und Förderung erhalten - wenn sie nicht gar Opfer von Vernachlässigung und noch Schlimmerem werden.

Das Einfachste und Angenehmste wäre natürlich: Wir beschließen heute, diese beiden noch offenen Ziele mit sofortiger Wirkung umzusetzen. Aber allein bei dem Gedanken spüre ich schon die bohrenden Blicke der Finanzpolitiker aller Fraktionen, obwohl wir in diesem Fachbereich nicht nur nach rein fiskalischen Gesichtspunkten entscheiden dürfen.

Das Bildungsministerium hat in seinem **Entwurf** für die **Kindertagesstättenverordnung** einen Weg aufgezeigt, wie wir dem zweiten von mir genannten Ziel, nämlich der Steigerung der Angebote für unter Dreijährige, näher kommen können, ohne die Finanzen der kommunalen und freien Träger zu sprengen.

(Astrid Höfs)

Das Ministerium hat dazu selbstverständlich eine **Anhörung** durchgeführt, deren Ergebnis - wie auch nicht anders zu erwarten - sehr unterschiedlich ist. Die kommunalen Landesverbände als Vertreter der kommunalen Träger haben sich positiv geäußert und die geplante Flexibilisierung der Standards in den Kindertagesstätten ausdrücklich begrüßt. Die Wohlfahrtsverbände haben sich sehr skeptisch geäußert. Die GEW lehnt den Entwurf zur Änderung der Landesverordnung für die Kindertagesstätten ab.

Es ist für uns immer selbstverständlich gewesen, dass Anhörungen keine Showveranstaltungen sein dürfen, bei denen die Betroffenen nur die Gelegenheit bekommen, ihre Kritik mit der gleichen Inbrunst und mit der gleichen Folgenlosigkeit wie im Londoner Hyde Park loszuwerden. Anhörungen sind für uns ein Weg, das Expertenwissen, das diejenigen uns voraushaben, die mit unseren Gesetzen und Verordnungen tagtäglich umgehen müssen, für unsere Entscheidungsfindung zu nutzen.

Ich begrüße es daher für meine Fraktion sehr, dass die Bildungsministerin beschlossen hat - das Kabinett hat dem ja zugestimmt -, den Entwurf an einer ganz entscheidenden Stelle zu ändern. In § 8 Abs. 3 des Entwurfes soll es nun dabei bleiben, dass eine zusätzliche Fachkraft für eine altersgemischte Gruppe dann eingesetzt werden muss, wenn in altersgemischten Gruppen drei oder mehr Kinder unter drei Jahren aufgenommen werden. Damit ist der wichtigste Kritikpunkt aus den beiden Anträgen der Oppositionsfraktionen Grüne und FDP, denke ich, aus dem Weg geräumt.

Zum Antrag der Grünen: Ich sehe nach der Ankündigung der Ministerin eigentlich keinen Grund, den Entwurf der Kindertagesstättenverordnung zurückzuziehen. Die Grünen bleiben bei ihrer Argumentation, die sie schon immer vertreten haben, nämlich dass jegliche Einschränkung bei den Standards für Kindertagesstätten abzulehnen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wenden sich deshalb mit ihrem Antrag zugleich gegen die Aussagen der Berliner Koalition, obwohl wir noch gar nicht genau wissen, was den Bundestag tatsächlich in Gesetzesform erreichen wird. Ich teile Ihre Kritik an der Idee, Familien, die ihren Kindern den Besuch der Kindertagesstätte vorenthalten wollen, mit einer, wenn auch kleinen, **Heim- oder Herdprämie** zu belohnen. Wir sind nicht der Auffassung, dass es gleichwertige Alternativen sind, die Kinder zu Hause zu behalten oder sie in eine Kindertagesstätte zu schicken.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Zu befürchten ist, dass gerade sozial benachteiligte Familien ihre Kinder nicht in die Krippe geben, sondern zu Hause lieber vor dem Fernseher parken und mit dieser Prämie dann mehr Geld für den Familienkonsum haben. Das lehnen wir als sozialdemokratische Politiker und Politikerinnen ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus den Gründen, die ich eingangs genannte habe, halten wir an der Perspektive fest, dass jedes Kind eine Kindertagesstätte besucht. Aus den Reihen der CDU auf Bundesebene sind als Alternative zum Betreuungsgeld auch Gutscheinsysteme für die Wahrnehmung von pädagogischen, sportlichen oder sprachlichen Bildungsangeboten in die Diskussion gebracht worden. Solange diese Debatte aber auf Bundesebene noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt hat, können wir sie hier nicht in Resolution begleiten.

Was den Antrag der FDP angeht, so kommt man aus dem Kopfschütteln eigentlich gar nicht heraus.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ausgerechnet die FDP, die bei früheren Haushaltsberatungen immer und immer wieder den Abbau der **Standards** gefordert hat, singt jetzt das hohe Lied auf die Standards. Zwar soll es ja nicht verboten sein, klüger zu werden, aber ich fürchte, dass auch hier der Vorwahlkampf und nicht die bessere Einsicht das Motiv gewesen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Jedenfalls kann man aufgrund der Ankündigung der Ministerin den FDP-Antrag wohl als erledigt ansehen. Den Antrag der Grünen können wir, meine ich, im Bildungsausschuss auf Halde legen, bis die Pläne der Bundesregierung zur Betreuung der unter Dreijährigen greifbarer geworden sind, als es jetzt der Fall ist. Ich bin im Übrigen voller Erwartungen in Bezug auf die Diskussionen im Ausschuss.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Auf der Tribüne begrüßen wir ganz herzlich Mitglieder des Nordfriesischen Vereins aus Schobüll. - Seien Sie uns alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Monika Heihold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin Höfs, Ihr letzter Satz war unglaublich. Da stellt die grüne Fraktion als Oppositionspartei einen Antrag, weil sie sagt, diese **Herdprämie** dürfe auf Bundesebene nicht kommen. Da fordern wir, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag einmischet. Und dann sagen Sie hier ganz offen, die Große Koalition werde diesen Antrag im Ausschuss „auf Halde“ legen! Das waren Ihre Worte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Frau Abgeordnete Höfs, Frau Kollegin, was ist das für ein Parlamentsverständnis? Und wie peinlich ist es, nur weil Sie sich intern nicht einig sind, verhindern zu wollen, dass sich der Landtag politisch positioniert!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Meine Fraktion wird - auch im Ausschuss - darauf drängen, dass wir uns entscheiden. Denn diese 150 € pro Kind und pro Familie ist Geld, das uns nachher für die **Institution Kindertagesstätte** fehlt. Das muss man an dieser Stelle doch ganz deutlich sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Bundesfamilienministerin selbst ist ja - insofern habe ich die lobenden Worte der CDU nicht ganz verstanden - absolut kritisch in Bezug auf die Betreuungsprämie. Die hat die CSU Ihnen dort reingeschrieben und da waren Ihre Leute in Berlin nicht Manns und Frau genug, zu sagen, dass sie das nicht wollen. Ich zitiere einmal die Bundesfamilienministerin. In der „Welt“ heißt es:

„Zum Betreuungsgeld erklärte von der Leyen aber, Kindern mit geringen Bildungschancen sei mit mehr Geld nicht geholfen.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da hat sie recht!)

Frau Franzen, ich teile diese Auffassung. Wo sie recht hat, hat sie recht. Insofern appelliere ich noch einmal an Sie: Die CSU ist nicht im Raum - trauen Sie sich, Nein zu sagen! Ich appelliere an Sie, gerade dieser Passage unseres Antrages zuzustimmen: Nein zur Herdprämie, mehr Geld für die Kindertagesstätten!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU]: Nein, nein! Sie weiß es ja besser!)

- Dass Sie die Herdprämien wollen, Herr Stritzl, wundert mich nicht.

(Thomas Stritzl [CDU]: Zwei rechts, zwei links, zwei fallen lassen!)

- Stricken kann er wahrscheinlich auch nicht, sonst wüsste er, wie das mit dem Fallenlassen geht.

(Heiterkeit)

Bei jeder Diskussion um die Kindertagesstätten geht es ums Geld. Diese Diskussion haben wir oft genug geführt. Das war oder ist auch Anlass zumindest für Teile der Verordnung. Das treibt uns auch dazu, diesen Antrag zu stellen und zu sagen, diese Kindertagesstättenverordnung lehnen wir ab.

Diese Kindertagesstättenverordnung ist der Versuch, mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige zu schaffen, ohne mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Das ist die Intention der Verordnung. Das ist aus unserer Sicht falsch. Deshalb haben heute Morgen auch die Träger vor dem Landeshaus gestanden und gesagt, dass diese Verordnung zurückgenommen werden muss.

Die Landesregierung hat einen Teil der Verordnung rückgängig gemacht. Das begrüßen wir. Das zeigt, dass eine Opposition - wenn auch klein, aber fein - etwas erreichen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch ist es so, zukünftig sollen mehr Kinder ohne zusätzliches Geld oder ohne zusätzliches Personal betreut werden.

Ich appelliere noch einmal an Sie, in die Kindertagesstätten hineinzuschauen und zu schauen, was wir ihnen an neuen Aufgaben gegeben haben und wie es überhaupt noch möglich ist, dort individuell zu fördern.

Es wird immer gesagt, dass der **Bildungsauftrag** schon vorher im Gesetz gestanden habe. Richtig. Aber wir haben den Bildungsauftrag nicht nur präzisiert, sondern wir waren uns auch einig, dass wir ihn im Gesetz noch einmal verdeutlichen, noch einmal genauer beschreiben wollen, damit in den Kindertagesstätten mehr passiert. Das war doch auch Ihre Forderung bei dem Gesetz.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Da sind Dokumentationspflichten eingeführt worden!)

Wenn die **Kindertagesstätten** mehr Bildung vermitteln sollen, wenn in den Kindertagesstätten gerade auch jüngere Kinder intensiv und chancengleich

(Monika Heinold)

cher gefördert werden sollen, dann kann das nur mit **Fachkräften** gehen, die ausgebildet sind, die Zeit für jedes Kind haben,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

die auch die Zeit für die Vorbereitung und dafür haben, immer wieder neue Experimente zu wagen.

Ich nehme einmal den naturwissenschaftlichen Bereich, in dem es uns Stück für Stück gelingt, das Experiment in die Kindertagesstätten hineinzubringen. Machen Sie einmal mit zwei- bis fünfjährigen Kindern Experimente, 18 Stück an der Zahl, in der bunten Mischung - mit eineinhalb Kräften. Die halbe Kraft ist vielleicht gerade nicht da.

(Zuruf von Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Frau Erdsiek-Rave, ich habe gerade meinen ungefähr 20. Kindertagesstättenbesuch hinter mir und ich weiß, wie viel Mühe sich die Erzieherinnen vor Ort geben. Ich weiß, dass mir alle Erzieherinnen und Erzieher aus der Praxis heraus sagen: Wenn wir den Bildungsauftrag und die individuelle Förderung ernst nehmen, brauchen wir mehr Fachkräfte. Frau Erdsiek-Rave, das ist zumindest meine Erfahrung, die ich aus den Kindertagesstätten mitbringe. Sie mögen dort etwas anderes hören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jürgen Weber [SPD]: Nennen Sie mir einmal eine Institution, die nicht mehr Personal wünscht!)

- Ja, auch die gibt es. Ich habe ja Zeit, ich habe zehn Minuten Redezeit. Ich habe eine Kindertagesstätte, die Tausendfüßler in Kaltenkirchen, besucht, die mit unheimlich viel ehrenamtlichem Engagement aus ihrer Kindertagesstätte ein Familienzentrum, auch ein Mehrgenerationenhaus, gemacht haben. Die sagen: Wir hätten auch gern mehr Personal, aber wir beklagen uns nicht, denn bei uns ist es möglich, weil es gelungen ist, unheimlich viel **Ehrenamt** in die Kindertagesstätte zu holen. Jetzt stelle ich aber die Gegenfrage: Können wir darauf bauen, dass alles Kindertagesstätten mit ganz viel Ehrenamt arbeiten, damit sie ihren Bildungsauftrag umsetzen können? Herr Weber, das ist die Gegenfrage und dazu sagen mir viele aus der Praxis heraus, dass dieses nicht geht.

Unsere Forderung ist, dass die Verordnung nachgebessert wird, dass zumindest nicht mehr **Kinder** von dem gleichen **Personal**, was jetzt zur Verfügung steht, betreut werden, sondern dass es - sollte es mehr Kinder in der Gruppe geben - auch mehr Personal geben muss.

Ich sage noch einen Satz zu der Veränderung, die auch in der Verordnung steht, dass zukünftig auch **Tagespflege** in Kindertagesstätten stattfinden kann. Bei der Tagespflege gibt es letztendlich den gleichen Schlüssel, der gewählt wurde. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ist es bei der Krippe so, dass es zwei Fachkräfte für zehn Kinder gibt. Dies ist bei der Tagespflege ebenso. Zukünftig kann die Tagespflege praktisch gleichberechtigt in der Kindertagesstätte stattfinden.

Ich habe damit riesige Probleme, denn ich befürchte, dass die Kommunen - die ja selbst Finanzprobleme haben - zukünftig sagen, die Hälfte unserer Kindertagesstätten sind jetzt Räume der Tagespflege. Hier kann ich ohne qualifizierte Kräfte mit deutlich geringeren Kosten Krippenplätze zur Verfügung stellen, als Tagespflege betitelt. Ich befürchte, dass wir damit den pädagogischen Standard aushöhlen.

Deshalb bitte ich die einzelnen Kindertagesstätten und ihre Träger, sehr sorgsam mit diesem Instrument umzugehen und alles dafür zu tun, damit Tagespflege qualifiziert stattfindet und innerhalb unserer Kindertagesstätten nicht zum Billigmodell wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und sage: Mut zum Beschluss, Nein zur Herdprämie!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Kollege Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Egal wie man es dreht und wendet, man muss Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen dazu gratulieren, dass sie das wichtige Thema **Kinderkrippen** in Deutschland auf die öffentliche Agenda gebracht hat.

Wir wissen alle, dass dies höchste Zeit war, denn im europäischen Vergleich steht die Bundesrepublik Deutschland mit gerade einmal 14 % Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren weit hinten. Das gilt bekanntermaßen insbesondere für die alten Bundesländer. Hier in Schleswig-Holstein ist das Angebot mit gerade einmal 8 % Betreuungsangeboten besonders schlecht.

Dabei geht es bei der aktuellen Diskussion um mehr Angebote für Kinder unter drei Jahren nicht

(Lars Harms)

darum, den Familien vorzuschreiben, wie sie ihr Leben gestalten oder wie sie ihre Kinder erziehen sollen, sondern es geht unter anderem darum, dass die **Eltern** in Zukunft die Möglichkeit haben sollen, wenn sich Nachwuchs einstellt, ihrer **Arbeit** weiter nachgehen zu können. Dies ist heute offensichtlich nicht immer der Fall und meistens leiden Frauen unter dieser Tatsache.

Weiter muss man aber auch an die **Entwicklung der Kinder** denken. Hier können gerade Krippenplätze einen wichtigen positiven Beitrag leisten. Für mich ist es ganz, ganz wichtig, dass man dieses Thema nicht nur unter dem Blickwinkel betrachtet, dass Menschen weiter ihrer Arbeit nachgehen sollen, sondern dass der Sinn und Zweck einer Kindertageseinrichtung immer ist, den Kinder eine möglichst gute Bildung und Entwicklung angedeihen zu lassen. Das ist der Sinn und Zweck dieser Einrichtung.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Für eine moderne Gesellschaft ist der derzeitige Zustand bei uns ein Armutszeugnis. Hier muss etwas geändert werden. Deshalb hat die Bundesregierung dieses Thema aufgegriffen und sich dazu entschlossen, bis 2013 die Anzahl der Kinderrippen auf das europäische Durchschnittsniveau von 35 % auszubauen. Das ist eine riesige Aufgabe.

Dieses Ziel ist keine familienpolitische Revolution, sondern eine längst überfällige Entwicklungshilfe. Denn nur so finden wir den Anschluss an den Standard, der heute schon in anderen westeuropäischen Ländern und auch in Ostdeutschland gilt. Dies ist das absolute Minimum, wenn man sich die Zahlen unserer skandinavischen Nachbarn ansieht, wo praktisch alle Kinder in Kinderrippen unterkommen kommen, wenn die Eltern es denn wollen.

Die Ergebnisse der Großen Koalition in Berlin zur **Finanzierung** dieses **Krippenausbaus** sind allerdings wieder einmal sehr bescheiden. Der Rechtsanspruch soll erst ab 2013 gelten und die Bundeszuschüsse sowohl für die Investition als auch für den Betrieb sind nach Angaben des Deutschen Städteverbandes viel zu niedrig und würden dazu führen, dass das Ziel, die Zahl der Kinderbetreuungsplätze bis zum Jahr 2013 auf 750.000 zu verdreifachen, nicht erreicht wird. Deshalb ist die CSU-Prämie, **Herdprämie** oder Herdenprämie für Daheimgebliebene auch der falsche Weg.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wir müssen die **Kitas** mit ihrem **Bildungs- und Entwicklungsauftrag** stärken und dürfen nicht ziellos Geld verplempern, lieber Kollege. Denn das ist zielloses Geldverplempern, wenn man es den Leuten nachwirft.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das unterstützt die Erziehungsleistung in der Familie!)

- Lieber Kollege, ich als ein Familienvater, der eine Frau zu Hause hat, profitiere vom Ehegattensplitting schon genug. Ich kann es finanzieren und jeder andere kann es auch. Es gibt schon Geld für Daheimgebliebene und da muss nicht noch mehr Geld hinterhergeworfen werden, sondern es ist Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass wir ordentliche Kindertagesstätten haben und von ihnen der Bildungs- und Erziehungsauftrag entsprechend wahrgenommen werden kann. Das ist viel, viel wichtiger, als irgendwelchen Familien irgendwelche Prämien hinterherzuwerfen.

(Beifall beim SSW)

Es besteht die Gefahr, dass man sich zwischen Bund, Ländern und Kommunen auch in Zukunft über die Kostenverteilung des Krippenausbaus streiten wird. Das hören wir heute auch wieder. Das Thema der heutigen Debatte zeigt, dass wir auch in Schleswig-Holstein aufpassen müssen, damit Worte und Taten beim Thema Kinderbetreuung übereinstimmen. Denn obwohl wir natürlich alle wollen, dass der Ausbau von Krippenplätzen vorangebracht werden soll, darf dies auf keinen Fall auf Kosten der Qualität, der Bildung und der Betreuung in den Kindertagesstätten geschehen. Denn dann hätten wir überhaupt nichts gewonnen.

Von daher war der SSW auch etwas überrascht über den Entwurf für eine neue **Kita-Verordnung**, den die Landesregierung Ende März in die Anhörung gegeben hat. Denn man kann es drehen und wenden, wie man will, in der ursprünglichen Form führte die Verordnung dazu, dass der **Personalstandard** in bestimmten Konstellationen gesenkt werden sollte. Man muss weder Pädagogik noch Jura studiert haben, um zu kapieren, dass es nicht das Kindeswohl fördert, wenn die Kleinsten von noch weniger Fachpersonal als bisher begleitet werden. Der SSW war sehr erfreut darüber, dass die FDP dies auch so sah und eine Standardsenkung in diesem wichtigen kommunalen Bereich genau wie die Grünen ablehnt.

(Beifall beim SSW)

Auch die GEW und die Wohlfahrtsverbände sowie die Elternvertretungen haben die Verordnung massiv kritisiert und sind zum Beispiel der Auffassung,

(Lars Harms)

dass sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten durch die neue Verordnung noch weiter verschlechtert, was natürlich auch negative Folgen für die betreuten Kinder haben wird.

Denn wir wissen ja alle, dass schon jetzt die finanziellen Ressourcen im Kita-Bereich nicht ausreichend sind. Nur dieses darf man auf keinen Fall lösen, indem man die Standards senkt.

Natürlich waren im Entwurf zur Kita-Verordnung auch vernünftige Vorschläge zur Flexibilisierung. Auch über die Änderungen im Bereich der Mitbestimmung von Eltern kann man sicherlich diskutieren. Aber wenn es darum geht, die **Qualitätsstandards** in den Kindertagesstätten zu erhalten, gibt es keinen Kompromiss.

Von daher begrüßt der SSW, dass die Bildungsministerin dies auch so sieht und nun doch den Personalschlüssel für die unter Dreijährigen nicht verändert. Dies ist vor allem ein Erfolg der Elternvertreter und Wohlfahrtsverbände, die zu Recht gegen die vom Bildungsministerium geplante Verschlechterung Sturm gelaufen sind. Sie ist aber auch ein Zeichen dafür, dass die Opposition im Landtag funktioniert.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn die Ausschussinitiative des SSW und die nachfolgenden Anträge der FDP und der Grünen haben dafür gesorgt, dass die Große Koalition Farbe bekennen musste.

Dadurch konnte in letzter Minute verhindert werden, dass es eine schlechtere Betreuung gibt und die Verordnung zu Rückschritten beim Bildungsanspruch in den Kindertagesstätten führt.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Bildung und Frauen, Frau Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Worum geht es eigentlich in der aktuellen Debatte? - Es geht darum, dass sich etwas bewegen muss. Dass wir einen hohen **Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren** haben, ist in diesem Hause unbestritten. Das ist Konsens und das ist auch in der letzten Debatte im März eindrucksvoll bestätigt worden.

Wir reden über die Perspektiven von jungen Familien, insbesondere über die der Frauen, wir reden über frühkindliche Förderung. Wir reden auch über die Vermeidung von Kinderarmut, indem die Berufstätigkeit von Müttern erleichtert wird, und angesichts des demografischen Wandels reden wir natürlich auch darüber, dass es nicht mehr sein darf, dass gut ausgebildete Frauen aus Mangel an Betreuungsmöglichkeiten quasi vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden.

Die Einigung in Berlin zum **Krippenausbau** kann zu einem wahren Durchbruch werden, wenn die finanzielle Ausstattung der Förderung sowohl hinsichtlich der Investitions- als auch der Betriebskosten sichergestellt wird und wenn sich der Bund dauerhaft beteiligt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bundesfamilienministerin hat die Jugendminister - ich war dabei, weil ich für die Kitas zuständig bin - über den derzeitigen Stand der Überlegungen nach dem Koalitionsbeschluss in Berlin informiert. Danach plane sie, dass die Förderung des Bundes bereits im Jahr 2008 erfolgen solle, dass der Rechtsanspruch in dieser Wahlperiode gesetzlich festgeschrieben werde, aber erst 2013 wirksam werde. Herr Kollege Harms, ein Rechtsanspruch kann natürlich erst dann eingelöst werden, wenn der Ausbau entsprechend ist. Insofern hat es eine gewisse Logik.

Gleichzeitig solle mit den Ländern über ein sogenanntes **Gutscheinmodell** gesprochen werden. Mein Eindruck ist, dass diese letzte Option aufgrund der Forderung nach dem Betreuungsgeld für die Familien entstanden ist, die keine Betreuung in Anspruch nehmen wollen. Ich sage hier ganz offen: Ich halte ein solches Betreuungsgeld für kontraproduktiv.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es setzt keine Anreize und es ist kaum finanzierbar. Übrigens teilt die Mehrheit der Jugendminister quer durch alle Parteien diese Auffassung und auch die Bundesfamilienministerin macht daraus keinen Hehl. Sie lehnt ein bar ausgezahltes **Betreuungsgeld** ab. Von der Höhe ist übrigens nirgendwo die Rede; das ist so in den Diskussionen entstanden. Aber in der Koalitionsvereinbarung findet sich kein Betrag.

Jedenfalls teilt die Bundesfamilienministerin die Absage an ein bar ausgezahltes Betreuungsgeld; ich will die Gründe nicht wiederholen. Allenfalls könn-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

te man sich mit einem Gutscheinsystem anfreunden.

Herr Harms, es ist Ihnen zwar gerade rausgerutscht, aber bei einer Äußerung wie: „Ich habe eine Frau zu Hause“, sträuben sich bei mir die Nackenhaare.

(Beifall bei der CDU - Anke Spoorendonk [SSW]: Sie kennen Frau Harms nicht!)

- Das ist richtig. Ich kenne Frau Harms nicht.

(Heiterkeit)

Deswegen habe ich ja auch gesagt, dass es ihm rausgerutscht ist. Sie müssen aber verstehen, dass Frauen in dieser Hinsicht vielleicht ein bisschen empfindlicher sind.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sage ich jetzt an alle Seiten: Frauen sind es generell leid, Begriffe wie „Rabenmütter“, „Heimchen am Herd“ oder „Herdprämie“ zu hören.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für Schleswig-Holstein folgt aus den Verabredungen, dass die **Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige** von derzeit rund 8 % bis 2008 auf 35 %, ausgebaut werden soll, allerdings immer unter der Voraussetzung, dass der Bund mitfinanziert.

Über die Ausgestaltung sind noch viele Fragen zu klären und das geschieht zurzeit in einer Lenkungsgruppe von Bund und Ländern, an der auch die Finanzminister beteiligt sind. Unabhängig von diesen Fragen - jetzt komme ich zur Situation in Schleswig-Holstein - müssen wir erreichen, dass schon jetzt die **Betreuungssituation** erweitert und verbessert wird. Wir wollen mit der neuen Verordnung vor allen Dingen bereits bestehenden Kindertageseinrichtungen ermöglichen, rasche und flexible Betreuungsmöglichkeiten einzurichten. Denn in den vergangenen Jahren haben wir eine hervorragende Infrastruktur an Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Land befördert, und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ. Wer hier den Eindruck schürt, es herrsche in unseren Kindertagesstätten eine Bildungswüste, der redet wider besseres Wissen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Heinold, Sie haben gesagt, dass Sie in letzter Zeit viele Kindertagesstätten besucht haben. Ich habe auch viele besucht und dort erlebt man, mit welchem großem Engagement sich Erzieherinnen fortbilden und welche großen Anstrengungen unternommen werden, um die Kindertagesarbeit wirklich im Sinne der neuen Bildungslernlinien zu verändern.

Das finde ich großartig und insofern möchte ich einen großen Dank an alle dort Beteiligten richten.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Dass man natürlich darüber klagt, dass man dafür mehr Zeit braucht, verstehe ich. Dies kann aber nicht allein an die Adresse des Landes gehen, sondern das richtet sich auch an die Träger selber, die entsprechende Konzepte unterstützen müssen. Dies richtet sich auch an die Kommunen, die schließlich für die Umsetzung des Gesetzes verantwortlich sind. Von daher sind alle gefordert. Das Land tut eine Menge mehr, als jemals zuvor in Sachen Fortbildung getan wurde.

Viele **Kindertageseinrichtungen** sind inzwischen nicht mehr ausgelastet oder es droht eine mangelnde **Auslastung**, weil die Kinderzahlen bei den Drei- bis Sechsjährigen zurückgehen. In den altersgemischten Gruppen besteht nun die Möglichkeit, das Angebot auf unter Dreijährige zu erweitern und das hat mehrere Vorteile: Die Kleinsten können in den vertrauten Kindergarten hineinwachsen. Sie erleben hier eine Brücke zwischen den unterschiedlichsten Betreuungsverhältnissen und für die Betreuung und Förderung kann die vorhandene Infrastruktur genutzt werden. Der sonst erforderliche Abbau der Kapazitäten wird vermieden. Ferner erweitert sich die Zielgruppe der Kindertageseinrichtung. Sie kann sich besser zu einem echten Familienzentrum weiterentwickeln, in dem alle Angebote für junge Familien gebündelt werden, wie es zum Teil jetzt schon im Land geschieht.

Trotz des Bedarfs sind in Schleswig-Holstein erst wenige **altersgemischte Gruppen** eingeführt worden; bei der letzten Erhebung haben wir es wieder festgestellt. Also, wir müssen die Kirche im Dorf lassen, wenn wir jetzt darüber reden, dass hier massenhaft die Gruppen vergrößert würden. Wir haben im Land 4.600 Kita-Gruppen, aber nur 223, die altersgemischt sind.

Man muss sich fragen, woran das liegt. Ein wesentlicher Grund besteht und bestand in der bisherigen sprunghaften Verkleinerung der Gruppen auf 15, sobald zwei unter Dreijährige aufgenommen wurden. Damit fielen für die Kommunen schlagartig Elternbeiträge und somit Finanzierungsgrundlagen weg. Darum wurde diese Möglichkeit von den Kommunen wenig genutzt.

Die neue Kita-Verordnung sieht nun eine feinere Abstufung sowohl in den Kindergärten als auch in den kindergartenähnlichen Einrichtungen für altersgemischte Gruppen vor. Es geht nicht um eine generelle Gruppenvergrößerung - ich lasse nicht zu, dass das so dargestellt wird -, sondern es geht um

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

eine gleitende Reduzierung bis hinunter zu fast reinen Krippengruppen.

Das bedeutet - das können Sie alles nachrechnen -, dass oben ein Kind abgezogen wird. Ein Kind unter drei Jahren zählt wie zwei Kinder. Die Marge, über die wir dabei reden, liegt zwischen den 15er- und den 20er-Gruppen. Da geht es darum, dass bei zwei Kindern unter drei Jahren noch 18 Kinder in der Gruppe insgesamt sein dürfen, bei drei Kindern unter drei Jahren nur noch 17 und im Falle von fünf Kindern unter drei Jahren sind wir bei einer **Gruppengröße** von 15 Kindern. Das ist eine Lösung, wie sie auch in vielen anderen Ländern vorhanden ist, auch in unserem Nachbarland Niedersachsen. Ich halte dieses Modell - das sage ich hier wirklich mit gutem Gewissen - auch für pädagogisch vertretbar.

In der **Anhörung** wurde vor allem kritisiert, dass bei fünf Kindern unter drei Jahren zwei Fachkräfte erforderlich werden sollen. Diese Kritik haben wir sehr ernst genommen und daraufhin den Verordnungsentwurf geändert. Es bleibt also bei der Regelung, wie sie jetzt ist.

Ein Wort zur **Tagespflege**. Diese wird in der Kita-Verordnung überhaupt zum ersten Mal berücksichtigt. Wir müssen sie mit ihrem familienähnlichen Charakter klar von der Bildungsarbeit der Kindertageseinrichtungen abgrenzen. Es dürfen nur maximal fünf Kinder gleichzeitig von einer Person betreut werden. Unter dieser Voraussetzung ist es aus unserer Sicht vertretbar, wenn bis zu zwei Tagespflegepersonen - dafür haben wir ja Grenzen - anders als bisher auch ungenutzte Räume von Kindertagesstätten nutzen dürfen.

Ich komme zu einem Problem, über das hier niemand geredet hat und über das auch in der Öffentlichkeit kaum gesprochen wird. Ich hoffe, dass wir ein schwierigeres, noch viel weniger gelöstes Problem in den Griff bekommen, nämlich das hohe Ausmaß an unkontrollierter und unregelter **Schwarzarbeit** in diesem Bereich. Diese sollten wir nicht mehr wollen und zulassen.

Die **Kommunen** haben noch mehr **Flexibilität** eingefordert. Ihnen wird ein Teil dieser Flexibilität auch eingeräumt. Aber ich erwarte auch, dass sich das dann in einer höheren Zahl guter Betreuungsplätze für unter Dreijährige widerspiegelt.

Die Kita-Verordnung allein wird das Problem natürlich nicht lösen und den Betreuungsbedarf nicht erfüllen. Das ist auch nicht das Ziel. Aber sie ist ein Schritt zur Verbesserung des Angebots und ein Schritt zur Veränderung in Richtung Wahlfreiheit für die Familien in unserem Land.

Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen. Herr Harms, ich bitte um Entschuldigung für das, was ich im Eifer des Gefechts gesagt habe. Ich habe Sie möglicherweise in eine Ecke gestellt, in die Sie wahrlich nicht hineingehören.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Im Rahmen der vereinbarten Redezeit erteile ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Eckehard Klug.

Dr. Eckehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Erdsiek-Rave, Sie haben für das, was Sie in punkto Gruppengrößen und deren Heraufsetzung bei altersgemischten Gruppen planen, nur eine finanzielle Begründung gegeben, keine pädagogische, keine bildungspolitische Begründung. Das Ziel, mit größeren Gruppen bei gleichbleibenden Aufwand zu arbeiten, ist also eine Sparmaßnahme, ist eine Maßnahme zur Einsparung von Ressourcen.

Das ist von Ihnen offen eingeräumt worden. Dies ist unser zentraler Kritikpunkt, dass Sie **Qualitätskriterien**, die die Kindertagesstättenverordnung bislang für solche **altersgemischten Gruppen** mit der Obergrenze 15 vorgibt, zur Disposition stellen wollen. Es geht hier nicht darum, dass für diese Einrichtungen ein Mehr aus den Ressourcen gefordert wird, sondern darum, dass bestehende Standards beibehalten werden und keine Verschlechterung eintreten. Das muss zur Klarstellung gesagt werden.

Ich möchte ausdrücklich unterstützen, was Sie, Frau Ministerin, zum Thema Einstieg des **Bundes** in eine **Mitfinanzierung von Krippenplätzen** gesagt haben. Wenn aber ein derartiges Gutscheinmodell kommt, bietet es doch die Chance, den finanziellen Bedarf für die altersgemischten Gruppen in vernünftiger Weise zu regeln. Denn es ist klar, dass bei reinen Krippengruppen - das ist nach meiner Kenntnis bundesweiter Standard - eine Größe von zehn Kindern richtig ist. Ich kenne das aus mehreren Bundesländern, wo es in entsprechenden Verordnungen vorgesehen ist. Das heißt: Wenn es eine Regelung für Gutscheine gibt, dann müssten diese so dotiert sein, dass man beispielsweise in der Mitfinanzierung altersgemischter Gruppen dahin kommt, dass die 15er-Regelung, die für die altersgemischten Gruppen in Kindergärten bisher gilt, finanziell unterfüttert wird.

Wir hoffen darauf, dass es entsprechende Regelungen auf Bundesebene geben wird. Wir sollten

(Dr. Ekkehard Klug)

jetzt, bevor im nächsten Jahr die Mitfinanzierung eingeführt wird, in Schleswig-Holstein Qualitätskriterien pflegen. Diese zulasten der Kinder zu verschlechtern, halten wir für falsch.

Ich möchte allerdings ausdrücklich dem zustimmen, was Sie zum **Betreuungsgeld** gesagt haben. Auch wir sind der Meinung, dass ein bar ausgezahltes Betreuungsgeld kontraproduktiv wäre.

(Beifall bei der FDP)

Wir wünschen uns allerdings, dass die Debatte nicht mit dem Schlagwort „Herdrämien“ in einer Weise belastet wird, die die Diskussion sehr erschwert.

(Beifall bei der FDP)

Es hat natürlich sofort einen unglaublich negativen Beiklang gegenüber den Familien, die ihre Kinder auf vernünftige Weise und mit viel Engagement zu Hause betreuen und dort fördern. Ein solches Vokabular sollte also nicht gewählt werden.

Ich erinnere noch einmal an den Ausgangspunkt der Diskussion, die wir führen. Wir haben doch festgestellt, wie wichtig es ist, frühkindliche Bildung stärker als bisher zu fördern. Bestimmte soziale Schichten, deren Kinder die Förderung in besonderer Weise nötig haben, weil Anregungen aus den Familien dort in geringerem Maße stattfinden, als es bei einem bildungsbürgerlichen familiären Hintergrund der Fall ist, müssen wir einmal betrachten. Die Einführung eines bar ausgezahlten Betreuungsgeldes kann bei manchen Empfängern dazu führen, dass die Eltern das Geld zwar einstreichen, die Kinder - auch Kleinkinder - gleichwohl vor dem Fernsehapparat geparkt werden, mit all den negativen Effekten, die dies hat.

Wir müssen das Ziel haben, **frühkindliche Bildungsprozesse** in einer Weise zu fördern, die den Kindern für ihren weiteren Lebensweg wirklich hilft. Das ist ein zentraler Ansatz, den wir bei der ganzen Diskussion über Kinderbetreuung, Kindertagesstätten, Krippenplätze und so weiter im Auge behalten müssen. Wir sollten den Schwerpunkt demnach auf gute Betreuungsangebote richten, die die entsprechende Bildungsarbeit ermöglichen.

Dies setzt wiederum vernünftige **Gruppengrößen** voraus. Damit kommen wir zu unserem Antrag zurück. Wir fordern ja, in der neuen Kita-Verordnung in diesem Punkt die bisherigen Standards beizubehalten. Die FDP hat diese Position schon seit der PISA-Debatte eingenommen, als klargeworden ist, wie wichtig frühkindliche Bildung für den Bildungsprozess insgesamt ist. Bei diesem Standpunkt bleiben wir auch im Hinblick auf die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat die Ministerin für Bildung und Frauen, Ute Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Klug, es soll ja über ein Gutscheinmodell diskutiert werden. Wenn es dabei bleibt, dass der Bund schon 2008 einsteigt, dann ist völlig klar, dass es nicht mit einem Gutscheinmodell verbunden sein kann. Ein solches Modell wäre in der kurzen Zeit nicht realisierbar.

Es sollen die Erfahrungen ausgewertet werden, die beispielsweise Hamburg mit dem **Gutscheinmodell** gemacht hat. Sie wissen aus der Vergangenheit vielleicht noch, mit welchen Schwierigkeiten die Einführung dieses Modells verbunden war. Dass das Modell jetzt gut funktioniert, stelle ich gar nicht in Abrede. Ich finde, wir sollten gegenüber einer solchen Regelung wirklich offen sein. Was dies für das Betreuungsgeld bedeutet, lasse ich einmal dahingestellt.

Ich spreche jetzt nicht aus Trotz gegen Ihren Begriff der „Sparmaßnahme“. Ich will vielmehr sagen: Wir wollen und müssen es den Kommunen ermöglichen und sie dazu bringen, dass sie mehr altersgemischte Gruppen und natürlich auch mehr Krippengruppen einrichten. Krippengruppen werden in den Standards nicht verändert. Da gilt klar das, was schon bisher gegolten hat: Bei zwei Fachkräften ist die Obergrenze bei zehn Kindern.

Die Kommunen haben bisher aus finanziellen Gründen Kinder unter drei Jahren nicht in **altersgemischte Gruppen** aufgenommen. Denn bei zwei Kindern unter drei Jahren geht es dann ja schlagartig von der Obergrenze von 20 Kindern auf 15 Kinder herunter. Fünfmal fallen die Elternbeiträge weg. Damit fällt bei den Kommunen zum Teil die Finanzierungsgrundlage weg. Bei aller Prinzipienfestigkeit müssen wir die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen ein bisschen in die Betrachtung einbeziehen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die **gleitende Reduzierung der Gruppengrößen** bei altersgemischten Gruppen ist ein akzeptabler Weg. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, dass die Kommunen mit ihren Möglichkeiten verantwortlich umgehen, wenn man auf der anderen Seite fordern will, ihnen müsse alles vorgeschrie-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

ben werden. Ich glaube, hier ist ein guter Weg gefunden worden, der vor allem dem Ziel dient, dass wir in kürzester Zeit mehr Betreuungsplätze bekommen, nicht erst dann, wenn die großen Vereinbarungen anfangen zu wirken.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wenn ich die Signale aus der FDP richtig verstanden habe, möchte die FDP ihren Antrag an den Ausschuss überwiesen wissen. Es ist also Ausschussüberweisung für den Antrag der FDP, Drucksache 16/1413, beantragt worden. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen worden.

Es ist Abstimmung in der Sache über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1415 (neu), beantragt worden. Wer dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von FDP und SSW abgelehnt worden.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes und des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1404

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich auf der Tribüne ganz herzlich den Landesgeschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes, Herr Peter Schütz, und mit ihm natürlich alle Feuerwehrleute.

(Beifall)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich zur Grundsatzberatung Herrn Innenminister Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Ihnen vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes und des Landeskatastrophenschutzgesetzes sollen beide Gesetze den Rechtsentwick-

lungen auf verschiedenen Gebieten angepasst und bisher aufgetretene Zweifelsfragen klarer geregelt werden. Die Änderungen sind in enger Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband und den kommunalen Landesverbänden erarbeitet worden. Lassen Sie mich die wichtigsten Schwerpunkte herausstellen.

Erstens. Durch die **Verwaltungsstrukturreform** und die damit verbundene Gründung größerer Ämter entstehen einzelne **Amtswehrführungen** mit mehr als 30 Freiwilligen Feuerwehren, die zu betreuen sind. Außerdem werden **Kreis- und Stadtwehrführungen** durch den Zuwachs an Aufgaben generell immer stärker belastet. Um diese Arbeit künftig auch ehrenamtlich leisten zu können, wird es ermöglicht, mehrere Stellvertretungen statt bisher nur eine in die Aufgaben mit einzubeziehen.

Zweitens. Aus den gleichen Gründen sollen **Gemeindefeuerwehren** mit vielen **Ortsfeuerwehren** und zahlreichen aktiven Mitgliedern künftig ihre Mitgliederversammlungen in Form einer **Delegiertenversammlung** durchführen können.

Drittens. Die Pflicht zur Teilnahme am Einsatz- und Ausbildungsdienst wird um die **Pflicht zur Verschwiegenheit** ergänzt. Unschöne Beispiele aus der Vergangenheit, bei denen Bilder von Verletzten an die Presse verkauft wurden, haben solche Regelungen erforderlich gemacht. Ich halte das mit Blick auf die Angehörigen wirklich für nicht vertretbar, was es da an der einen oder anderen Stelle gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Bei **Pflichtverstößen** der aktiven Mitglieder sind wie bei Anordnung der Wehrführungen **Ordnungsmaßnahmen im Gesetz** selbst statt wie bisher in den Satzungen vorgesehen. Zugleich wird der Rechtsweg gesetzlich geregelt.

Fünftens. Einsätze der Feuerwehr im Rahmen der **gesetzlichen Aufgaben** sind in der Regel unentgeltlich. Für den **kostenpflichtigen Einsatz** und die entsprechenden Leistungen werden die strittigen Einzelheiten geregelt.

Sechstens. Die **Antragsaltersgrenze** zum Übertritt in die **Ehrenabteilung** für die Mitglieder, die freiwillig über die Altersgrenze von 60 Jahren hinaus Dienst im Rahmen ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit machen wollen, ist von 65 auf 67 Jahre heraufgesetzt worden. Dies ist vor dem Hintergrund der Mitgliederentwicklung der Freiwilligen Feuerwehren aus meiner Sicht eine sehr sinnvolle Anpassung an die heutigen Gegebenheiten. Für die Berufsfeuerwehren gilt diese Anhebung nicht.

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Siebtens. Aus Anlass des Vorschlags mehrerer Verbände, die Regelungen betreffend die **Werksfeuerwehren** an die Gegebenheiten in mehreren Industriestandorten wie zum Beispiel im Industriepark Brunsbüttel anzupassen, enthält der jetzige Entwurf zur Änderung des Brandschutzgesetzes eine Neufassung des § 17 mit der Regelung, dass Mitglieder einer Werksfeuerwehr über die erforderliche Ausbildung und Ortskunde verfügen müssen, aber nicht Betriebsangehörige sein müssen. Betriebe können auch **Dritte** mit den Aufgaben einer Werksfeuerwehr beauftragen, zum Beispiel eine sogenannte Dienstleistungsfeuerwehr. Benachbarte Betriebe in einem Industriepark stellen ein einheitliches Risiko dar und können gegebenenfalls auch gemeinsam zur Unterhaltung einer Werksfeuerwehr verpflichtet werden.

Achtens. Die Bestimmungen über die **soziale Sicherung** und **Entschädigung** der aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und der Helfer im Katastrophenschutz werden an die Rechtsänderungen im Sozialgesetzbuch, im Entgeltfortzahlungsgesetz und in der Gemeindeordnung angepasst und vereinheitlicht.

Neuntens. Außerdem wird das **Landeskatastrophenschutzgesetz** entsprechend der jetzt geltenden Richtlinien der EU dahin gehend geändert, dass bei externen Notfallplänen eine Anhörung der Öffentlichkeit auch bei Planänderungen oder Aktualisierungen ausdrücklich geregelt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben all diesen Einzelheiten will ich deutlich sagen: Brand- und Katastrophenschutz geht alle an. Unabhängig von all diesen Dingen muss der Erhalt eines **flächendeckenden Feuerwehrwesens** unser Ziel bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Da sind alle gefordert. Da sind die Bürgermeister gefordert, und zwar auch persönlich, nicht nur die Feuerwehr. Da müssen wir auch über Fragestellungen reden, die es Frauen mehr als bisher ermöglichen, in den Feuerwehren tätig zu werden. Da muss vielleicht das eine oder andere ein bisschen anders ausgedrückt werden. Da müssen wir uns auch an diejenigen wenden, die aus dem Bereich derer kommen, die nicht in Deutschland geboren sind, und vieles andere mehr. Denn eines ist richtig: Mit rund 60.000 Mitgliedern ist die Feuerwehr die größte und leistungsfähigste Hilfsorganisation im Lande überhaupt,

(Beifall bei SPD und FDP)

nachts, im Winter, innerhalb einiger Minuten einsatzbereit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich das an der Stelle auch sagen, weil ich in den letzten Tagen viel Törichtes in der Presse zu dem Einsatz in Heiligendamm gelesen habe. Auch dort sind mehrere Hundert Vertreter des ehrenamtlichen Katastrophenschutzes und der Feuerwehren in Schleswig-Holstein im Einsatz. Die verdienen unsere Unterstützung und nicht törichte Vorschläge.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die arbeiten wirklich für dieses Gemeinwesen. Sie sind eigentlich die größte Bürgerinitiative, die wir haben. Wir sähen ganz alt aus, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sich dies ändern würde.

Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, wenn die Bundesregierung darüber nachdenkt, das **Ehrenamt** ein Stück stärker zu fördern in dem Sinne, dass man da nicht auch noch sein Geld mitbringen muss.

Lassen Sie mich als Letztes sagen, weil wir oft über Entwicklungen in unserer Marktwirtschaft reden: Auch an Unternehmen muss appelliert werden, dass sie den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren ihre Arbeit ermöglichen. Sie müssten es sonst viel teurer bezahlen, müssten mehr Steuern für eine wahrscheinlich schlechtere Feuerwehr zahlen als die, die wir haben. Auch dies will ich anlässlich der Beratung des Gesetzes hier deutlich sagen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister und erteile das Wort für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Brand- und Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein basiert zu einem ganz überwiegenden Teil auf ehrenamtlichem Engagement. Seit über 130 Jahren sind die **Freiwilligen Feuerwehren** in Schleswig-Holstein flächendeckend Garant für die Sicherheit und den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger. Dabei nehmen Menschen Gefahren in Kauf und opfern große Teile ihrer Freizeit bis hin zum nächtlichen Schlaf. Ohne das **Ehrenamt** müsste der Staat diese Leistungen mit Hilfe hauptamtlicher Kräfte erbringen. Ein Blick in die kreisfreien Städte lässt erahnen, welche Ausgaben auf uns zukämen, wenn wir überall im Lande Berufsfeuerwehren unterhal-

(Peter Lehnert)

ten müssten. Spätestens bei Naturkatastrophen wie starkem Sturm und Sturmfluten stoßen schon jetzt die hauptamtlichen Einsatzkräfte an ihre Grenzen und sind auf den Einsatz der ehrenamtlichen Helfer angewiesen.

Ich habe großen Respekt vor diesen Männern und Frauen, die uns vorleben, wie eine Gesellschaft als Gemeinschaft funktionieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Aber das erfordert nicht nur unsere Anerkennung, sondern auch unsere nachhaltige Unterschätzung. Gerade bei dem Stichwort Klimawandel wird uns immer vor Augen geführt, wie groß die Bedeutung eines wirksamen Katastrophenschutzes ist. Deshalb müssen wir alles tun, um unseren Feuerwehrleuten die richtigen Rahmenbedingungen für ihre wichtige und auch gefährliche Arbeit zur Verfügung zu stellen.

In den vergangenen zehn Jahren sank die **Zahl der Feuerwehrleute** von rund 56.000 auf weniger als 49.000. Es muss uns daher ernsthaft Sorge machen, wenn inzwischen auch bei den Jugendfeuerwehren ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen ist. Gerade deshalb schulden wir allen Jugendlichen in den Wehren und vor allen Dingen ihren Betreuerinnen und Betreuern für ihr vorbildliches Engagement Dank.

Außerdem ist der Anteil an **Frauen** und **Ausländern** in den Wehren noch zu gering. Deshalb ist es zu begrüßen, dass der **Landesfeuerwehrverband** in diesem Bereich eigene Werbekampagnen anstößt. Seit wenigen Tagen gibt es - der Kollege Kubicki hält das hoch - eine, wie ich finde, sehr gut gemachte Kampagne, um auch Frauen gezielt anzusprechen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich finde das von der Aufmachung her wirklich hervorragend gemacht, und ich glaube, dass es dem Ziel, das wir alle gemeinsam erreichen wollen, dienlich ist.

Die **Werbung** neuer Mitglieder für die Feuerwehren können wir aber auch selber tatkräftig unterstützen, indem wir unsere Bürgerinnen und Bürger in unseren Wahlkreisen aktiv ansprechen. Wir müssen alles tun, um ein weiteres Absinken der **Mitgliederzahlen** bei den Wehren zu verhindern; denn weder eine Dienstverpflichtung noch eine berufsmäßige Wahrnehmung des Feuerwehrdienstes bieten einen angemessenen Ausweg. Es ist daher auch Aufgabe der Politik, dieses Ehrenamt zu fördern und aktiv zu gestalten.

Dazu gehört nicht nur eine angemessene **Sachausstattung**, sondern dazu gehören auch Rahmenbedingungen, damit **Beruf und Ehrenamt** besser vereinbar werden. Hierbei erfordert auch die jetzt von uns verabschiedete **Verwaltungsstrukturreform** im kreisangehörigen Bereich schnelles Handeln. Teilweise wird es Gemeindefeuerwehren mit mehr als zehn **Ortswehren** und 400 Mitgliedern geben und Amtswehren, denen mehr als 30 Feuerwehren angehören. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen werden deshalb mit dem Gesetz so angepasst, dass ein solches Gebilde überhaupt noch ehrenamtlich geführt werden kann. Daher wird die Zahl der Stellvertreter auf bis zu drei erhöht und die Möglichkeit zu Delegiertenversammlungen geschaffen.

In der Praxis ist gerade für **Führungspersonal** die Anhebung der **Altersgrenze** auf bis zu 67 Jahre wichtig. Für jede einzelne Einsatzkraft muss eine hinreichende Absicherung gewährleistet sein. Die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden müssen sicher sein können, dass sie bei Gefährdung ihrer Gesundheit und beim Einsatz von Leib und Leben zugunsten Dritter gut abgesichert sind. Dies erfolgt mit der notwendigen Klarstellung im Landeskatastrophenschutzgesetz.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein wichtiger Baustein, um den Feuerwehren im Land die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Ich hoffe, dass wir die Ausschussberatungen dazu nutzen können, um in diesem Sinne weitere Fortschritte zu erzielen. Ich beantrage die Überweisung federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren im Land bedarf einerseits Freiheit, um sich entfalten zu können, und andererseits benötigt der Brandschutz klare gesetzliche Grundlagen. Im Ernstfall unterscheidet der Bürger nicht, ob es sich um eine **Freiwillige Feuerwehr** oder eine Berufsfeuerwehr handelt. Mit dem Auslösen des Notrufs wird von den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr die gleiche Schnelligkeit, die gleiche Kompetenz und die gleiche Einsatzbereitschaft verlangt wie von den Kollegen der **Berufsfeuerwehr**. Es ist notwendig, mit der Gesetze-

(Thomas Hölck)

sanpassung den Rahmen neu zu justieren, damit die Freiwilligen Feuerwehren ihrer Verantwortung auch in Zukunft gerecht werden können.

Ich will für die SPD-Landtagsfraktionen die Gesetzesnovellierung zum Anlass nehmen, den Kameradinnen und Kameraden in den Freiwilligen Feuerwehren und in den Katastrophenschutzorganisationen für ihre Einsatzbereitschaft im Land zu danken.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Freiwilligen Feuerwehren sind mit ihrer täglichen 24-stündigen Einsatzbereitschaft ein Garant für den Schutz und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Mit der uneingeschränkten **Einsatzbereitschaft** auf der einen Seite und den Anforderungen an eine flexible Arbeitsbereitschaft mit Arbeitsverdichtung und Angst um den **Arbeitsplatz** auf der anderen Seite ist das **Ehrenamt** einem ständigen Interessenskonflikt ausgesetzt. Die Gesetzesänderung reagiert konstruktiv auf diesen Konflikt.

Die durch die **Verwaltungsstrukturreform** entstandenen, größeren Verwaltungseinheiten mit teilweise mehr als 30 Freiwilligen Feuerwehren in einem Amtsbezirk erhalten eine neue Führungsstruktur, die auf Amts- und Kreisebene zukünftig auch noch von ehrenamtlich Tätigen auszuüben sein wird.

Die Anforderungen an die **technische Ausstattung** der Wehren sind in der Vergangenheit stetig gewachsen. Damit verbunden ist gerade bei speziellen Einsatzsituationen die körperliche Belastung der Einsatzkräfte gestiegen. Der Gesetzentwurf reagiert insbesondere auf zunehmende Stresssituationen im Einsatzgeschehen mit einer verbesserten sozialen Absicherung. Künftig bezieht sich der Freistellungsanspruch nicht nur auf den Einsatz, sondern auch auf einen angemessenen Zeitraum danach. Somit werden wichtige und notwendige Erholungszeiten sozial abgesichert.

(Beifall bei der SPD)

Die Freiwilligen Feuerwehren haben seit 1996 15 % ihrer Mitglieder in den Einsatzabteilungen verloren. Die zunehmend einseitige Altersstruktur ist hinsichtlich der Einsatzbereitschaft, insbesondere auch auf dem Land, von wesentlicher Bedeutung. Der Anspruch der Arbeitswelt an Flexibilität und Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - verbunden mit einem häufigeren Arbeitsplatzwechsel - führt viele Wehren gerade in der Fläche am Tag an den Rand ihrer **Einsatzbereitschaft**.

Auch der Wandel in der Landwirtschaft hat zur Folge, dass immer weniger Menschen in der Freiwilli-

gen Feuerwehr mitwirken, die tagsüber der Einsatzbereitschaft zur Verfügung gestanden hätten.

Um eine **flächendeckende Präsenz** der Freiwilligen Feuerwehr im ganzen Land aufrechtzuerhalten, ist es notwendig, die **Jugendfeuerwehren** verstärkt in den Mittelpunkt der kommunalen Selbstverwaltung zu stellen. Das neue Brandschutzgesetz leistet seinen Beitrag für die jugendlichen Mitglieder, indem das Jugendarbeitsschutzgesetz als anwendbar erklärt wird. Weiterhin wird die Pflicht zur Teilnahme am Einsatz- und Ausführungsdienst neu geregelt. Gleiches gilt für werdende Mütter, für die die Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes Anwendung finden. Damit wird eine wichtige Grundlage geschaffen, damit sich **junge Frauen** nach der Jugendfeuerwehrzeit beziehungsweise in der Ausbildungszeit in der Feuerwehr nicht aus den Einsatzabteilungen der Wehren zurückziehen. Die Freiwillige Feuerwehr als letzte Männerbastion wird der Vergangenheit angehören.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das ist schon Vergangenheit!)

Darüber hinaus kann die verstärkte Aufnahme von **Menschen mit Migrationshintergrund** in die Freiwilligen Feuerwehren eine sinnvolle Ergänzung der Mitglieder sein und gleichzeitig eine wichtige Integrationsfunktion wahrnehmen.

Hervorheben will ich auch die verbesserte soziale Absicherung der Katastrophenschützer. § 13 des **Katastrophenschutzgesetzes** regelt eine Angleichung an das Brandschutzgesetz im Hinblick auf die soziale Sicherung der im Katastrophenschutz tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Arbeitgeber. Die Gleichbehandlung ist in der Zukunft eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Vielzahl der in diesem Bereich tätigen Menschen nicht demotiviert wird und die Hilfsorganisation verlassen.

Allerdings ist es für den Schutz der Bevölkerung im Katastrophenfall notwendig, dass der Bund im Rahmen seiner Neuorientierung auf diesem Gebiet keine Absenkung des Schutzniveaus zulässt. Der flächendeckende Bevölkerungsschutz muss wesentlicher Eckpfeiler für den Schutz der Menschen zwischen den Meeren bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Freiwilligen Feuerwehren sind eine der ältesten und erfolgreichsten Bürgerinitiativen in diesem Land. Daher haben sie Anspruch auf eine konstruktive Beratung im Innen- und Rechtsausschuss, auf die ich mich freue und die ich hiermit beantrage.

(Thomas Hölck)

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand:

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tagesordnungspunkt gibt uns die Gelegenheit, etwas Grundsätzliches über die Feuerwehr zu sagen, da die einzelnen Vorschläge, die im Gesetzentwurf stehen, sehr unkritisch sind und möglicherweise nicht so lang und intensiv diskutiert werden müssen; sie sind von sich heraus zu rechtfertigen.

Lassen Sie mich deshalb trotzdem kurz mit einem Dank an die Frauen und Männer beginnen, die sich im Katastrophenschutz und in der Feuerwehr für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Sie sind immer da, wenn die Bürger sie rufen, zu jeder Tages- und Nachtzeit, und sie helfen nahezu aus allen Notsituationen. Da aber insbesondere die Regelungen im Katastrophenschutzgesetz nicht ganz so spektakulär sind, will ich jetzt noch auf einige andere Dinge eingehen.

Allein mehr als 48.000 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich im Land in insgesamt 1.419 Freiwilligen Feuerwehren. Neben der **klassischen Aufgabe** der Brandbekämpfung kommen die Wehren aber vermehrt bei technischen Einsätzen, Gefahrgut-Unfällen und Unwetterlagen zum Einsatz. Daneben leisten sie **Prävention** in Schulen und Kindergärten und sind unverzichtbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in den Dörfern, Gemeinden und Städten des Landes.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Holger Astrup [SPD])

Insbesondere im ländlichen Raum und dort in Gemeinden, wo das gemeindliche Leben beispielsweise durch die Schließung von Schulen, Postfilialen, Sparkassen und Lebensmittelmärkten beeinträchtigt wurde, bilden die Feuerwehren einen zentralen sozialen Faktor. Dennoch sank die Anzahl der **Mitglieder** - es ist eben schon gesagt worden - in den vergangenen zehn Jahren von 56.000 auf noch über 48.000. Die Gründe für die sinkende Zahl der Aktiven sind vielfältig. Sie liegen zum einen in der demografischen Entwicklung, aber auch im geänderten Freizeitverhalten oder der höheren Beanspruchung im Berufsleben.

Eine Gegenmaßnahme, besonders im ländlichen Raum, ist die Schaffung von **Jugendfeuerwehren**,

die sich schon flächendeckend verbreitet haben, um bereits frühzeitig Jugendliche an die Feuerwehren heranzuführen. Wir hatten bei uns in der Gemeinde zusammen mit der Nachbargemeinde über Pfingsten einen Jugendfeuerwehrtag mit insgesamt 800 Teilnehmern. Es ist allein schon eine logistische Meisterleistung, die Teilnehmer über drei oder vier Tage zu bewirten und das entsprechende Programm abzuspielen.

Auch der Gesetzentwurf versucht, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und durch kleine Veränderungen die Attraktivität eines Engagements in den Feuerwehren zu steigern. Der **Tatbestand für Entschädigungen, Ersatzansprüche und Zuwendungen** wurde erweitert. So können künftig Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren bei Einsatz, Teilnahme an Lehrgängen und Wahrnehmung von Aufgaben in der Brandschutzerziehung gegen den Träger der Feuerwehr eine Entschädigung für die hierdurch bedingte Abwesenheit vom Haushalt verlangen, wenn es sich mindestens um einen Zweipersonenhaushalt handelt und das Mitglied der Feuerwehr entweder nicht erwerbstätig ist oder weniger als 20 Stunden pro Woche arbeitet. Darüber hinaus können bei entsprechenden Einsätzen die **nachgewiesenen Kosten** einer entgeltlichen Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen ersetzt werden. Faktisch werden diese Regelungen insbesondere Frauen zugute kommen, die sich in der Feuerwehr engagieren möchten. Der bereits angesprochene Folder weist ja schon darauf hin.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Grund für notwendige Änderungen der Vorschriften im Brandschutzgesetz sind die durch die **kommunale Ämterstrukturreform** notwendig gewordenen Strukturveränderungen bei den freiwilligen Feuerwehren. Durch die neuen größeren Ämter befinden sich teilweise bis zu 40 Feuerwehren in einem Amtsbereich. Lediglich ein ehrenamtlicher Amtswehrführer wäre mit der Vertretung dieser Wehren überlastet, so dass die Anzahl der Stellvertreter bis auf drei erhöht wird. Ebenso kann für die Mitgliederversammlung einer Gemeindefeuerwehr ein Delegiertensystem in der Satzung eingeführt werden, damit die Säle bei den Mitgliederversammlungen nicht aus den Nähten platzen. Die Entscheidung hierüber obliegt allerdings den Feuerwehren selbst.

Weitere Änderungen sind folgende: Die Möglichkeit zur Teilnahme am aktiven Dienst wurde verlängert.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen und auch die Damen und Herren auf der Regierungsbank, ich bitte doch, die Dialoge nach draußen zu verlegen. Es stört den Redner.

(Beifall)

Günther Hildebrand [FDP]:

Wer nach Vollendung seines 60. Lebensjahres weiter freiwillig **aktiven Dienst** in der Feuerwehr tun will und hierzu auch in der Lage ist, der kann nunmehr bis 67 in der Feuerwehr verbleiben und scheidet nicht bereits mit 65 aus. Allerdings wurde seitens des Landesfeuerwehrverbandes im Rahmen der Regierungsanhörung zu diesem Gesetzentwurf vorgeschlagen, dass bei Führungspositionen ein Ausscheiden aus den Ämtern erfolgen muss. Warum dies nicht im Gesetzentwurf erfolgt ist, können wir vielleicht noch im Rahmen der Ausschussberatungen erörtern.

Auf eine Änderung im Gesetzentwurf möchte ich abschließend noch kurz eingehen. In § 9 des Entwurfs fällt auf, dass Mitglieder der Feuerwehr künftig durch das Brandschutzgesetz zur **Verschwiegenheit** über die bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten verpflichtet sind. Dies hat uns zunächst verwundert. Nach Auskunft des Landesfeuerwehrverbandes war aber eben diese Regelung notwendig. Heutzutage ist es technisch möglich, an Einsatzorten wie beispielsweise Unfallorten mit dem Telefon, mit dem Handy, Fotos zu machen. Insbesondere die Vertreter der Medien seien in der jüngeren Vergangenheit an Feuerwehrleute herangetreten, um auf diese Weise Fotos zum Beispiel von Opfern und dergleichen gegen Entgelt zu bekommen. Ich finde diese Vorgehensweise beschämend. Diese Regelung muss deshalb unbedingt in diesen Gesetzentwurf hinein.

(Beifall)

Wie schon gesagt, ich bin davon überzeugt, dass diese Änderungen und dieser Gesetzentwurf insgesamt unproblematisch sind, und ich glaube, wir können das sehr zügig bearbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben den seltenen Fall, dass wir uns alle einig sind. Das ist erfreulich, denn das haben wir nicht so oft. Ich werde auch darauf verzichten, alles das zu wiederholen, was meine Vorgänger hier vorgetragen haben. Auch ich finde die Feuerwehr toll. Die haben mir schon zweimal den Keller leer gepumpt. Dafür bin ich sehr dankbar. Vor zwei Wochen haben sie meinen Sohn aus dem Wasser geholt. So etwas machen die auch.

(Zurufe)

- Das war in Fehmarn mit dem Surfbrett.

Ohne die Feuerwehren müssten wir tatsächlich sehr viele Leute hauptamtlich beschäftigen und deswegen können wir froh sein, dass wir sie haben.

Zum Gesetz nur drei Punkte! Da ist einmal die Sache mit dem **Mutterschutz**. Es ist ja so, dass heutzutage immer weniger Leute im Dorf arbeiten. Die arbeiten außerhalb, und viele Leute sind tagsüber nicht mehr da, wenn es da brennt. Eine Feuerwehr taugt nichts, wenn sie nur verfügbar ist, wenn es nachts brennt. Von daher ist die Frage der Beteiligung der Frauen essentiell geworden, existentiell für die Feuerwehren. Wir haben immer mehr Frauen bei der Feuerwehr und insofern ist das sicher eine sinnvolle Regelung. Es ist einfach notwendig. Frauen in der Feuerwehr betrifft nicht nur Fragen der Gleichberechtigung, sondern das ist auch eine dringende Notwendigkeit.

(Unruhe)

- Es ist sehr laut hier. Hallo, hallo, FDP!

(Wolfgang Kubicki [FDP], zur Regierungsbankweisend: Der Matthiessen ist das!)

- Ja, er stört, ich weiß.

(Heiterkeit)

Zweiter Punkt: Es ist sinnvoll, dass entsprechend der neuen **Amtsverfassung** die Zahl der **Stellvertreter** erhöht wird und damit die Möglichkeit gegeben wird, dass ehrenamtliche Arbeit auch auf gehoberer Ebene stattfinden kann.

Spaßig fand ich allerdings eine Änderung im Gesetz, die der Innenminister vielleicht geschickt versteckt hat, jedenfalls hat er sie im Vorwort nicht erwähnt. § 8 Abs. 3 lautet nämlich in der neuen Fassung: „Freiwillige Feuerwehren in der Trägerschaft eines Amtes sind Ortsfeuerwehren, die zusammen eine Gemeindefeuerwehr bilden.“ Was er damit vorschlägt ist im Grunde das, was wir in der Ver-

(Karl-Martin Hentschel)

waltungsstrukturreform seit langem fordern, nämlich dass die Ämter eine Amtsgemeinde bilden und die einzelnen Dörfer dann die Orte bilden, die Teil einer Gemeinde sind. Ich freue mich, dass wir zum ersten Mal in einem Gesetzentwurf die neue **Verwaltungsstrukturreform** zumindest im Bereich der Feuerwehr schon einmal umsetzen. Das ist ein wichtiger Schritt im Rahmen der Landespolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für den SSW erteile ich der Vorsitzenden, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in Gemeinderäten tätig ist, weiß, dass es dort Fraktionen gibt, und dann gibt es die parteiübergreifende Fraktion der Feuerwehr, will heißen, ohne die Belange der Feuerwehr zu berücksichtigen läuft in den Gemeinden nichts. Ich denke, das ist auch gut so, denn die Freiwillige Feuerwehr leistet Kulturarbeit, Sozialarbeit, sie steht für Tradition und Gemütlichkeit, sie steht aber auch für Dienstleistung, und um diese **Dienstleistung** geht es in dem heutigen Gesetzentwurf der Landesregierung. Ich werde jetzt nicht alles das aufzählen, was schon von meinen Vorrednern gesagt worden ist. Ich möchte nur noch sagen, diese Debatte zeigt - das war der Sinn der Debatte, und ich gucke den Kollegen Astrup an, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass wir diese Diskussion heute führen - die Wertschätzung der Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren.

(Beifall beim SSW)

Von daher ist es wichtig, dass wir deutlich machen, dass diese Arbeit von uns nicht nur gesehen wird, sondern, wie ich vorhin sagte, auch geschätzt wird. Richtig ist, dass die Arbeit, die mit dem Brandschutzgesetz zusammenhängt, sich den neuen geänderten **Rahmenbedingungen** anpassen muss. Das hat mit der Verwaltungsstrukturreform zu tun. Auch wenn der SSW diese Verwaltungsstrukturreform so, wie sie vorliegt, ablehnt, so macht es aus unserer Sicht natürlich Sinn, wenn durch die Zusammenschlüsse der Ämter auch die Zahl der Freiwilligen Feuerwehren in den **Ämtern** zusammengeschlossen wird.

(Zuruf von der SPD)

- War das für mich gedacht?

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Liebe Kollege Hay, ich merkte schon, als ich das sagte, dass das ein heißes Eisen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Herr Kollege Hay, ich meine damit eigentlich nur die Intention des Gesetzes, dass mit der geplanten Regelung künftig bis zu drei Stellvertreter gewählt werden können. Das war eigentlich das, was ich vorsichtig auszudrücken versuchte. Es klappte nicht ganz, aber Sinn macht diese Bestimmung allemal, weil dadurch die Amtsführung entlastet wird.

Ein zweiter Punkt hat mit dem veränderten Aufgabenspektrum der Wehren zu tun. Stichwort ist hier der **Einsatz bei Schiffsbränden**. Dieser Einsatz verlangt eine spezielle Ausbildung und auch eine bestimmte Ausrüstung. Wir wissen alle ganz gut, was passiert, wenn bei einer Havarie die Leitungsstruktur nicht genau geregelt ist. Das war der Grund dafür, dass Ende 2002 das Havariekommando von Bund und Küstenländern eingerichtet worden ist. Wir wissen auch, dass die Berufsfeuerwehren von Flensburg, Kiel und Lübeck sowie die Freiwillige Feuerwehr Brunsbüttel jetzt schon vertraglich in diese Aufgaben unter Leitung des Havariekommandos eingebunden worden sind. Anders sieht es immer noch für Einsätze auf der Elbe, dem Nord-Ostsee-Kanal und auf der Trave aus.

Der Gesetzentwurf sieht hier vor, dass die **Freiwilligen Feuerwehren** und die **Berufsfeuerwehren** für die **örtliche Gefahrenabwehr** zuständig sein sollen. Auch das ist, wie ich denke, ein richtiger Vorschlag. Die Einsatzleitung wird im Falle einer komplexen Schadenslage vom Havariekommando festgelegt. Dass die örtlichen Wehren hierbei vom Havariekommando für die Einsatzleitung zur Brandschutzbekämpfung eingesetzt werden können, auch das ist sinnvoll; denn sie kennen sich mit den örtlichen Gegebenheiten aus.

Zum Thema Katastrophentourismus und Fotos ist schon alles gesagt worden, zum Thema Mitgliederschwund bei den Freiwilligen Feuerwehren auch. Auch wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Freiwilligen Feuerwehren öffnen für Frauen, für Menschen mit Migrationshintergrund. Dass sie sich dieser Diskussion stellen, ist nicht nur zeitgemäß, sondern auch zukunftsweisend.

In diesem Zusammenhang will ich kein Wort darüber verlieren, dass die Wehren, um zukunftsfähig zu sein, vielleicht auch anders zusammenarbeiten müssten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1404 dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

- Federführend an den Innen- und Rechtsausschuss, mitberatend an den Wirtschaftsausschuss. Das hat der Vertreter der CDU-Fraktion beantragt.

(Lothar Hay [SPD]: Wirtschaftsausschuss, weil es auch darum geht, dass Feuerwehrleute von Unternehmen für Fortbildungsveranstaltungen freigestellt werden!)

- Das ist von dem Vertreter der CDU-Fraktion mit Sicherheit so gemeint gewesen.

Also, wer zustimmt, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben sich fraktionsübergreifend geeinigt, den Tagesordnungspunkt 15 von Donnerstag auf heute vorzuziehen. Ich rufe daher jetzt Tagesordnungspunkt 15 auf:

Klimaschutz in der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1422

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Klimaschutz ist kein Thema mehr für Ökospezialisten. Alle Zeitungen - sogar die „Bild“ auf der ersten Seite in bunt - haben über die Erkenntnisse der UN und des Weltklimarates berichtet. Das ist mitten in der Gesellschaft angekommen und die Menschen erwarten zu Recht von uns, die wir mit Gesetzen und Regierungsarbeit die wirtschaftliche Rahmensezung verantworten, dass wir handeln, wie es das Problem erfordert.

Die verbleibende Zeit ist begrenzt. Wir müssen nach Erkenntnis und Reden zum Handeln kommen, wie Herr Minister von Boetticher in seiner Rede an dieser Stelle vorgestern auf der Fachtagung „Sieh zu, dass sich was dreht“ zu Klimaschutz und Klimawandel gefordert hat. Das war eine sehr gelungene Veranstaltung mit sehr interessanten Beiträgen, Herr Minister, unter anderem vom Referenten Dr. Klaus Butterbach-Bahl, der es gewagt hat, auch komplizierte Zusammenhänge vor dem großen Auditorium zu erläutern. Dabei ging es wesentlich auch um die **Anteile der Landwirtschaft**.

Klimaschutz hat eben nicht nur mit Heizen, Energieerzeugung, Mobilität und Transport zu tun, auch die Landwirtschaft trägt ihren Teil bei und ist gleichzeitig vom Klimawandel Hauptbetroffene.

Darum fordern wir die Landesregierung mit unserem Antrag auf, einen Maßnahmenkatalog für die Verbesserung der Klimaschutzbilanz in der Landwirtschaft zu entwickeln. Die Landwirtschaft ist in mehrfacher Hinsicht vom Klimawandel betroffen: So hat sie mit mehr oder weniger großräumigen Verschiebungen der Vegetationszonen und damit auch mit Auswirkungen auf die Kulturpflanzen zu rechnen. Schadorganismen und deren Populationsdynamik verändern sich. Das Ziel der EU, die globale Erwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen, dient somit auch der Vermeidung nicht akzeptabler negativer Auswirkungen des Klimawandels auf Land- und Forstwirtschaft.

Land- und Forstwirtschaft beeinflussen auch selbst das **Klimageschehen**. So kommen 15 % der Treibhausgase in Deutschland aus der Landwirtschaft, besonders Methan aus der Viehhaltung und Lachgas aus dem Düngemiteleinsatz und der Produktion von Kunstdünger. Damit verantwortet die Landwirtschaft ähnlich hohe Klimaemissionen wie Verkehr und Industrie - nicht ganz so viel, aber von der Größenordnung her durchaus vergleichbar.

Herr Minister von Boetticher, mit einer intelligenten und klimafreundlichen Steuerung haben Sie die Möglichkeit, einen ganz entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der CO₂- beziehungsweise Treibhausgasbilanz unseres Landes zu leisten. Gestalten Sie die Förderpolitik der Landwirtschaft um, nutzen Sie die Spielräume, die die EU Ihnen lässt, unterstützen Sie klimafreundliches und energiesparendes Wirtschaften! Verbinden Sie die Fördergelder an die Landwirte mit Auflagen für eine umwelt- und klimaschonende Bewirtschaftung!

Dr. Butterbach-Bahl hat auch ohne Wenn und Aber auf die Bedeutung von Grünland und dessen Erhalt

(Detlef Matthiessen)

hingewiesen. Zurzeit beobachten wir leider einen Nettoverlust des Anteils in Schleswig-Holstein.

Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen setzt der **Ökolandbau** deutlich weniger CO₂ frei, auf die Fläche bezogen zwischen 40 und 60 % und auf den Ertrag bezogen zwischen 20 und 50 % weniger. Das kommt unter anderem daher, dass die bodenschonende Bewirtschaftungsweise des Ökolandbaus den Humus schützt. Dadurch wird nicht nur die Freisetzung von zusätzlichem Kohlendioxid verhindert, sondern auch die aktive Bindung von Kohlendioxid unterstützt.

Bei den Lachgasemissionen spart der Ökolandbau rund ein Drittel ein. Auch bei Methan deutet alles darauf hin, dass durch Umstellung auf weniger intensive Landnutzungsformen, also keine Hochleistungskühe, weniger Gülle, mehr Festmist, die Emissionen verringert werden können. Die Biolandwirtschaft ist daher eine Schlüsseltechnologie für den Klimaschutz, den es weiter zu entwickeln und besser zu fördern gilt. Dabei kommt es entscheidend darauf an, diese schonende Art der Landbewirtschaftung dort zu konzentrieren, wo die Bodenvoraussetzungen die größten ökologischen Gewinne versprechen. Der Geestrücken ist dabei anders zu beurteilen als bindige Böden der Marsch. Wir haben den Vortrag der Universität in der Ausschusssitzung noch im Gedächtnis.

Die Landwirtschaft hat die Chance, von einer ambitionierten Klimapolitik zu profitieren; sie tut es bereits heute. Sie ist aber auch in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten, auch aus Eigeninteresse und als Hauptbetroffene des Klimawandels.

Meine Damen und Herren, wir brauchen für den Klimaschutz eine Große Koalition über die Parteigrenzen hinweg, wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bündnis. Dem Klimaschutz steht nicht die Technik entgegen, nicht die Ökonomie, sondern die Macht derer, die mit dem alten Weg, mit dem alten fossil-atomaren Weg sehr große Gewinne einfahren. Da gilt es, unsere Verantwortung als Politiker wahrzunehmen und einen anderen Weg in die Zukunft mit zu transportieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Claus Ehlers.

Claus Ehlers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte ich Punkt für Punkt eingehen.

Erstens. Der Einsatz von mineralischem Dünger und Pflanzenschutzmitteln ist nahezu halbiert worden, insbesondere durch den Einsatz von modernster Technik. Die Anwendung des **integrierten Landbaus** - sprich Schadschwellenprinzip - ist eine Selbstverständlichkeit in der täglichen Praxis. Die Satellitentechnik wird den Einsatz der Pflanzenchemie weiter verringern, der Umwelt dienen und in der Landwirtschaft Geld einsparen.

Zweitens. Wir finden in den größeren Betrieben mit modernen Stallanlagen ein hohes Maß an artgerechter Tierhaltung. Der offene Stallbau und die freie Bewegungsmöglichkeit der Tiere ist zuerst in größeren Betrieben umgesetzt worden.

Drittens. Die Erhöhung des Bioanteils wird der Markt entscheiden. Die Förderung in Schleswig-Holstein ist dem Bundesdurchschnitt angepasst. Die Nachfrage wird auch in Zukunft steigen und somit bieten sich neue Chancen für unsere Biobauern. Die gestiegene Nachfrage hat mittlerweile auch zu höheren Preisen geführt. Die aktuelle Bundesstatistik weist für **Ökobetriebe** höhere Gewinne aus als für vergleichbare konventionelle Betriebe.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Viertens. Die Landwirtschaft ist seit Jahren Motor für die Produktion **nachwachsender Rohstoffe** und **alternativer Energien**.

(Beifall bei der CDU)

Die Landwirtschaft hat den Anfang gemacht beim Bau von Windkraftanlagen; sie ist Vorreiter bei der Errichtung von Biogasanlagen, und sie hat in großem Umfang Photovoltaik auf den Dächern der Stallungen und Wohnhäuser errichtet.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, so ganz selbstlos war das auch nicht, Herr Matthiessen. Das muss ich dazusagen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die wollen auch Geld verdienen!)

- Das ist ein zusätzliches Einkommen für die Landwirtschaft, das Landwirte auch gern mitnehmen,

(Beifall bei CDU und Abgeordneten der FDP)

(Claus Ehlers)

und dient somit auch der Standortsicherung in der Landwirtschaft.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Stromkonzerne verdienen doch schließlich auch! Warum soll denn die Landwirtschaft nichts daran verdienen?)

- Bist du da immer noch beschäftigt?

(Heiterkeit)

Wenn es um alternative Energien geht, ist die Landwirtschaft Vorbild, und sie ist gegenüber anderen Berufsgruppen einige Schritte voraus.

Erneuerbare Energien für Motoren sind gerade in der Landwirtschaft kein neues Thema. Das machen wir schon lange. **Biodiesel** wird nicht nur in der Landwirtschaft eingesetzt, sondern ist ohne Landwirtschaft gar nicht möglich. Wir produzieren den Rohstoff. Die Besteuerung von Biodiesel aber hat uns das Leben, insbesondere beim Rapsanbau, natürlich erheblich schwerer gemacht und hat zu einem Rückschlag geführt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sechstens. Bereits jetzt konkurrieren Lebensmittel und nachwachsende Rohstoffe um dieselben **Flächen**. Die weltweite, verstärkte Nachfrage nach Lebensmitteln hat dazu geführt, dass die Milchseen, Butterberge und andere Überschüsse in der Europäischen Union nicht mehr existieren. Dies wird, bedingt durch die höhere Nachfrage, auch zu höheren Preisen führen. Ich wünsche mir für die Zukunft für die Landwirtschaft, dass wir ohne staatlichen Hilfen wirtschaften können

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und FDP)

und dass wir aktiv über die Mechanismen von Preis und Markt unser Geld verdienen können.

Siebtens. **Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen** werden gefördert. Wir müssen jedoch feststellen, dass seit vielen Jahren aus Schleswig-Holstein Unternehmen fortgehen und dass einige dieser Unternehmen ihre Zentralen in andere Bundesländer verlagert haben. Gegen Konzernentscheidungen werden wir heute genauso wenig ausrichten können wie alle vorangegangenen Landesregierungen.

Was Punkt acht Ihres Antrags betrifft, so verweise ich auf meine Ausführungen zum Punkt Eins.

Zu Punkt neun: Die Lehrpläne sind seit langem auf umwelt- und klimaschonende Wirtschaftsweisen ausgerichtet; das wird also bereits umgesetzt.

Zu Punkt zehn: Wer Modellprojekte will, muss sagen, was er konkret meint. Dies fehlt in Ihrem Antrag. Aber diese Fragen können wir ja alle in den Ausschussberatungen noch vertieft beraten. Insofern beantrage ich Überweisung des Antrags an den Agrarausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Ulrike Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Tagung ohne Klimaschutzthemen - das ist auch heute dank des Antrages der Grünen wieder der Fall. Der Klimaschutz wichtig, und alle Anstrengungen, dem inzwischen unbestrittenen Klimawandel entgegenzuwirken, sind grundsätzlich zu begrüßen.

Die **Landwirtschaft** ist ein wichtiger Faktor bei der Klimaschutzdiskussion. Sie trägt mit etwa 7 % weltweit und 11 % in Deutschland zu der Gesamtheit der **Treibhausgasemissionen** bei. Bei den global klimawirksamen Gasen Kohlendioxid, Methan und Lachgas sowie dem indirekt wirkenden Ammoniak gibt es bezüglich ihrer Wirkungsanteile wichtige Unterschiede. Während die Emissionen von Kohlendioxid aus der Landwirtschaft mit etwa 4,5 % eine kleinere Rolle spielen, bedingen die Methanemissionen mit einem Anteil von circa 40 %, die Lachgasemissionen mit circa 50 % und vor allem die Ammoniakemissionen mit circa 90 % - diese werden vor allem durch die Tierhaltung verursacht - eine bedeutende Rolle.

Die Landwirtschaft ist in der **Klimaschutzdiskussion** aber nicht nur Täter, sondern auch Opfer. Negative Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft sind - beispielhaft genannt - die Zunahme von Schadereignissen: Sturm, Hagel, aber auch Dürre. Hinzu kommt die Erosions- und Hochwassergefahr, der Stress für Pflanzen und Tiere und das erhöhte Aufkommen von Krankheiten und der vermehrte Schädlingsbefall. Die Landwirtschaft sollte also aus ihrem ureigenen Interesse alles unternehmen, um den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Aus meiner Sicht haben Strategien zur Reduzierung von Treibhausgasen in der Landwirtschaft große Potenziale und bieten gute Erfolgsaussichten. Wir sollten daher alles daransetzen, zum Beispiel die

(Ulrike Rodust)

Energieeinsparung bei Produktionsprozessen voranzutreiben. Weiter sollte der Methanausstoß in der **Tierproduktion** sowie bei der Lagerung und Anwendung von **Wirtschaftsdüngern** gesenkt werden. Schließlich bieten sich große Chancen, die Produktion **erneuerbarer Energie** auf den landwirtschaftlichen Flächen zu erhöhen.

An dieser Stelle möchte ich auch auf das von den Grünen angesprochene Thema **Biomassenutzung** eingehen. Aus meiner Sicht ist die energetische Nutzung von Reststoffen aus der Landwirtschaft als Biomasse im Sinne einer Kreislaufwirtschaft ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Anders sehe ich den gezielten Anbau beispielsweise von Raps und Mais zur Energieerzeugung. Auf der Tagung am vergangenen Montag hier im Landeshaus wurde hierzu von einem Wissenschaftler aus gesamtökologischer Sicht ein klares Nein ausgesprochen.

Zwar entstehen durch Biogasanlagen im ländlichen Raum Arbeitsplätze und bietet sich die Chance auf Einkommen. Doch die damit verbundenen Nachteile wie die Belastung der Umwelt durch den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln in Monokulturen sowie der steigende Import von Biotreibstoffen stellen große Probleme dar. Sinnvoll erscheint es mir daher, eine Zertifizierung für nachhaltige Bewirtschaftung bei der Biomasse einzuführen,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

die die Grundlage für eine staatliche Förderung sein muss.

Wie Sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, liegen wir in der Sache mit dem Antrag der Grünen weitgehend auf einer Linie. Wir sind jedoch der Meinung, dass es keinen Sinn macht - wie bei den Grünen leider so oft -, monokausal den Klimawandel nur im Hinblick auf die Landwirtschaft zu diskutieren. Unserer Auffassung nach gehören die von den Grünen vorgeschlagenen Maßnahmen in die umfassende Klimaschutzberichterstattung durch die Landesregierung, die für Mitte nächsten Jahres ansteht.

(Beifall bei der SPD)

Dort werden wir Strategien diskutieren, die für alle klimarelevanten Bereiche wichtig sind: Energieerzeugung, Bauen und Wohnen, Industrie und Unternehmen, Verkehr, Abfallwirtschaft, stoffliche und energetische Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen, CO₂-Speicherung und -Senkung, Forstwirtschaft, Tourismus und Sport, Bildung, Forschung und Lehre sowie auch Landwirtschaft.

Daher bitte ich Sie, den Antrag an den Umweltausschuss zu überweisen. Dort werden wir darüber beraten, wie die Fragen und deren Beantwortung in den Klimaschutzbericht eingebaut werden können und wie in der nächsten Sitzung darüber beschlossen werden kann.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand.

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Klimaschutz und Klimawandel sind zu den größten Herausforderungen der Menschheit geworden“. Mit diesen Worten eröffnete am vergangenen Montag Umweltminister Christian von Boetticher die Fachkonferenz zum Klimawandel und Klimaschutz in Kiel.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU]: Sehr gut!)

Ich füge hinzu: Die Anträge der Grünen zu diesem Themenkomplex werden es in diesem Hause langsam auch. Natürlich ist der Klimaschutz eines der wichtigsten Themen, die es im Moment zu bearbeiten gilt; das gilt für Schleswig-Holstein, für Europa und weltweit. Denn jeder muss seinen Beitrag dazu leisten, wenn es gilt, die durch Eingriffe des Menschen in das Klimabild geschaffenen Folgen zumindest abzumildern. Das gilt auch für die Landwirtschaft. Trotzdem müssen wir uns davor hüten, das Thema zur parteipolitischen Profilierung zu missbrauchen, indem wir es auf Klimafloskeln reduzieren.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider birgt der Antrag der Grünen genau diese Gefahr. Wieder einmal wird dem Landtag zu den Stichworten **Klimaschutz** und **Landwirtschaft** ein Maßnahmenkatalog unterbreitet, der genau die klischeehafte Klimaschutzpolitik verfolgt, die wir erst im Februar bei der Diskussion des Klimaschutzberichts und der Diskussion über **CO₂-Einsparungen** in der Landesverwaltung kritisiert haben. Dass diese Klimabilanz in der Landwirtschaft bereits per se sehr positiv ist, dass bereits heute Cross-Compliance gilt, dass die Wasserrahmenrichtlinie existiert und vieles mehr, lassen die Grünen geflissentlich außer Betracht. Stattdessen legen sie den bekannten Maßnahmenkatalog vor. Allerdings wird dieser Katalog auch durch stetige Wiederholung nicht besser.

(Günther Hildebrand)

Die darin versammelten Maßnahmen werden auch zum größten Teil bereits umgesetzt.

Lassen Sie mich diese Aussagen bitte an zwei Beispielen verdeutlichen. Das erste Beispiel ist die Verringerung des Einsatzes von mineralischer Düngung und **Pflanzenschutzmitteln**. Natürlich - und zwar im wahrsten Sinne des Wortes - kann das ein Beitrag zum Klimaschutz sein. Was aber sind die Alternativen? -

Biotechnologische Varianten kommen für die Grünen selbstverständlich nicht in Betracht. **Precision Farming** - also die zielgerichtete Bewirtschaftung von Agrarflächen mit Unterstützung von Satellitentechnik, Sensoren, Bordcomputern und Internet - ist zwar bereits machbar - wir haben es heute gerade in der Zeitung gelesen -, aber trotzdem für die meisten Betriebe noch Zukunftsmusik oder aber aufgrund zu kleiner Äcker und Felder nicht wirtschaftlich und deshalb nicht möglich. Also zurück zu Gülle, Jauche und Mist! Der Wirtschaftsdünger kann weit effektiver in Biogasanlagen genutzt werden.

Ich möchte auf eine Forderung der Grünen eingehen, und zwar auf die Forderung nach einer Abschaffung der sehr **intensiven Milchviehhaltung** mit sehr hohen Leistungen. Da stellt sich natürlich die Frage, ob Kühe mit weniger Milchleistung auch weniger Methan ausstoßen. Ich glaube, das ist ein Trugschluss, den man da zieht. Ich habe das noch nicht so richtig verstanden.

(Lothar Hay [SPD]: Das können Sie ja mal wissenschaftlich untersuchen lassen!)

Bereits heute rechnet uns die Landwirtschaft vor, dass knapp ein Sechstel der **Emissionen der Landwirtschaft** kompensiert werden könnten, wenn Wirtschaftsdünger in Biogasanlagen genutzt würde. Wasch mich, aber mach mich nicht nass - diese Devise hat noch nie funktioniert. Sie funktioniert erst recht nicht im Bereich der Landwirtschaft. Denn das Ziel der Förderung von Einkommen und Beschäftigung in der Landwirtschaft ist mit den musealen Bewirtschaftungsformen, wie sie sich die Grünen vorstellen, schlicht nicht zu machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Denn die auf diese Weise produzierten Produkte müssen teurer verkauft werden, um ein steigendes Einkommen in der Landwirtschaft zu sichern. Allerdings verlieren diese Produkte genau dadurch schlicht an Wettbewerbsfähigkeit.

Das zweite Beispiel sind die **Biokraftstoffe**. Es ist ja richtig, dass aufgrund steigender Energiepreise und den Risiken der Versorgungssicherheit die alternativen Energieträger auch wegen der mit der

Verbrennung fossiler Brennstoffe einhergehenden Kohlendioxidemissionen in den Fokus der Klimadiskussionen gerückt sind. Aber schon im letzten Jahr hat das Institut für Weltwirtschaft in Kiel sehr deutlich gemacht, dass Biokraftstoffe keine effiziente klimapolitische Option darstellen. Denn die Treibhausvermeidungskosten bei einem Einsatz von in Deutschland produzierten Biokraftstoffen liegen deutlich über den Vermeidungskosten alternativer klimapolitischer Maßnahmen.

Ich will mit diesen beiden Beispielen die Vorschläge der Grünen nicht gleich abtun. Ich will nur deutlich machen, dass das Klima nicht so einfach zu beackern ist, wie es die Grünen uns Glauben machen wollen. Ökobetriebe und Investitionsprogramme der Landesregierung reichen jedenfalls nicht.

Im „Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag“ findet sich heute ein sehr informativer Artikel, wie sich mit weniger Saatgut und Pflanzenchemie zu mehr Erträgen kommen lässt. Der technische Aufwand dafür ist allerdings noch enorm; ich sagte es bereits. Vielleicht lässt sich auf derartigen Grundlagen aber wesentlich besser diskutieren. Als Stichwort können wir den Antrag der Grünen dazu gerne - auch in einer entsprechenden Ausschlussdiskussion - aufgreifen, mehr aber leider nicht.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hildebrand und erteile für den SSW dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Auswirkungen des Klimawandels werden sich für Europa dadurch auszeichnen, dass mit einer Zunahme von Extremwetterlagen zu rechnen ist. Insbesondere ein Wirtschaftsbereich wird hiervon direkt betroffen sein, nämlich die Landwirtschaft. Daher müssen in der Landwirtschaft jetzt Wege eingeschlagen werden, um sich dieser Herausforderung zu stellen. Hierbei geht es nicht nur darum, die Fruchtfolge anzupassen oder die Auswahl anzubauender Arten zu untersuchen. Dies sind natürlich mittel- und langfristige Planungen in der Landwirtschaft, die gemacht werden müssen, um sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Ich bin mir sicher, dass die Landwirtschaft hier Mittel und Wege finden wird, sich zu positionieren.

Das **Umweltbundesamt** macht aber deutlich, dass die **Landwirtschaft** in Deutschland mit etwa 7 %

(Lars Harms)

an den gesamten **Treibhausgasemissionen** in Deutschland beteiligt ist. Demnach haben die landwirtschaftlich bedingten Methanemissionen einen Anteil von etwa 40 % an der Gesamtemission. Diese stammen hauptsächlich aus der Rinderhaltung. Die Lachgasemissionen aus der Landwirtschaft tragen mit etwa 50 % zu den Gesamtemissionen von Lachgas bei. Sie sind im Wesentlichen durch Stickstoffumsätze im Boden bedingt. Es besteht hier ein direkter Zusammenhang zwischen der Intensität der Bodenbewirtschaftung und der Emissionshöhe. Die Emissionen von Kohlendioxid aus landwirtschaftlichen Böden haben einen Anteil von nur 4,5 % und spielen damit eine kleinere Rolle. An den Ammoniakemissionen ist die Landwirtschaft hingegen mit mehr als 90 % beteiligt. Diese sind zu 10 % auf die Düngung, der überwiegende Teil aber auf die Tierhaltung und das Wirtschaftsdüngermanagement zurückzuführen. Das sind keine neuen Erkenntnisse; aber ich meine, sie machen deutlich, dass die Landwirtschaft eine Verantwortung hat, der sie sich stellen muss.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlässlich der Woche der Umwelt beim Bundespräsidenten in Berlin hat der Deutsche Bauernverband diese Thematik auch aufgegriffen und dargestellt, dass durch die Landwirtschaft mehr klimaschädliches CO₂ gebunden als freigesetzt wird. Damit leisten Land- und Forstwirtschaft in ihrer Produktion in diesem Bereich einen positiven Beitrag zum Klimaschutz. Aber man ist sich vonseiten des Bauernverbandes auch bewusst, dass eine weitere Verringerung klimaschädlicher Gase in der Landwirtschaft notwendig ist. Diese Erkenntnis ist zu begrüßen. Denn es nützt uns allen nichts, wenn wir CO₂ einsparen, diese Ersparnis aber durch Lachgasemissionen quasi aufgefressen wird. Daher brauchen wir einen übergreifenden Ansatz.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun komme ich zum Antrag der Grünen. Natürlich kann man sich den im Antrag aufgeführten Punkten nicht verschließen. Aber ich meine - das ist dann vielleicht auch meine Kritik -, dass es eine einseitige Sicht auf die Landwirtschaft ist. Wir können doch nicht so tun, als ob unsere Landwirtschaft hier in Schleswig-Holstein auf einer Insel der Glückseligen lebt. Sie ist globalen, gesamtwirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt, deren Berücksichtigung ich im Antrag der Grünen leider vermisste. Dort ist keine ausbalancierte Sicht auf die Landwirtschaft zu erkennen.

Von den aufgeführten Punkten möchte ich kurz auf einige eingehen. Wenn von der **intensiven Tierhaltung** gesprochen wird, dann ist damit auch die Milchviehhaltung genannt. Entscheidend für einen wirksamen Klimaschutz ist hierbei die Emission pro Kilogramm oder Liter des erzeugten Produktes, in diesem Fall Milch. Wenn wir heute Hochleistungsmilchkühe haben, die etwa 10.000 Liter Milch geben können, ist das aus Sicht der Klimabilanz besser zu bewerten als eine Kuh, die nur 5.000 Liter Milch gibt. Eine Verringerung der intensiven Tierhaltung wäre an dieser Stelle, wenn man nur den Bereich des Klimaschutzes betrachtet, also sogar ein falsches Signal.

(Beifall bei der FDP)

Punkt vier des Antrages bezieht sich auf die energetische Nutzung von Reststoffen als **Biomasse**. Wir wissen, dass derzeit ein Boom im Bereich der energetischen Nutzung von Biomasse stattfindet. Hierbei kommt insbesondere den nachwachsenden Rohstoffen, wie beispielsweise Mais eine erhebliche Bedeutung zu. Reststoffe werden heute in modernen Anlagen mit circa 20 % bis 30 % beigemischt; aber ohne den größeren Anteil von beispielsweise Mais lassen sich diese Anlagen nicht effektiv betreiben. Ob man das dann, um den Reststoff zu nutzen, will, muss man genau prüfen. Die Unterstützung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsangebote kann ich nur unterstützen; das ist seit langem eine Forderung des SSW und wird auch von der Landwirtschaft selbst begrüßt. Wir müssen erkennen, dass das hauptsächlich vom Verbraucher gesteuert wird. Nichtsdestotrotz sollten wir natürlich die Landwirtschaft in diesem Punkt weiter unterstützen.

Was wir brauchen, ist eine verstärkte Förderung im Bereich der Forschung zu modernen Verfahrenstechniken und Produktionssystemen mit einer ganzheitlichen Sicht. Damit meine ich, dass die Aspekte Ökologie, Ökonomie und Soziales im Sinne der Agenda 21 in derartige Forschungsvorhaben einfließen müssen.

Wir haben in Schleswig-Holstein das Know-how, das es auszubauen gilt. Wir müssen den landwirtschaftlichen Betrieb - wie jeden anderen Betrieb - als Ganzes ansehen und den Landwirten insbesondere Hilfestellung leisten, wie sie ihren Betrieb und ihre Wirtschaftsweise so umstellen können, dass Ökologie, Ökonomie und soziale Aspekte nicht unter die Räder geraten. Das hat nach unserer Auffassung vor allem etwas mit Forschung und Lehre zu tun, aber nicht mit diesen vielen aufgebauchten Punkten. Die sind zwar wichtig, die kann man auch gerne alle einzeln diskutieren, aber manchmal kann

(Lars Harms)

- wie ich an den Beispielen versuchte, deutlich zu machen - eine Maßnahme eine andere Maßnahme konterkarieren. Genau das wollen wir nicht.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen Einminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Kollegin Rodust, wir haben nicht einen Berichtsantrag gestellt, wir haben einen Sachantrag gestellt. Wir erwarten nicht weitere Berichte in Sachen Klimaschutz, sondern wir erwarten Maßnahmen - ganz in dem Sinn, in dem der Minister das auf der Konferenz gesagt hat. Wir haben in Sachen Klimaschutz ein erhebliches Auseinanderklaffen von Wissen und Maßnahmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wurde kritisiert, unser Antrag sei undifferenziert. Es ist wohl eine allgemeine Übung, immer die Antragstellen der anderen Fraktionen zu disqualifizieren. Bei der erwähnten Kuh, Herr Harms und Herr Hildebrand, ist der Zusammenhang mit dem Klimaschutz nicht allein der Zusammenhang zwischen 1 kg Milch und der Klimagasproduktion ist. Im Wesentlichen kommt es in der Treibhausgasbilanz auf den Anteil des Grundfutters bei der Erzeugung von Milch in der Landwirtschaft an. Wenn wir Kühe halten, die so viel Milch geben, dass wir sie nicht aus dem Stall laufen lassen können, weil sie draußen auf der Weide gar nicht so viel fressen können, wie sie müssen, um genügend Milch zu geben, dann haben wir bezogen auf ein Kilogramm Milch - hören Sie zu, Herr Harms -, ein Klimaproblem größerer Art, als wenn wir einen hohen Grundfutteranteil bei einer auf mittlerem Niveau produzierenden Kuh haben. So sind also die Zusammenhänge. Ich erläutere Ihnen das gern noch einmal im Detail im Ausschuss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich meinen Gedanken, den ich schon angeführt habe, noch einmal weiter ausführen. Ich stelle fest, dass wir eine Große Koalition für den Klimaschutz brauchen und uns nicht jedes Mal hier im Kleinklein verhaken dürfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Matthiessen, zunächst einmal darf ich mich für die sachliche Auseinandersetzung und die sachlichen Debattenbeiträge bei allen ganz herzlich bedanken. Ich möchte mich auch ausdrücklich für das Lob für unsere Veranstaltung bedanken, die wir am Montag hier in diesen Räumlichkeiten durchgeführt haben. „Sieh zu, dass sich was dreht“, das war das Stichwort. Ich glaube, das war eine ganz erfolgreiche Konferenz.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Im Übrigen darf ich sagen, dass das **Thema Landwirtschaft und Klimaschutz** bisher in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle gespielt hat. Bis auf die Überschrift „Die Pille für die Kuh“ in der „Bild“-Zeitung, was ganz witzig und amüsant war, gab es kaum eine öffentliche Darstellung dieses Problems. Wenn Sie sich daran erinnern, habe ich hier im Februar in meiner Rede im Landtag bereits gesagt, dass bei mir alle Zahlen ganz offen auf den Tisch kommen sollen. Dazu gehört auch die Landwirtschaft - das hatte ich damals angeführt - mit einem Beitrag, der - ich hatte es damals so gesagt - etwas über 50 Millionen t CO₂-Produktion entspricht. Für mich war es wichtig, dass wir auf der Konferenz auch einen Experten dabei haben, der uns für diesen Bereich einmal grundlegendes Zahlenmaterial liefert. Herr Professor Butterbach-Bahl hat das getan. Das war für mich am Montag ein sehr interessanter Vortrag. Er hat uns Einiges mit auf den Weg gegeben. Das werden wir jetzt analysieren, uns die Handlungsempfehlungen natürlich genau anschauen und sehen, was wir davon umsetzen können.

Ich nehme einmal einen Punkt heraus, der eben schon angeklungen ist, das ist das Potenzial, das im Management des **Wirtschaftsdüngers** steckt. Knapp ein Sechstel der Emissionen aus der Landwirtschaft könnte kompensiert werden, wenn man den kompletten Wirtschaftsdünger, also Gülle und Mist, eben nicht austrägt, sondern in Biogasanlagen vergärt.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Summe - nur um einmal die Dimension aufzuzeigen -, die dem Einsparvolumen für den

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Zeitraum 2008 bis 2012 entspricht, den Reduktionsverpflichtungen der deutschen Industrie nach dem Kyoto-Protokoll. Ich nenne das, um einmal die Größenordnung aufzuzeigen. Das heißt, das ist immens und wir müssen dort neue Wege gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aufpassen, die CDU dahinten!)

Denn eines haben wir gesehen, wir kommen ursprünglich von einer Gülleverwertung in der Biogaserzeugung und sind immer mehr in den Bereich - -

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, der Hunger macht unruhig. Aber Sie haben es bald geschafft. Ich bitte doch, dem Minister etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Wir sind immer mehr in den Bereich der **Maisverwertung** gegangen, mit all den Folgeproblemen. Die entscheidende Frage ist also, welche Weichenstellungen wir haben - das sind in der Regel Weichenstellungen des Bundes -, dass wir wieder zu einem stärkeren **Gülleinsatz** in diesem Bereich kommen. Das hätte mehrere positive Auswirkungen. Das heißt, hier stecken wir mitten in der Debatte mit Bundesumweltminister Gabriel, bei den Stellschrauben für den Klimaschutz zu drehen, damit es Anreize gibt, dass Landwirtschaft in dem Bereich der Biogaserzeugung wieder mehr produziert. Das wäre sicherlich ein wesentlicher Beitrag.

Lassen Sie mich auch sagen, dass die Landwirtschaft, dass wir alle an der Stelle mit der Landwirtschaft Hauptbetroffene des Klimawandels sein werden. Die Rolle, die der Landwirtschaft gerade in Schleswig-Holstein im Rahmen des Klimawandels zukommen wird, ist nicht zu vernachlässigen. Denn viele Gegenden auf der Welt, die im Augenblick produzieren, werden nicht mehr produzieren können. Im Mittelmeerraum wird es zu einem Wüstenklima kommen, die Gegenden im südlichen Europa, die im Moment landwirtschaftlich produzieren, bekommen ein Steppenklima. Die landwirtschaftliche Produktion wird sich damit auf deutlich weniger **Fläche** begrenzen, als das früher der Fall war. Das heißt, wir, mit einer dann immer noch privilegierten Lage, werden die Nahrungsmittelsicherheit und die

Nahrungsmitteldeckung für weitaus mehr Teile der Welt tragen müssen, als wir das bisher getan haben. Das bedeutet, dass Landwirtschaft hier wieder eine ganz andere Bedeutung zukommen wird, als das in Zeiten der Flächenstilllegung und der Produktionsstilllegung in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Das heißt, hier wird sich sehr viel umstrukturieren. Meine ganz herzliche Bitte ist deshalb: Versuchen Sie nicht, in diesem Zusammenhang wieder die alte Front zwischen **Ökolandbau** und **konventionellem Landbau** aufzubauen. Ich war gerade gestern - darüber ist in der Zeitung berichtet worden - bei einem sehr interessanten Seminar der Christian-Albrechts-Universität zur Landtechnik. Es wird darum gehen, auch den konventionellen Landbau so zu gestalten, dass alle Verfahrensweisen klimafreundlich und ökologisch sein werden. Darum geht es.

(Beifall)

Es geht nicht darum, Gegensätze aufzumachen, sondern es wird darum gehen, Verfahren und Know-how zu nutzen, um in Landbaumethoden, in Düngung und all diesen Fragen ökologischer zu werden, und zwar auf der Fläche.

(Beifall beim SSW)

Aber wir werden immer noch intensiv produzieren müssen.

Ich möchte noch einen kleinen, vielleicht amüsanten Beitrag zu den Kühen leisten. Im Augenblick ist der Zusammenhang so: Je mehr Kühe, desto mehr Methan gibt es. Das ist im Augenblick ganz einfach. Wenn ich eine bestimmte Milchleistung erzielen möchte, brauche ich bei einer **intensiven Milchtierhaltung** natürlich weniger Kühe, als ich bei einer extensiven Haltung brauche. Insofern ist die Rechnung im Augenblick ganz einfach und sie ist richtig: Weniger Kühe erzeugen weniger Methan. Ich gehe davon aus, dass sie die gleiche Milchleistung behalten.

Das alles sind jetzt ganz amüsante Rechnungen, aber ich glaube, um die wird es am Ende nicht allein gehen. Der Weg ist aufgezeigt. Wir haben da noch einiges an gemeinsamer Debatte vor uns, aber ich freue mich, dass das bisher sehr konstruktiv gewesen ist.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Minister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/1422 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so abstimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich unterbreche die Sitzung, wir gehen in die Mittagspause und treffen uns um 15 Uhr hier im Plenarsaal wieder.

(Unterbrechung: 13:08 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir treten wieder in die Sitzung ein. Ich begrüße auf der Tribüne Mitglieder der Senioren-Union aus Schleswig

(Beifall)

sowie Vertreter der Minderheitensprachen. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Selbstverständlich begrüße ich auch die Beauftragte des Ministerpräsidenten für Minderheiten und Kultur, Frau Caroline Schwarz. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2007

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Ich erteile dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Leve Fru Präsidentin, ik glööv, dat kann je woll ni angahn, wenn wi över dissen Tagesordnungspunkt snacken, dat dat denn nich ok 'n beten in Plattdütsch geht. Dat is jo ok ne ornliche Traditschoon. - Jo, dor bruukst gor nich to klatschen. Man ik kann dat veel beter in Plattdütsch as in Hochdütsch, un wenn dat na mi güng, könt wi dat jeden Dag so moken. Aber dat is ok hier Traditschoon, dat wi de Minderheiten noch Gelegenheit geben to de Debatten över den Bericht, de se sülbst angeiht,

un dat wi de Vertreder vun'e europäische Spraakencharta op'e Besökertribüne begröten doon.

Un ok hüüt hett Caroline Schwarz, mien Kulturbepodragte un Minderheitenbeopdragte, dorför sorgt, dat dor ornliche Lüüd baben op'e Tribüne sitten. Leve Caroline, ik much mi an disse Steed nochmol ganz hartli för diene Arbeit bedanken. Dat is 'n Herkulesarbeit, de du leisten deist, und wi hebbt 'n groten Respekt dorför, wi du dien Arbeit dor maken deist. Un jetzt geht dat op Hochdütsch wieder.

Meine Damen und Herren, seit dem 1. Januar 1999 ist die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Deutschland als Bundesgesetz in Kraft. Deutschland gehört damit zu den leider lediglich 21 von 46 Staaten des Europarates, die die **Sprachencharta** bis heute ratifiziert haben. Schleswig-Holstein hat sich dabei stets mit Nachdruck für den Schutz seiner Minderheiten- und Regionalsprachen Dänisch, Nordfriesisch, Romanes und Niederdeutsch eingesetzt.

(Beifall)

Ich will heute nicht über die Grundlagen des Berichts reden, sondern über den Inhalt des Berichts. Der Bericht berücksichtigt zwei vollständig durchgeführte Monitoringzyklen des Europarates, bestehend aus dem deutschen Staatenbericht, den Vor-Ort-Besuchen des Sachverständigenausschusses, dem Bericht des Sachverständigenausschusses und der Stellungnahme der Bundesregierung dazu und den Empfehlungen des Ministerkomitees. Dies lässt eine fundierte Bestandsaufnahme, Auswertung und Entwicklungsbetrachtung zu.

Der Bericht gliedert sich in sechs Abschnitte. Den Schwerpunkt bildet Abschnitt 5. Hier werden die Umsetzung der vom Land übernommenen Einzelverpflichtungen sprachbezogen beschrieben und die Bewertung des Sachverständigenausschusses dargestellt.

In Schleswig-Holstein werden die Minderheitensprachen **Dänisch** und **Nordfriesisch** sowie die Regionalsprache **Niederdeutsch** nach Teil III der Charta geschützt. Das heißt, aus einem Katalog diverser Einzelverpflichtungen aus den Bereichen Bildung, Justiz, Verwaltung, Medien, Kultur und grenzüberschreitender Austausch musste das Land jeweils mindestens 35 Verpflichtungen pro Sprache übernehmen. Die Auswahl der Verpflichtungen orientierte sich seinerzeit vor allem am Kriterium der Kostenneutralität. Heute wissen wir, dass dieses Kriterium beim Sachverständigenausschuss kaum vermittelbar ist.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Auch das Bestreben nach Bürokratieabbau und **De-regulierung** steht der Umsetzung einzelner Verpflichtungen entgegen. Ich erwähne hier ausdrücklich Artikel 8 Abs. 1 Buchst. i. Der Sachverständigenausschuss hält diese Verpflichtung für nicht erfüllt und legt uns die Einsetzung von weiteren Aufsichtsorganen zur Überwachung der Entwicklung des **Unterrichts** und das Abfassen jährlicher **Fortschrittsberichte** nahe. Wir sind dagegen der Meinung, dass unsere Schul- und Fachaufsicht sowie das vorhandene Berichtswesen - wie dieser Chartabericht - ausreichen. Wir haben genügend Aufsichtsorgane, wir brauchen nicht noch extra welche dazu.

(Vereinzelter Beifall)

Erfreulich ist, dass der Ausschuss von den insgesamt 106 übernommenen **Einzelverpflichtungen** für Dänisch, Nordfriesisch und Niederdeutsch derzeit 74 als erfüllt, 19 als teilweise oder förmlich erfüllt und 13 als nicht erfüllt betrachtet.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Damit hat sich der **Umsetzungsstand** bei uns im Land in den letzten Jahren gegenüber dem ersten Monitoring deutlich verbessert. Wir wissen, dass wir uns hier noch weiter verbessern können, und wir werden die wertvolle Arbeit des Sachverständigenausschusses weiterhin konstruktiv begleiten.

Nach dem Inkrafttreten des **Friesischgesetzes** ist vom SSW im Landtag das Anliegen an die Landesregierung herangetragen worden, weitere Verpflichtungen für Friesisch und auch für Dänisch aus Artikel 10 der Charta zu übernehmen. Dabei handelt es sich um die Verwendung der Sprachen in den Behörden im jeweiligen **Sprachgebiet**. Wir sind im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern zu dem Ergebnis gekommen, derzeit keine weiteren Verpflichtungen zu übernehmen. Denn zum einen würde eine Erhöhung des bisherigen Quorums zu keiner qualitativen Verbesserung führen. Mehr als ein Schutz nach Teil III geht nicht. Zum anderen wissen wir, dass der Sachverständigenausschuss die Umsetzung von Verpflichtungen sehr weitgehend prüft. Das Risiko ist daher hoch, dass gerade in diesem Bereich Verpflichtungen vom Ausschuss als nicht oder bestenfalls als teilweise erfüllt bewertet werden.

Hinzu kommt: Einmal übernommene Verpflichtungen bestehen auch dann weiter, wenn später streitig wird, ob sie erfüllt oder auch nur mit vertretbarem Aufwand erfüllbar sind. Eine **Rücknahme** oder ein Austausch von **Verpflichtungen** ist in der Charta nicht vorgesehen.

Hier sollten wir deshalb nicht vorschnell handeln. Im Übrigen schließt auch die Nichtübernahme nicht aus, sich um Verbesserungen in der Praxis zu bemühen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Landesregierung hat den Sprachgruppen in einem eigenen Teil des Berichts erneut Gelegenheit gegeben, ihre Sicht der Dinge darzulegen, Erreichtes zu schildern und künftige Erwartungen zu formulieren. Alle Sprachgruppen haben davon Gebrauch gemacht. Zusammen mit einigen vom Sachverständigenausschuss festgestellten Umsetzungsdefiziten ergeben sich dadurch die vorrangigen Diskussionsfelder.

So fordert die **friesische Volksgruppe** einen Erlass für Friesisch in der Schule. Die **Niederdeutschen** wünschen Standards für die Lehrerausbildung und für Niederdeutsch in der Schule. Im Hochschulbereich besteht mit der Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor/Master vereinzelt die Sorge, dass dies negative Auswirkungen auf Friesisch und Niederdeutsch haben könnte. Im Medienbereich gibt es nach wie vor die Forderung nach mehr **Medienpräsenz** und die Sorge um die künftige Empfangbarkeit dänischer Programme.

Von den Niederdeutschen kommt vermehrt der Wunsch nach **zweisprachigen Ortstafeln**, wie es sie in vielen Gemeinden Nordfrieslands bereits für Friesisch gibt.

Ich bin froh, dass der Verkehrsminister und das Verkehrsministerium einen Erlass vorbereiten, mit dem generell Regional- oder Minderheitensprachen auf den Ortstafeln möglich werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie schreibt man denn Kiel auf Niederdeutsch?)

- Dor schriffst du enfach Kiel, mien Lever. So enfach is dat. Wenn du dat villicht mol sühst, wenn du Broder schrieben deist, denn is dat meist datsülbige, as wenn du Brother in englisch schrieben deist. Dat giff also in Hochdüütsche un Nedderdüütsche Wöör, de densülben Stamm hebben. Aber dat kriegen wi di, ut Rendsborg, ok noch bibröcht.

(Beifall und Heiterkeit)

Es wird also ein Erlass vorbereitet, mit dem generell Regional- oder Minderheitensprachen auf den Ortstafeln möglich werden. Die Entscheidung darüber soll in den Kommunen gefällt werden. Ich meine, dies ist ein schöner Beitrag zur Präsenz unserer Sprachenvielfalt im Alltag.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist gesprächsbereit. Einige bereits im Sprachencharterbericht 2003 formulierte Einschätzungen haben auch für die von mir geführte Landesregierung Bestand. So zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der Charta, dass ihr Wert vor allem in dem gemeinsamen Willen aller Beteiligten liegt, die **geschützten Sprachen** auch für künftige Generationen zu bewahren und fortzuentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und SPD)

Die Landesregierung misst dem Schutz und der Förderung der nationalen Minderheiten sowie der Regional- und Minderheitensprachen weiterhin einen großen Stellenwert bei. Ich sage aber auch ganz offen und ehrlich: Wir können hier noch mehr Unterstützung von privater Seite gut gebrauchen. Wenn der Staat bei dieser Aufgabe allein bleibt, wird er dabei scheitern. Das Engagement der vielen ehrenamtlichen Vereine, privaten Stiftungen und Krinks, Amateurtheater, Laienspielgruppen und Chöre ist im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar.

Aber das Wichtigste von allem ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass unsere Regionalsprachen in den Familien gesprochen und weitergegeben werden.

(Beifall bei CDU, SPD und vereinzelt bei der FDP)

Nur wenn Eltern und Großeltern mit ihren Kindern und Enkeln Plattdeutsch sprechen, wenn sie Friesisch sprechen, Dänisch und Romanes, werden diese Sprachen weiterleben und damit nicht das traurige Schicksal des Versiegens teilen, das vielen der weltweit auf rund 6.700 geschätzten Sprachen bis zum Ende unseres Jahrhunderts prognostiziert wird.

Ich darf Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Ich habe auf andere Art und Weise Plattdeutsch gelernt. Aber die Zeiten haben sich geändert. Bei uns zu Hause wurde im Haus drinnen hochdeutsch gesprochen. Sobald wir jedoch im Stall standen, wurr Plattdütsch snackt. Un genau dat is dat, wat wi hüüt nich mehr hebben, dat man dor disse Spraak, de en richtig ut'n Harten rutkummt, de nich so offiziell is, dat man de op'n anner Aart un Wies lehrn deit, as wi dat fröher bi uns maakt hebben. Un deswegen is dat notwendig, dat in de Familien dat Plattdütsch, dat Dänisch, dat Romanisch, dat Friesisch wieder snackt ward. Anners kriegen wi dat nich hin. Bloots mit staatliche Maatnahmen ward wi scheitern in disse Aart un Wies.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Deswegen ist es notwendig, dat in de Familien Plattdütsch gesnackt ward.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich meine, gerade den **Medien** kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Sie berichten tagtäglich über das, was wissenswert ist. Warum nicht einmal ein plattdeutscher Bericht auf der Wirtschaftsseite statt immer nur unter der Rubrik „Land und Leute“? Un all de, de mol so' n ganz komplizeerten Bericht op Plattdütsch opschreven hebben, oder dat Vertelln op Plattdütsch, de könt dat ok bewiesen, dat se dat begrepen hebben. Wer dat nich op Plattdütsch vertelln kann, de hett de Geschicht ok noch nich begrepen, un denn kann en manches ok veel beter begriepen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD - Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Die **Sprachenvielfalt**, meine Damen und Herren, ist integraler Bestandteil der Kultur unseres Landes. Deshalb sollte diese Vielfalt auch integraler Bestandteil der Berichterstattung in unserer Medienlandschaft sein.

Ich persönlich jedenfalls möchte meine Regionalsprache, meine Heimatsprache Plattdeutsch nicht missen und werde mich weiterhin auch bei offiziellen Anlässen der Sprache meiner Heimat und meiner Eltern selbstbewusst bedienen.

(Beifall bei CDU und SPD sowie vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Wi bedankt uns bi de Ministerpräsident un begröten op' e Tribüne den Bundestagsafordneten Jürgen Koppelin. Wi freut uns, dat he sik so för de Minderheitenspraken interesseert.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Susanne Herold.

Susanne Herold [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass heute Vertreter und Vertreterinnen der Sprachgruppen, der Minderheiten und Volksgruppen nach Kiel gereist sind, um unsere Debatte zu verfolgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sprache ist nicht nur der Schlüssel zum Verstehen, sondern trägt

(Susanne Herold)

auch zum Verständnis des anderen bei. Sie ist zugleich ein Schlüssel, um den **kulturellen** und **geschichtlichen Hintergrund** anderer Völker zu verstehen. Das erlebe ich als Flensburgerin, die nahe der dänischen Grenze lebt und nunmehr zwei mehr oder weniger erfolgreich absolvierte Dänischkurse hinter sich gebracht hat, jeden Tag hautnah.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein haben wir mit der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe, der **Minderheit der Sinti und Roma** als auch mit den Niederdeutschen Minderheiten und Sprachgruppen, für die die mit der Sprache verbundene kulturelle Identität besonders wertvoll ist. Allein deshalb kommt dem vorliegenden Bericht zur Umsetzung der europäischen Sprachencharta, der heute unser Thema ist, eine ganz zentrale Bedeutung zu. Nach fast einem Jahrzehnt intensiver Auseinandersetzung mit der Sprachencharta, die am 1. Januar 1999 in Kraft trat, hat der **Europarat** ein **Schutzinstrument** zur Bewahrung der Regional- und Minderheitensprachen geschaffen. Nach Überzeugung der CDU ist es daher eine sehr wichtige Aufgabe der Landespolitik, die Minderheiten- und Regionalsprachen weiter zu fördern und zu verbreiten. Ich denke, das muss das Ziel aller Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag sein.

(Beifall bei CDU, SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir wollen diese **Sprachenvielfalt** in unserem Land erhalten, weiterentwickeln und in unseren Alltag integrieren, denn die Sprache des Nachbarn zu lernen trägt entscheidend zum gemeinsamen Verständnis bei.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Und das, meine Damen und Herren, ist in einem Europa der 27, in einem Europa der Vielsprachigkeit, lebend umso wichtiger.

Im Schwerpunkt des Berichts wird dargestellt, wie übernommene **Einzelverpflichtungen** in Schleswig-Holstein umgesetzt werden. Hier wird deutlich, dass in unserem Land in den einzelnen Bereichen der Charta wie frühkindliche Erziehung, Schule, Hochschule, Kultur, aber auch im Verwaltungs-, Justiz- und Medienbereich verantwortungsvoll und umfassend gearbeitet wird.

Lassen Sie mich im Folgenden einige Punkte der Sprachencharta herausgreifen.

Erstens: Als „weiche“ Hemmnisse auf dem Weg zu einem **grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt** werden immer wieder mangelnde Sprachkenntnisse angeführt. Hier weist der Bericht aus, dass gerade im Rahmen der Erwachsenenbildung **dänische Sprachkurse** aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen heute eine verstärkte Nachfrage erfahren. An den Volkshochschulen ist Dänisch eine der am häufigsten belegten Fremdsprachen. Das macht deutlich, dass die Chancen der in der Region lebenden Menschen erkannt und umgesetzt werden, wenn es darum geht, in einer von Beschäftigungsproblemen gebeutelten Region Arbeitsmärkte auch jenseits der Grenzen zu öffnen und zu nutzen. So hat das Regionkontor in Padborg beispielsweise im letzten Jahr mehr als 7.000 Beratungen durchgeführt. EURES und GRAMAG haben mehr als 1.000 Stellen vermitteln können.

Zweitens: Der vorliegende Bericht zur Sprachencharta belegt auch die zunehmend positiven Entwicklungen des niederdeutschen und des friesischen Sprachgebrauchs in unserem Land. So ist die Zahl der in den **Kitas** vorgehaltenen Angebote gestiegen. In den **Lehrplänen der Grundschule** ist die Einbeziehung der niederdeutschen Sprache in diversen Unterrichtsfächern ausdrücklich vorgesehen. Dennoch sind wir dazu angehalten, vor allem im Bereich der Schulen und Hochschulen auf eine bessere Verankerung hinzuwirken.

Deshalb unterstützt die CDU die Initiative des Kollegen Lars Harms und des Vorsitzenden des Friesenrates, Ingwer Nommensen - sehe ich ihn da oben? Ja, ich sehe ihn -, das Angebot des **Friesischunterrichts** an unseren Schulen auf dem Erlasswege in Form von Projektkursen beziehungsweise als Wahlfach, dort wo Bedarf besteht, anzubieten.

(Beifall bei CDU und SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Susanne Herold [CDU]:

Drittens: Minderheiten- und Regionalsprachen sollen zunehmend Einzug in unsere Amtsstuben halten. Hier beschreibt der Weg bisher lediglich das Ziel. Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Sprachenkampagne, die von der **Region Sonderjylland/Schleswig** mit Schulen, Unternehmen und Verwaltungen veranstaltet wurde, und für die unser Landtagspräsident Martin Kayenburg die Schirmherrschaft übernommen hat.

(Susanne Herold)

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Diesseits und jenseits der Grenze wurde hier massiv und erfolgreich für den Spracherhalt und den Spracherwerb geworben. Genau diesen Weg müssen wir weitergehen. Derartige Kampagnen müssen - von allen Akteuren der Region getragen - auch in Zukunft Bestand haben.

Lassen Sie mich abschließend kurz auf die vom Landtagspräsidenten in Auftrag gegebene Kompetenzanalyse zum Thema „**Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland**“ eingehen. Gab es bisher vorwiegend Analysen, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung beiderseits der Grenze konzentrierten, so stehen mit dieser Studie erstmals die historischen und kulturellen Wurzeln im Grenzland im Mittelpunkt der Betrachtung. Ziel ist es, ein gesellschaftspolitisches Leitbild für die deutsch-dänische Grenzregion zu entwickeln und das Regionsprofil zu stärken. Mit der Studie soll insbesondere geprüft werden, ob Minderheiten ein Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland sind, der für die grenzüberschreitenden gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungsstrategien nutzbar gemacht werden kann. Dabei spielen die Regional- und Minderheitensprachen eine wichtige Rolle, die den kulturellen Reichtum des deutsch-dänischen Grenzlandes ausmachen.

Meine Damen und Herren, wir müssen den Menschen in der Region Sonderjylland/Schleswig den Weg zu einem breiten Erleben ihrer Kultur öffnen. Dadurch besteht auch die Chance, mehr Menschen als bisher für die Minderheiten und ihre Sprachen zu gewinnen.

Ich bedanke mich auch im Namen meiner Fraktion bei den Mitarbeitern der Staatskanzlei für die Erstellung dieses gut strukturierten und informativen Berichts.

(Vereinzelter Beifall)

Ein weiterer Dank gebührt unserer engagierten Minderheitenbeauftragten, Frau Caroline Schwarz.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte es aber auch nicht versäumen, mich an dieser Stelle bei unserem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen zu bedanken

(Beifall)

- ick kann es nich op Platt -, der in seiner zweijährigen Amtszeit der entscheidende Motor für eine zukunftsweisende Minderheitenpolitik bei uns im Norden geworden ist.

Der Europäischen Sprachencharta liegen eine Selbstverpflichtung und Berichtspflicht zugrunde. Diese sind für die Parlamentarier des Schleswig-Holsteinischen Landtages jedoch nicht ausschlaggebend, um den Minderheiten- und Regionalsprachen einen entsprechenden Stellenwert zu geben. Der Mehrwert der Minderheitenbevölkerung für die Mehrheitsbevölkerung ergibt sich vielmehr aus dem täglichen Miteinander, dem Leben unterschiedlicher Kulturen und Traditionen in gegenseitiger Akzeptanz und Achtung. Und genauso, wie sich die sprachlichen Bande weiterentwickeln, gilt es die Prozesse der Sprachencharta und deren Zielsetzung politisch gemeinsam weiterhin positiv zu begleiten und nach vorn zu bringen.

Für die CDU-Fraktion beantrage ich die Überweisung an den Europaausschuss, mitberatend in den Bildungsausschuss.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Susanne Herold und erteile jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Rolf Fischer das Wort.

(Claus Ehlers [CDU]: Kann der Plattdeutsch?)

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Ehlers, mit diesem Zwischenruf habe ich gerechnet. Deshalb steht in meinem Redemanuskript auch: Um nicht Dänisch, Friesisch oder Plattdeutsch beginnen zu müssen, folge ich dem Vorbild unseres Fraktionsvorsitzenden, der gern Zitate aus dem fernen Osten benutzt und selbst vor Zitaten aus der Mongolei nicht zurückschreckt. Lassen Sie mich also mit einem chinesischen Sprichwort beginnen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Auf Chinesisch oder auf Deutsch? - Heiterkeit)

- Lieber Kollege Garg, ich bin der festen Überzeugung, wenn ich das auf Chinesisch machen würde, was ich durchaus kann, wäre kaum jemand hier in der Lage, mir zu folgen. Deshalb habe ich mich natürlich für die Übersetzung entschieden.

(Beifall und Heiterkeit)

„Kultur ist kein Luxus, sie ist eine Notwendigkeit.“ Ein schöner Satz und wir wissen, dass ein wesentlicher Bestandteil von Kultur die Sprache ist. Sie zu erhalten, zu fördern - insbesondere die Sprachen,

(Rolf Fischer)

die nur von wenigen gesprochen werden, dazu gehört Chinesisch ja wirklich nicht - ist das Leitprinzip der Europäischen Sprachencharta. Die Europäische Sprachencharta schützt also die **regionalen Sprachen** - das ist in der Bundesrepublik Niederdeutsch - und auch die Sprachen der Minderheiten, da Sprach- und Bevölkerungsgruppe identisch sind. Insofern ist diese Charta nicht nur ein sprachpolitisches Dokument und Instrument, sie ist auch ein zentrales minderheitenpolitisches Instrument. Und sie ist bislang das einzige spezifisch sprachrechtliche Instrument auf der europäischen Ebene, das heißt, wenn sie das einzige ist, ist sie auch das wichtigste Instrument für den Erhalt der historisch gewachsenen Sprachvielfalt in der Europäischen Union.

(Beifall bei SPD, SSW und des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

An dieser Stelle muss ich erst einmal eine Pause machen, sonst steht im Protokoll nicht „Beifall“, das ist dann ein bisschen ärgerlich.

Lassen Sie mich also zunächst auf einen Punkt aufmerksam machen, der auch mit dieser Charta verbunden ist. Sie macht deutlich, dass der Wille zur europäischen Integration auf die regionalen Besonderheiten nicht nur Rücksicht nimmt, sondern deren Erhalt sogar ausdrücklich gewünscht ist. Denn der Bau des europäischen Hauses funktioniert eben nicht ohne die regionalen Zimmer. Insofern ist diese Charta auch ein Beleg für das gewollte starke Europa der Regionen und der kulturellen Vielfalt. Und zu betonen ist an dieser Stelle: Schleswig-Holstein als Bundesland ist der Motor für die Umsetzung dieser Charta für und in der Bundesrepublik. Und die Bundesrepublik wird auf europäischer Ebene für diese Charta gelobt. Weil das so ist, ist dies eben auch ein starkes Lob für uns in Schleswig-Holstein und für diejenigen, die mit der Umsetzung beauftragt sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

„In Politik und Gesellschaft“

- so Dr. Stefan Oeter vom Institut für Internationale Angelegenheiten in Hamburg -

„ist man sich bewusst geworden, dass mit dem drohenden Verschwinden der Regional- und Minderheitensprachen ein wichtiger Teil unseres kulturellen Erbes verloren zu gehen droht.“

Der Mann weiß, wovon er spricht, denn er ist das deutsche Mitglied im Sachverständigenausschuss des Europarates für diese Charta. Und der vorliegende Umsetzungsbericht macht zweierlei deutlich:

Schleswig-Holstein ist - wie gesagt - bezogen auf die Realisierung mit Sicherheit führend unter den deutschen Bundesländern. Wenn man - wie bei uns geschehen, von 106 übernommenen **Verpflichtungen** für Dänisch, Nordfriesisch und Niederdeutsch im sogenannten Teil III - das ist der Abschnitt mit den konkreten Verpflichtungen - 93 als erfüllt oder teilweise erfüllt vorweisen kann, dann ist das erst einmal ein Erfolg, den wir absolut begrüßen sollten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ein Dank also an die Minderheiten und die Niederdeutschen, die mit viel Elan diese Punkte realisieren. Dank aber auch an die Minderheiten- und Chartafachleute in den Verwaltungen auf allen Ebenen, denn hier sind ja auch die kommunalen Verwaltungen gefragt, denen es gelungen ist, diese Verpflichtungen umzusetzen. Für die SPD-Fraktion darf ich ebenfalls sagen: Dank auch an Caroline Schwarz als Minderheitenbeauftragte für ihren Einsatz in dieser Sache!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion darf ich sagen - Frau Schwarz wird das auch verstehen -: Dank auch an Renate Schnack, die lange Zeit die Verantwortung für den Umsetzungsprozess dieser Charta hatte!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Schleswig-Holstein als Land mit den meisten Minderheiten und dem hohen Anteil von Niederdeutsch ist damit der Motor der **europäischen Sprachenpolitik** in Deutschland. Das kann aber nicht alles sein. Ich finde, zukünftig muss auch weiter und stärker der Bund in die Verantwortung genommen werden. An dieser Stelle möchte ich gern ein Zitat aus einer Erklärung des Minderheitenrates in Deutschland zum Besten geben:

„Bereits unter dem jetzt bestehenden staatlichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland ist es den internationalen und europäischen Instanzen, die die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz der nationalen Minderheiten überwachen, nicht vermittelbar, dass bereits kleine, aber erforderliche Maßnahmen an föderalen Kompetenzabgrenzungen scheitern und es keine nationale minderheitenpolitische Konzeption gibt.“

Das ist richtig, diese Konzeption ist erforderlich, weil die Charta einen dynamischen Charakter hat.

(Beifall beim SSW)

(Rolf Fischer)

Das heißt, selbst mit der **Umsetzung** der angemeldeten Verpflichtungen ist ihr Geist nicht erfüllt. Die Bildungseinrichtungen, der öffentliche Raum, die Wirtschaft und die Medien - das sind die wichtigsten Bezugsbereiche der Charta. Sie bleiben aufgefordert, sie weiter umzusetzen und fortzuschreiben. Dies muss nicht zwangsläufig in der Auflistung neuer, weiterer Verpflichtungen münden.

Der Bericht verweist darauf, dass die Landesregierung zurzeit keine Übernahme neuer Verpflichtungen aus Teil III anstrebt, sondern eine Vertiefung der bereits übernommenen. Das scheint mir angesichts der hohen Umsetzungsrate nachvollziehbar. Lassen Sie mich deshalb zwei Punkte nennen, die eine solche Vertiefung erfahren sollten.

Erstens. Der Bericht macht deutlich, dass insbesondere im **Medienbereich** noch **Defizite** der Umsetzung bestehen. Das hat vor allem strukturelle Gründe, die sich in der Staatsferne des Rundfunks und der fehlenden Einflussnahme des Staates auf die privaten Medien begründen. Trotzdem sollten wir, wie es die Friesen in ihrem Beitrag zum FORUM vorschlagen, diese Frage im Ausschuss noch einmal vertiefen. Ein zweiter Grund wäre der Hinweis auf ein Forschungsprojekt. Zu begrüßen ist die angekündigte medienwissenschaftliche Untersuchung, die sich unter anderem mit dem Empfang dänischer Rundfunkprogramme befasst und die laut Bericht bald abgeschlossen sein wird. Auch das wäre ein Thema im Ausschuss.

Zweitens. Der zweite Punkt ist die Situation der **deutschen Sinti und Roma**, die - anders als die Dänen und Friesen - im Teil II der Charta, der allgemeine Zielrichtungen enthält, aufgeführt werden. Es ist hier nicht zu diskutieren, ob diese Gruppe nicht auch in Teil III gehört; da gibt es unterschiedliche Ansätze.

Aber ich möchte schon einen Vorschlag ansprechen, der zu einer höheren Verbindlichkeit führen könnte. Um die jeweils eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, wurde im Jahr 2005 eine **Rahmenvereinbarung** zwischen der Landesregierung **Rheinland-Pfalz** und dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma geschlossen. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz sah in dieser Vereinbarung nicht nur einen wichtigen Schritt zum Schutz der Minderheit vor Diskriminierung, sondern auch zur Förderung des Erhaltes von Kultur, Identität und eben Sprache dieser Minderheit.

Wir wissen, dass eine solche Rahmenvereinbarung nicht einfach zu formulieren ist, sie wäre meiner Meinung nach aber ein geeigneter Schritt zu mehr Verbindlichkeit und Schutz für diese Minderheit.

Auch darüber sollten wir im Ausschuss noch einmal sprechen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Der Bericht macht deutlich, dass sowohl im Niederdeutschen als auch in der Förderung der anderen Minderheitensprachen weiterer Umsetzungsbedarf besteht - auch wenn die Lektüre des Berichts in seinen Einzelabschnitten ein umfassendes und sehr detailliertes Bild der Umsetzung darstellt.

Trotzdem möchte ich noch einen letzten weiteren Aspekt ansprechen: Was in den meisten Ländern fehlt - das gilt für die betroffenen Bundesländer ebenso wie für die europäischen Nachbarn -, ist eine definierte und operative **Sprachenpolitik**. Auf Dauer werden wir die **Minderheiten- und Regionalsprachen** nur fördern können, wenn wir ein Gesamtkonzept, also eine koordinierte „Sprachenpolitik“, wie sie in Ansätzen in **Schweden** praktiziert wird, von der Frühförderung bis zur Alltagsnutzung, entwerfen. Das ist ein hehres Ziel, das wir mit den Minderheiten und den Niederdeutschen konkret besprechen müssen. Denn im Kern ist dies die logische Konsequenz, das Ziel der Charta.

Dazu gehört übrigens auch die Verstärkung des **Kontrollmechanismus**; die kontinuierliche Überprüfung und Berichterstattung eines Sachverständigenausschusses des Europarates allein wird längerfristig nicht mehr ausreichen. Schon heute fällt dieser Kontroll- und Sanktionsmechanismus hinter den Stand der mittlerweile erreichten europäischen Menschenrechtskontrolle zurück. Doch das sind Punkte, die wir im Ausschuss vertiefen können.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen wird durch den Europarat im Rahmen eines umfangreichen Begutachtungsverfahrens überwacht. Die zweite Monitoringperiode von 2003 bis 2006 zeigt für Schleswig-Holstein insgesamt eine recht positive und erfreuliche Bilanz. Im Vergleich zur ersten Monitoringperiode von 2000 bis 2003 sind in allen Bereichen mehr Verpflichtungen aus der Sprachencharta erfüllt worden.

Für die Minderheitensprache **Dänisch** sind nunmehr 30 von 35 Verpflichtungen erfüllt; zuvor wa-

(Dr. Ekkehard Klug)

ren es nur 25 von 35. Eine Steigerung der erfüllten Verpflichtungen ist auch bei der friesischen und der niederdeutschen Sprache zu verzeichnen, obwohl die Quote hier deutlich unterhalb derjenigen für die Sprache Dänisch liegt. Bei **Friesisch** sind es 24 von 35 Verpflichtungen, die erfüllt wurden, bei **Niederdeutsch** sind es 20 von 35.

Meine Damen und Herren, Verbesserungen im **Unterrichtsangebot** für die Regional- und Minderheitensprachen empfiehlt das Ministerkomitee des Europarats dem Land Schleswig-Holstein daher auch insbesondere für die Bereiche Friesisch und Niederdeutsch.

Nachdenklich stimmt die Aussage, dass der Friesischunterricht in den **Grundschulen** seit der Einführung des obligatorischen Englischunterrichts mit rückläufigen Anmeldezahlen zu kämpfen hat, weil offenbar Eltern eine Überforderung ihrer Kinder befürchten. Der Rückgang bei den Anmeldungen ist im vergangenen Jahr sehr deutlich ausgefallen. Darüber muss man sich Gedanken machen. Denn natürlich kommt es darauf an, die Unterrichtsangebote möglichst schon vom Kindergartenalter beginnend auszubauen und nicht eine rückläufige Entwicklung hinzunehmen.

Meine Damen und Herren, den für die **Lehrerbildung** relevanten Studiengängen der **Universität Flensburg** fehlt jeweils eine reguläre Professur für Friesisch und Niederdeutsch. Das Vorhandensein solcher Professuren ist unserer Überzeugung nach allerdings für eine kontinuierliche Arbeit in Forschung und Lehre unverzichtbar. Insofern meine ich, dass man die für den Zeitraum ab 2009 anstehenden neu zu gestaltenden Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen nutzen sollte, um dieses Desiderat, diesen Wunsch nach einer stärkeren Präsenz der beiden Sprachen im Lehrkörper der Universität Flensburg in der Lehrerbildung zu berücksichtigen. Wie gesagt: Das gilt für Friesisch und Niederdeutsch.

Wir werden uns auch mit der Frage sehr intensiv auseinandersetzen müssen, wie diese beiden kleinen Fächer bei der Umgestaltung der Studienstruktur, also bei der Einführung des neuen Bachelor-/Master-Systems abschneiden werden. Im Bericht ist zu lesen, dass angestrebt wird, den bisherigen Stand zu halten. Was die Realität angeht, so bin ich mir nicht so sicher, ob dies wirklich gewährleistet ist. Das ist eine Frage, die wir in der Ausschussberatung andiskutieren werden müssen.

Meine Damen und Herren, für das **Niederdeutsche** fordert der Monitoringbericht insbesondere in der **Sekundarstufe** größere Bemühungen um einen er-

höhten Umfang an Unterrichtsstunden und klarere Richtlinien zur Förderung der niederdeutschen Sprache. Auch dies ist ein konkreter Punkt, der mit dem zuständigen Bildungsministerium zu besprechen sein wird.

Über Möglichkeiten, wie die Forderungen der Sprachencharta in den kommenden Jahren noch besser erfüllt werden können, sollten wir uns in den zuständigen Ausschüssen intensiver Gedanken machen. Ich will gar nicht bestreiten, dass manches Positive auf dem Weg ist. Ich denke hier beispielsweise an die vom Ministerpräsidenten erwähnte Einführung von **Ortstafeln** in Hochdeutsch und Plattdeutsch in den Gemeinden, die sich das wünschen. Das ist eine Initiative aus dem Bereich des Heimatbundes und der Niederdeutschen, die innerhalb der Landesregierung eine positive Aufnahme erfährt. Als Parlament sollten wir das unterstützen. Vielleicht bietet sich ja die Gelegenheit zu einer gemeinsamen Resolution.

Der Bericht ist sehr umfangreich und auch ausgesprochen informativ. Selbst diejenigen, die sich mit der Materie in den zurückliegenden Jahren intensiv beschäftigt haben, lernen hier und da noch Neues dazu. Ein persönliches Beispiel möchte ich bringen. Auf Seite 37 steht:

„Für die Flensburger Berufsfeuerwehr gehört Dänisch als fester Bestandteil zur Grundausbildung.“

Das ist ja eigentlich logisch, da ein Großteil der Flensburger Bevölkerung der dänischen Minderheit angehört. Das ist ein schönes Beispiel für die kulturelle und sprachliche Vielfalt und die gelebte Förderung der Minderheitensprachen in diesem Land.

Schleswig-Holstein ist mit dieser Vielfalt, die wir aufweisen, eine einzigartige europäische Sprachregion. Wir haben nämlich nicht nur die Mehrheitsprache Deutsch, sondern wir haben auch die drei Minderheitensprachen Dänisch, Friesisch und Romanes sowie die Regionalsprache Niederdeutsch. Schleswig-Holstein ist also ein **fünfsprachiges Bundesland**. Das gibt es sonst in Deutschland nicht. Damit haben wir etwas vorzuweisen, auch an kultureller Vielfalt, an kulturellem Reichtum. Ich meine, dies sollte für uns als Landespolitiker eine besondere Verpflichtung sein, uns um eine weiterhin verbesserte Umsetzung der Verpflichtung zu bemühen, die aus dieser Europäischen Charta der Regional- und Minderheitssprachen hervorgeht.

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Caroline Schwarz! Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Sprachen und Kulturen unseres Landes Schleswig-Holstein! Für uns Grüne sind der Schutz und die Bewahrung der Minderheiten und **Identitäten** Grundansatz unserer Politik. Jeder Mensch und jede Gruppe soll nach ihren Gebräuchen und Traditionen leben, sofern sie die Menschenrechte respektieren und nicht diskriminieren und antidemokratisch sind. Sie sollen ihre Sprache und Kultur bewahren. Unser Gesellschaftsbild geht von der individuellen Entfaltung unterschiedlicher Lebensformen und -läufe aus. Was allgemein gilt, gilt natürlich auch für diejenigen Menschen in Schleswig-Holstein, die sich einer nationalen Minderheit und einer kulturellen Minderheit zugehörig fühlen.

Wir haben uns auf Bundesebene maßgeblich sowohl für die Einrichtung eines **Minderheitensekretariats** als auch für die Einsetzung des **Arbeitskreises für Minderheitenfragen** beim Deutschen Bundestag und erfolgreich für deren Erhalt auch in dieser Legislaturperiode eingesetzt. Auch die dauerhafte Einrichtung des **Minderheitenbeauftragten bei der Bundesregierung** wird von uns mit Nachdruck betrieben.

Meine Damen und Herren, Sprache ist Heimat. Sie verbindet, sie schafft Identität. Wir müssen aber auch sagen: Sprache trennt. Wir sollten dieses Problem nicht unter den Tisch kehren. Grenzen, Unverständnis und Konflikte durch verschiedene Sprachen in der Gesellschaft sind nicht zu vernachlässigen. Deshalb ist es ein zentrales Ziel der Politik, dafür zu sorgen, dass Sprache keine Barriere schafft, dass Sprache nicht ausgrenzt.

Wir haben es in Deutschland, insbesondere auch hier in Schleswig-Holstein, geschafft, dass unterschiedliche Sprachen zu einem verbindenden Element zwischen **Minderheiten** werden. Minderheiten reden miteinander über ihre Probleme, Minderheiten werden von der Mehrheit bei der Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen unterstützt. Allerdings ist auch da nicht alles Gold, was glänzt. Wir haben hinsichtlich der Akzeptanz und Verständigung auch noch Aufgaben vor uns.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist ein ganz sensibler Bereich und ist typisch für eine Gesellschaft, wie sie mit Sprache umgeht. Das ist ein Ausdruck dessen, wie sie Konflikte löst. Das ist uns vielleicht schon etwas fremd geworden. Wir wissen als Europapolitiker, wovon wir reden. Wer einmal die Sprachprobleme der russischen Minderheiten in Lettland oder in Estland und die sich daraus ergebenden politischen Machtfragen in diesen Gesellschaften studiert hat, wer sich damit beschäftigt hat, weiß, welche Prozesse wir im Umgang mit Minderheiten erfolgreich bewältigt haben. Wir hoffen, dass das auch in diesen Ländern nur ein vorübergehendes Problem ist, das dort positiv gelöst wird.

Wir müssen allerdings gerade bei der Sprachgruppe der **Sinti und Roma** noch viel Arbeit investieren, um die gesellschaftliche Akzeptanz auch für ihre Sprache und Kultur zu erhöhen. Das gilt besonders vor dem Hintergrund unserer Erfahrung und der besonderen Verantwortung, die wir als Deutsche beim Umgang mit der Europäischen Sprachencharta haben. Wir haben es geschafft, unsere Minderheiten auch sprachlich zu integrieren und zu unterstützen. Aber Unterstützung kann nicht nur aus moralischem Beistand und Sonntagsreden bestehen, sondern muss sich auch darin ausdrücken, dass die materiellen Ressourcen dieser Gesellschaft für diese Arbeit zur Verfügung stehen. Das ist wichtig. Daran müssen wir arbeiten. Tatsächlich ist die Abarbeitung der sich aus der Sprachencharta ergebenden Verpflichtungen auch mit finanziellem Aufwand verbunden.

Damit verbunden ist allerdings auch unverzichtbar das ehrenamtliche Engagement. Ohne das **ehrenamtliche Engagement** könnten wir in diesem ganzen kulturellen Bereich überhaupt nichts erreichen. Wir wollen uns bei den vielen Menschen bedanken, die sehr viel Zeit und Engagement in diese Arbeit stecken. Ohne diese engagierten Bürgerinnen und Bürger wären die Sprachen unseres Landes in einer schlechter Verfassung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir als Repräsentanten der Gesellschaft unseres Landes und als Haushaltsgeber drücken unsere Verantwortung gegenüber den Sprachen beziehungsweise den Menschen, die diese Sprachen sprechen, nicht nur durch ideelle, sondern auch durch finanzielle Anerkennung aus. Der Ministerpräsident hat das ausgeführt und im Bericht sind diese Fragen sehr detailliert beantwortet.

(Detlef Matthiessen)

Unsere Verantwortung gilt auch für den **europäischen Integrationsprozess**. Bei der Integration von Rumänien und Bulgarien in die Europäische Union werden Kultur und Sprache der Sinti und Roma eine ganz besondere Rolle spielen. Wir alle sind aufgefordert, unser Scherflein dazu beizutragen, die Integration von Sprache und Kultur der Sinti und Roma weiter zu unterstützen.

Es geht auch darum, unsere Erfahrungen mit der Integration von autochthonen Minderheiten auf die Sprachminderheiten zu übertragen, die sich durch Migration ergeben. Wir müssen auf allen Ebenen zeigen, dass wir es ernst meinen mit der Integration der hier bei uns lebenden Minderheiten. Integration ist nicht nur ein einseitiger Prozess, sondern beide Seiten müssen ihren Beitrag leisten.

Wir haben das Integrationsproblem im Zusammenhang mit dem **Zuwanderungsgesetz** hier in Deutschland sehr intensiv diskutiert. Ich glaube, dass die Erfahrungen, die wir zum Beispiel mit dem Minderheitenzentrum machen, uns gute Hinweise darauf geben, wie wir Minderheiten integrieren und ihre Kulturen akzeptieren können.

Sprachminderheiten sind auf den **Zugang zu Medien** unserer Gesellschaft angewiesen, damit kulturelle Auseinandersetzung und Sprachförderung stattfinden können. Das zweite wichtige Element neben der Unterstützung von kulturellen Vereinigungen muss daher sein, dass wir diesen Gruppen einen Zugang zu den modernen Medien ermöglichen, also zum Fernsehen und - nicht ganz so modern, aber umso wichtiger - auch zum Hörfunk. Staatliche Einrichtungen sollten, wo nötig, die Präsenz von Minderheitensprachen auch im Internet fördern. Kommunen, Landesregierungen und Bundesregierung sollten darauf hinweisen und entsprechende Links in ihren Präsentationen setzen.

Die Minderheiten müssen Gelegenheit haben, sich in unseren Medien darzustellen. Das ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass ihre Kulturen lebendig bleiben und sich immer wieder erneuern können. Dafür sollten wir alle zusammen eintreten.

Wenn nun die Zahlen der Schülerinnen und Schülern so sehr zurückgehen, dass, wie im Falle von Schleswig-Holstein, der Friesischunterricht in den **Schulen** gefährdet ist, weil die Gruppen zu klein werden, ist das zunächst bedauerlich. Es können sich aber auch neue Chance ergeben. In Westfriesland haben wir das Beispiel - ich sage nicht, dass es ein guter Zustand ist, aber man muss etwas daraus machen, man muss es nicht nur hinnehmen; deshalb weise ich auf das westfriesische Beispiel hin -, dass man Fernunterricht eingeführt hat und die Schüle-

rinnen und Schüler per Internet und Webcam mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern und dem Lehrpersonal verbunden sind und parallel zum Friesischen auch noch Medienkompetenz erwerben. Altes und Neues ist auf diese Weise trefflich miteinander verbunden.

Sprache und Schule sind auch in anderer Hinsicht ein wichtiger Aspekt. Das Thema Schülerbeförderung haben wir ja noch hier im Landtag. Ich denke, wir müssten da etwas tun, damit zum Beispiel auch die Schüler der dänischen Minderheit ihre Gleichberechtigung erfahren.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich etwas Plattdeutsch reden:

To'n Sluß much ik mi bi ju bedanken, leve Fruunslüüd un Mannslüüd, för't Tohöörn hüüt. Spraken bewohn sik dörch den Gebruuk. Man mutt in'e Naberschop, bi'n Koopmann, in'e Kark de Spraak gebuuden, sonst löppt dat Gefohr, dat de Spraak, de nich spraken ward, torüch geiht un utstarvt ...

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für den SSW erhält die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Leve Fruunslüüd! Leve Mannslüüd! Liiw följens! Mine damer og herrer! Hjertlig tak for en god beretning. Tak til ministerpräsidenten, til statskanceliets medarbejdere. Og tak til vores mindretalsombudsmand Caroline Schwarz for det arbejde, hun yder.

Nach knapp vier Jahren wird dem Landtag heute wieder ein Bericht zur Sprachencharta vorgelegt. Wir können feststellen, dass sich in den letzten Jahren wirklich etwas bewegt hat, müssen aber auch klar sagen, dass es immer noch offene Baustellen gibt.

Es ist somit erfreulich, dass es trotz großer Schwierigkeiten doch gelungen ist, das **Sinti-Wohnprojekt „Maro Temm“** auf den Weg zu bringen.

In diesem Zusammenhang möchte ich der ehemaligen Minderheitenbeauftragten, Frau Renate Schnack, für ihren Einsatz danken.

Der Ministerpräsident und mit ihm zusammen der Innenminister konnten den Knoten durchschlagen, sodass kürzlich die Grundsteinlegung gefeiert werden konnte. Für die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein ist die Wohnungsgenossenschaft „Maro

(Anke Spoorendonk)

Temm“ von herausragender Bedeutung, auch im Sinne der Sprachencharta.

(Beifall beim SSW)

Betrachtet man die Situation der **dänischen Minderheit**, so kann man mit Fug und Recht feststellen, dass die Gleichstellung bei den Schülerkostensätzen für die Schulen von Dansk Skoleforening ein wichtiger Schritt ist, auf den wir als Minderheit schon Jahrzehnte gepocht haben. Das neue Schulgesetz hat das möglich gemacht, auch rein optisch, weil die **dänischen Schulen** in einem besonderen Abschnitt des Gesetzes verankert sind. Dadurch wird hervorgehoben, dass die Schulen der dänischen Minderheit einen anderen Stellenwert haben als andere Schulen in freier Trägerschaft. Sie sind quasi die öffentliche Schule für den dänischen Bevölkerungsteil.

Dieser Schritt hat dazu geführt, dass eine eigene Regelung für die dänischen Schulen hinsichtlich der Schülerkostensätze jetzt nicht nur besser möglich, sondern inhaltlich auch dringend geboten war. Dass die Landesregierung dieser alten Forderung des SSW jetzt nachgekommen ist, begrüßen wir ausdrücklich; das haben wir auch schon bei den Haushaltsberatungen gesagt. Denn die Schulen sind für uns wichtig. Eine weitere Ungleichbehandlung unserer Schulkinder wäre schwer zu verkraften gewesen.

Bei anderen Baustellen gibt es leider immer noch viel zu tun. So ist die Frage der **Schülerbeförderung** zu den dänischen Schulen noch ungelöst. Der SSW hat bekanntlich eine Ergänzung zum Schulgesetz in die parlamentarischen Beratungen eingebracht. Damals kamen wir mit unserem Anliegen aber nicht weiter. Wir erhielten jedoch das Signal von den regierungstragenden Fraktionen, dass man gewillt sei, eine Lösung zu finden.

Auch bei der Schülerbeförderung geht es um das Prinzip der Gleichbehandlung. Es geht aber insbesondere darum, dass die Finanzierung der Schülerbeförderung auch für die Schülerinnen und Schüler der dänischen Schulen endlich gesetzlich geregelt wird. Wir nehmen also die Große Koalition beim Wort und sind bereit, Gespräche über eine mögliche gesetzliche Regelung zu führen. Die Lösung muss bald kommen, damit man auch auf kommunaler Ebene weiß, worauf man sich ab 2009 einzustellen hat.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die **Medienpräsenz**, die auch schon von einigen Vorrednern angesprochen worden ist. Die dänische Minderheit hat nicht nur ein Interesse daran, dass dänische Fernseh- und Radioprogramme im Landesteil Schleswig

zu empfangen sind, dieses Angebot stellt für uns vielmehr eine Art Lebensnerv dar. Die Umstellung auf digitalen Fernsehempfang kann aber dazu führen, dass die Minderheit medienmäßig von Dänemark abgekoppelt wird, dass durch die technische Entwicklung praktisch neue Grenzen entstehen. Dies muss man sich einmal durch den Kopf ziehen lassen.

Einerseits reichen die digitalen **dänischen DVB-T-Signale** nicht weit genug über die deutsch-dänische Grenze hinweg, mit dem Ergebnis, dass Angehörige der Minderheit, aber auch andere Interessierte die **dänischen Programme** nicht mehr empfangen können. Andererseits kann dies dazu führen, dass auch die Kabelgesellschaften keine Verpflichtung mehr haben, die dänischen Programme mit in ihr Angebot aufzunehmen.

Kurzfristig konnten wir mit vereinten Kräften, also auch mit tatkräftiger Unterstützung aller Fraktionen hier im Landtag, im letzten Herbst das Abschalten der dänischen Programme noch verhindern. Ab 2009 wird dieses Problem aber wieder auf uns zukommen.

Deshalb müssen wir jetzt handeln. Wir appellieren an die Landesregierung, hier grenzüberschreitend tätig zu werden. Denn auch der Empfang deutscher Fernseh- und Rundfunksender nördlich der Grenze ist ein Thema für politische Gespräche.

Durch das **Friesischgesetz**, das 2004 im Landtag beschlossen wurde, hat sich für die Friesen in Schleswig-Holstein sehr viel geändert. Die Zweisprachigkeit, die verstärkte Anwendung von Friesisch im öffentlichen Raum ist in der Region Nordfriesland ein viel wichtigeres Thema geworden, als so manch einer im Vorwege dachte. Wer genau hinschaut, sieht nun aufgrund zweisprachiger Behördenschilder oder zweisprachiger Stationsnamen auf Bahnhöfen, dass man sich in einer besonderen Region befindet.

Hinzu kommt, dass wesentlich mehr Menschen nunmehr auch ihre Anliegen bei Behördengängen auf Friesisch vortragen. In einer Reihe von Gemeinden hat das Gesetz dazu geführt, dass man die etwas eingeschlafene Diskussion über **deutsch-friesische Ortsschilder** wieder führt. Das heißt, das Gesetz hat nicht nur zum Selbstwertgefühl der friesischen Minderheit beigetragen, es dient auch der konkreten Spracharbeit.

Trotz der guten Nachrichten, die mit dem Friesischgesetz verbunden sind, gilt es weiterhin, das Fundament für das Erlernen der friesischen Sprache zu stärken. Hier steht der Bereich Schule natürlich im Vordergrund. Und wiederum hat der SSW eine Er-

(Anke Spoorendonk)

gänzung des neuen Schulgesetzes in die parlamentarische Beratung eingebracht. Dabei ging es uns hauptsächlich um die Absicherung des Friesischunterrichts und um die Festschreibung der Bestimmung, dass sowohl Eltern ihre Kinder zum Friesischunterricht anmelden können als auch dass Schulen die Möglichkeit erhalten sollen, den Friesischunterricht selbstständig anzubieten. Dies ließ sich bei der Novellierung des Schulgesetzes aus verschiedenen Gründen nicht umsetzen. Aber wiederum wurde uns vonseiten der Großen Koalition signalisiert, dass eine Lösung gefunden werden soll. Wir haben dankenswerterweise auch von der Kollegin Herold gehört, dass wir weiterhin im Gespräch sind. Herzlichen Dank für diese Aussage!

Wir können uns sowohl eine Verordnung als auch einen Erlass vorstellen, der das regelt, was wir seinerzeit in unserem Antrag vorgeschlagen haben.

Ein zweiter großer Bereich ist auch hier der Medienbereich. Friesisch findet im öffentlichen Fernsehen so gut wie nicht statt. Der NDR sendet nur zwei bis drei Minuten Friesisch wöchentlich zu einem Zeitpunkt, zu dem man mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen kann, dass niemand mehr zuhört.

Trotz der Bemühungen der Friisk Foriining, für Friesisch das Heft selbst in die Hand zu nehmen und einmal wöchentlich ein zweistündiges Programm im **Internet** oder im **Offenen Kanal Westküste** zu senden, bleibt die Verpflichtung des NDR, hier für längere und häufigere Sendungen zu einem guten Sendezeitpunkt zu sorgen. Solange man im digitalen Satellitenfernsehen in Nordfriesland sorbische, bretonische, westfriesische, baskische Sendungen und Sendungen vieler anderer Minderheitensprachen sehen kann, darf der NDR eigentlich nicht ruhen, bis er endlich ein qualitativ gleichwertiges Angebot für Nordfriesisch einspeisen kann.

In politischer Hinsicht fordern wir die Landesregierung auf, schon jetzt in Verhandlung mit den anderen norddeutschen Sendern zu treten, um für die nächste Änderung des NDR-Staatsvertrags gewappnet zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Bericht ist mehr als nur eine Bestandsaufnahme dessen, was in den letzten vier Jahren geschehen ist. Er ist nicht zuletzt eine Handreichung und damit ein Stück Werkzeug für die weitere politische Arbeit mit der Umsetzung der Europäischen Sprachencharta. Dazu gehört ganz aktuell, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Kompetenzanalyse in Auftrag gegeben hat zum Thema „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen

Grenzland“. Dahinter steckt die These, dass die Minderheiten ein Alleinstellungsmerkmal der Grenzregion sind und somit auch einen sprachlichen und kulturellen Mehrwert für die Region ausmachen.

Im Mittelpunkt einer solchen Analyse steht mit anderen Worten die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen der Minderheiten. So eine Frage zu stellen ist aus meiner Sicht nicht nur interessant, sondern auch legitim. Sie kann dazu führen, dass die Bedeutung der Minderheitensprachen viel differenzierter betrachtet wird als vorher.

Das begrüßt der SSW ausdrücklich, weil dadurch auch deutlich wird, wie wichtig Dänisch und Deutsch als Minderheitensprachen für die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** sind.

Aber auch das **Friesische** gehört in diesen Kontext. Denn wer die Nordseekooperation ausbauen will, kommt um die friesische Sprache nicht herum.

Minderheitenpolitisch betrachtet geht es aber aus der Sicht des SSW darum, daran festzuhalten, dass die Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch einen anderen Stellenwert haben. Für die Minderheiten sind sie von existenzieller Bedeutung. Genau dies ist der Grund dafür, dass ich mich in meinem Redebeitrag auf die Bereiche Schule und Medien konzentriert habe.

Als Bürger dieses Landes wollen wir unsere sprachliche und kulturelle Kompetenz gern dem Land und der Grenzregion zugute kommen lassen. Wir sollten aber nicht vergessen, dass in den viel besungenen Bonn/Kopenhagener Erklärungen immer wieder darauf hingewiesen wird, dass Minderheiten- und Menschenrechte sozusagen zwei Seiten derselben Medaille sind.

Es geht also um nicht mehr und nicht weniger als um gelebte Demokratie. Und es geht - so ist es im Bericht nachzulesen; ich zitiere es - um „das unveräußerliche Recht der Menschen, sich im privaten und öffentlichen Leben ihrer eigenen Regional- oder Minderheitensprache zu bedienen“.

Die Zeit ist mir jetzt wieder einmal davongelaufen. Wie gesagt, gebe ich die deutsche Übersetzung nachher heraus. Den dänischen Spruch liefere ich das nächste Mal.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer den Bericht Drucksache 16/1400 federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Dann ist das so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Lokale Bündnisse für Familien in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1408

Ich erteile das Wort der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunehmend mehr Menschen engagieren sich in Schleswig-Holstein für die Belange von Familien und zunehmend spielen die Bündnisse für Familien eine wichtige Rolle in diesem Engagement. Nach dem Motto „Ein Bündnis für Familien ist immer auch ein Bündnis für die Zukunft“ sind inzwischen **15 lokale Bündnisse** in Schleswig-Holstein entstanden. Ganz aktuell ist die Stadt Brunsbüttel hinzugekommen. Für Segeberg ist ein Bündnis für den Herbst geplant und mit Sicherheit wird es nicht das letzte Bündnis in Schleswig-Holstein sein.

Die drängenden Probleme von Vereinbarkeit von **Familie und Beruf**, der Anspruch auf kinder- und familienfreundliche Umwelt, die Notwendigkeit, entlastende und unterstützende **Infrastrukturen für Familien** zu haben, der notwendige Einfluss auf die Arbeitswelt, dies und noch viel mehr sind Anknüpfungspunkte und Ausgangspunkte für vielerlei Aktivitäten der verschiedenen Bündnisse in Schleswig-Holstein.

Der vorgelegte Bericht zeigt die Vielfalt der **Bündnisaktivitäten**, er zeigt die breite Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen und Akteure vor Ort, und er zeigt, dass es unterschiedliche Profile der Bündnisse in Schleswig-Holstein gibt. Alle aber brauchen einen langen Atem. Sie brauchen Durchsetzungskraft, sie brauchen eine gute Vernetzung, auch hin zur Verwaltung und den politischen Mandatsträgern. Das alles brauchen sie, um Erfolg zu haben, und nichts bringt mehr Dynamik als Erfolg in die Bündnisse für Familien.

Wir können uns deshalb stellvertretend für viele Bündnisse mit dem Bündnis in der Region Flensburg freuen. Dieses Bündnis ist beispielsweise im Januar von der zentralen Stelle in Berlin als erfolgreiches Bündnis des Monats ausgewählt gewesen. Gewürdigt wurde insbesondere ein Pilotprojekt Känguru, das auf individuelle Kindertagesbetreuungsprobleme Rücksicht nimmt, das Notfallbetreuung organisiert und vieles andere mehr.

Bei einem meiner zahlreichen Besuche bei Bündnissen für Familien habe ich kürzlich in Elmshorn auch von anderen erfreulichen Erfolgen gehört. Dort wurden 18 Parkplätze für Familien in der Innenstadt eingerichtet, um ihnen das Leben zu erleichtern. Dort hat man sich erfolgreich eingesetzt für ein verkehrsberuhigtes Wohngebiet. Auch dort ist eine Kurzfrist-Kita-Betreuung in Planung, um Arztbesuche und Angelegenheiten der Familien miteinander kombinieren zu können, und dort wird ein Tag der offenen Sporthalle für Kinder eingerichtet, die in keinem Sportverein sind.

Die Arbeit all dieser Bündnisse zeigt: Ohne den Willen und die Offenheit vor Ort geht aber auch gar nichts. Die Akzeptanz und die Unterstützung tun Not. Deshalb ist es erfreulich, dass die Servicestelle auf Bundesebene seit Jahren erfolgreich und professionell die Bündnisse für Familien überall in Deutschland unterstützt und dieses auch mit Nachdruck in Schleswig-Holstein tut. Um ein Signal auf Landesebene zu setzen, haben wir ebenfalls eine Servicestelle im Ministerium eingerichtet, um die Aktivitäten zwischen der Bundesservicestelle und unseren eigenen lokalen Bündnissen zu verzahnen. Es ist eine kleine Stelle, aber gemeinsam können wir wirkungsvoll sein.

Was sind die Aufgaben dieser beiden Servicestellen? Es geht um Gründungsunterstützung, es geht auch um Werbung für neue Gründungen, es geht um gemeinsame Veranstaltungen, es gibt die Möglichkeit individueller Beratung, auch Hinweise auf **Förderungsmöglichkeiten**, im Einzelfall auch in kleinerem Umfang konkrete finanzielle Förderungen für eigene Aktivitäten. Es ist vom Ministerium eine Broschüre erstellt worden, in der sich alle lokalen Bündnisse für Familien präsentieren können. Für mich als Familienministerin ist es selbstverständlich, dass ich so oft wie nur möglich bei der Eröffnung von lokalen Bündnissen für Familien präsent bin, um ein deutliches Signal zu setzen, wie wichtig diese Bündnisse sind.

Nun kann man dies beschwören, aber es gibt zum Glück auch Unternehmen, die dieses belegt haben. Im Auftrag der bundesweiten Servicestelle hat die Prognos AG eine Studie gemacht und kommt zu

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

dem Ergebnis: Lokale Bündnisse rechnen sich. Sie rechnen sich, weil die Schlagkraft der beteiligten Partner durch die Vernetzung in einem lokalen Bündnis verbessert wird, die Durchsetzungskraft größer wird und damit die Rahmenbedingungen für Familien insbesondere in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der von den Fraktionen der SPD und CDU vorgelegte und beschlossene Antrag auf Bericht und die heutige Debatte sind ein nicht zu unterschätzender Teil der Anerkennung und der politischen Akzeptanz für die Arbeit von lokalen Bündnissen. Ich denke, von der heutigen Debatte sollte das Signal ausgehen: Machen Sie weiter so vor Ort, Sie haben den Rückenwind vom Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Ministerin und eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Frauke Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialministerium für die Erstellung des Berichts und die Beantwortung der im Antrag gestellten Fragen. 2003 wurden die lokalen Bündnisse für Familien vom Bund initiiert, sie hatten und haben die Zielsetzung, ganz allgemein familienfreundlichere Verhältnisse zu schaffen. Am 1. September 2006, so in der Großen Anfrage der CDU-Fraktion zur Familienpolitik nachzulesen, gab es in Schleswig-Holstein zwölf lokale Bündnisse für Familien. Laut Bericht der Landesregierung und des Berichts der Frau Ministerin sind es jetzt 15, exklusive des Modellprojektes „ChefSache Familie“, also 15 Bündnisse im Lande.

Die CDU-Fraktion freut sich besonders darüber, wie breit die lokalen Bündnisse angelegt, wie groß und vielfältig die Beteiligung der Bündnispartner ist. Erfreulich ist auch die enge **Vernetzung** und **Zusammenarbeit der lokalen Bündnisse** mit der örtlichen Jugendhilfe. Alle Bündnisse wollen familienunterstützend arbeiten und positive Lebensbedingungen für Familien schaffen. Das hört sich zunächst gut an, ist auch richtig, aber es ist wenig konkret. So haben es auch einige Bündnispartner empfunden, und sie haben in Fragebogenaktionen die Familien vor Ort gefragt, wie denn die **Lebensräume** familienfreundlicher werden könnten, was sich die Eltern konkret wünschen, und zwar in den

Bereichen unter anderem Betreuung der Kinder nach der Schule und während der Ferien, notwendige Betreuungszeiten in der aktuellen Lebenssituation, welche Hauptprobleme in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesehen werden wie auch im Bereich Pflege in der Familie und in der Infrastruktur der Region, zum Beispiel Angebote für Jugendliche. So will zum Beispiel das lokale Bündnis in der Region Schleswig-Flensburg sein Arbeitsprogramm an den Auswertungsergebnissen dieses Fragebogens ausrichten. Hier noch einmal mein Dank an die Frau Ministerin, die diese Fragebogenaktion auch finanziell unterstützt hat.

(Beifall bei CDU und SPD)

Auffallend an dem vorgelegten Bericht ist, dass die existierenden lokalen Bündnisse unterschiedliche **Schwerpunkte** setzen. Die Ministerin hat es schon dargestellt. Der Schwerpunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird allerdings von allen Bündnissen benannt. Wir stellen fest, unsere lokalen Bündnisse sind noch am Anfang, sie arbeiten aber mit großem Engagement, sie tun es ehrenamtlich, sie tun es für die Familien in den jeweiligen Regionen. Sie wissen, der Standortfaktor ihrer Region wird durch das Prädikat „familienfreundlich“ positiv beeinflusst.

Die lokalen Bündnisse - ich sagte es schon - stehen noch ganz am Anfang ihrer Arbeit. Das hervorragende Modellprojekt „ChefSache Familie“ dagegen ist fast beendet. Minister Austermann sagte in einer der letzten Plenartagungen, es würde weiterlaufen. Die Sicherheit, Herr Minister, ist noch nicht bei allen Partnern – zum Beispiel nicht bei den IHKs – angekommen. Dort wird befürchtet, dass das ursprüngliche Konzept nicht fortgeführt wird. Das wäre bedauerlich, denn alle beteiligten Betriebe – es waren noch nicht so furchtbar viele – haben das Konzept als außerordentlich hilfreich bezeichnet und würden sich wünschen, dass es weitergeführt wird.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Einrichtung der Servicestelle im Ministerium als „Overhead“ und hofft auch insofern auf eine gute Entwicklung. Wir verfolgen die Arbeit der lokalen Bündnisse mit großem Interesse und hoffen auf eine substantielle Weiterentwicklung. Wir unterstützen und erkennen die Arbeit der lokalen Bündnisse an.

Aus der Region Flensburg weiß ich, welche Hürden noch genommen werden müssen. Bei allem Engagement und der Bereitschaft, ehrenamtlich zu arbeiten, ist - im Ausschuss müssen wir überlegen, wie wir das machen können - doch auch über eine gewisse finanzielle Ausstattung nachzudenken. So

(Frauke Tengler)

sagte mir eine hochmotivierte Initiatorin des Bündnisses in der Region Flensburg: Wir haben ja noch nicht einmal Briefmarken.

Meine Damen und Herren, arbeiten wir weiterhin mit dem und für die lokalen Bündnisse!

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Frauke Tengler. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun die Frau Abgeordnete Ulrike Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum ein Politikfeld hat in der Prioritätenliste jemals innerhalb so kurzer Zeit einen solchen Sprung nach oben gemacht, wie es derzeit die Familienpolitik tut. In der Vergangenheit lief sie meistens unter dem Sammelbegriff „Gedöns“ als weniger wichtiges Sondergebiet im großen Aufgabenbereich der Sozialpolitik. Die Notwendigkeit eines eigenen Bundesfamilienministeriums, unabhängig vom Sozialministerium, wurde oft in Zweifel gezogen. Das hat sich Gott sei Dank geändert. Familienpolitik ist heute eine der großen **Querschnittsaufgaben**. Sie ist die Schnittstelle der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik, des Bildungssystems, der Gleichstellung, der Jugendförderung und der Zukunftssicherung. Familien - das heißt für uns: alle Haushalte, in denen ein oder mehrere Kinder leben - brauchen die Unterstützung der gesamten Gesellschaft, manche mehr, manche weniger.

Massenarbeitslosigkeit betrifft überwiegend **Frauen**. Wer dafür eintritt, dass Frauen und Männer den gleichen ungehinderten Zugang zur Berufstätigkeit haben, muss die Möglichkeit schaffen, dass Berufstätigkeit und Kindererziehung miteinander vereinbar werden.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für Alleinerziehende ebenso wie für in Partnerschaft Lebende.

Das Problem ist nicht, dass die öffentlichen Hände zu wenig Geld für die Förderung der Familien aufwenden würden. Nach sehr zurückhaltenden Berechnungen werden in Deutschland jährlich deutlich über 100 Milliarden € für Familien ausgegeben. Die mit diesem Geld verbundenen Leistungen sind aber unzureichend vernetzt und erreichen ihre Adressaten nicht immer. Bei der Verwaltung der Transferleistungen sollen die Familienbüros es den Eltern ersparen, von Pontius zu Pilatus zu laufen,

um sich das Geld abzuholen, das ihnen aus den verschiedenen Töpfen zusteht.

Aber Familienpolitik muss mehr sein als das Ausleeren des finanziellen Füllhorns. Sie muss eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** sein, an der Bund, Länder, Gemeinden, öffentliche Einrichtungen, Wirtschaft, private Einrichtungen, gesellschaftliche Verbände und Einzelpersonen beteiligt sind. Kurz- und langfristige Betreuungsangebote, Frühförderung, Vermittlung von Sprach- und Sozialkompetenz, familienkompatible Arbeitszeiten und Verkehrswege, aber auch der respektvolle und verantwortungsbewusste Umgang mit Senioren und Seniorinnen – all das lässt sich vernetzt besser organisieren. Daher ist die Initiative der früheren Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, bundesweit die Gründung von lokalen Bündnissen für Familien angeregt zu haben, von denen es nach dem aktuellen Stand der Dinge bereits 405 gibt, nicht hoch genug einzuschätzen.

Wir haben vor wenigen Wochen unser Familienministerium gebeten, uns über den **aktuellen Stand** in Schleswig-Holstein Bericht zu erstatten. Ich danke der Frau Ministerin und ihren zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den jetzt vorgelegten Bericht, der Auskunft gibt über 13 Bündnisse, die in den ersten Kreisen aktiv sind. Inzwischen sind es ja, wie wir gerade vernommen haben, 15 Bündnisse. Dazu kommt in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen das Projekt „ChefSache Familie“. Dieses ist übrigens von den Gleichstellungsbeauftragten initiiert worden. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang einmal bitten, darüber nachzudenken, ob es nicht in Zukunft überhaupt eine Aufgabe der **Gleichstellungsbeauftragten** sein kann, Bündnisse für Familie aktiv zu begleiten.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich habe in den vergangenen Monaten nahezu alle Bündnisse besucht und Informationsgespräche geführt. Die **Strukturen der Bündnisse** sind unterschiedlich; die Zeit die ihnen zum Sammeln von Erfahrungen zur Verfügung stand, ist ebenfalls nicht bei allen identisch. Auch wenn die Ausstattung und damit die Arbeitsintensität nicht überall vergleichbar ist, denke ich, dass an jedem Standort wichtige Maßnahmen zur Familienförderung ergriffen werden konnten. Beispielhaft seien die Bündnisse in Flensburg und in Schleswig-Flensburg, aber auch in Kiel genannt. Ganz wichtig dabei ist die Einrichtung der Servicestelle für die lokalen Bündnisse im Familienministerium, die mit dem bundesweiten Servicebüro eng zusammenarbeitet.

(Ulrike Rodust)

(Beifall bei der SPD)

Es wäre sehr wünschenswert, wenn wir auch in den **Regionen**, in denen die Strukturen noch etwas mager sind, zur Einrichtung von lokalen Bündnissen gelangen könnten. Ich schlage vor, dass wir den Bericht der Landesregierung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung überweisen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Ulrike Rodust. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die letzte französische Sozial- und Familienministerin hat einmal auf die Frage, warum die Familienpolitik in Frankreich in den letzten Jahren so viel Erfolg hat, geantwortet: Das Rezept ist ganz einfach. Überall dort, wo es normal ist, Kinder zu haben, kommen auch noch welche hinzu.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das, weil ich mich an dieser Stelle zunächst einmal im Namen der FDP-Fraktion ganz herzlich bei all denjenigen Beteiligten bedanken möchte, die die Familienbündnisse in Schleswig-Holstein unterstützen. Das sind engagierte Bürgerinnen und Bürger. Genauso stellt man sich nämlich bürgerschaftliches Engagement vor. Das findet dort vor Ort ganz konkret statt.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Familie ist die soziale Mitte unserer Gesellschaft. Wenn die Politik zu Recht erwartet, dass Menschen in ganz unterschiedlicher Konstellation füreinander einstehen und Verantwortung füreinander übernehmen, dann muss die Politik natürlich auch dafür sorgen, dass die Menschen genau das auch können, was wir von ihnen verlangen. Das bezieht sich sowohl auf die Verantwortungsgemeinschaften, in denen Kinder sind, bezieht sich aber auch – Frau Tengler, Sie haben das angesprochen – auf Verantwortungsgemeinschaften, in denen beispielsweise pflegebedürftige Angehörige betreut werden.

Ob sich Familien wohlfühlen, entscheidet sich dort, wo sie leben und arbeiten. Es hängt davon ab, welches Umfeld sie vorfinden. Das Wohnumfeld beispielsweise gestalten die **Kommunen**. Sie stellen Betreuungsangebote, Kultur- und Freizeiteinrich-

tungen zur Verfügung. Die **Unternehmen** schaffen vor Ort die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz und sind gleichzeitig auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. Dazu sage ich nur: Herr Wirtschaftsminister, vielleicht wäre an dieser Stelle einmal ein deutlicher Wink in Richtung IHK Lübeck angebracht, was die Fortsetzung der „Chef-Sache Familie“ oder auch des Familienbündnisses in Lübeck anbelangt.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade weil Unternehmen auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind, muss die Frage beantwortet werden, wie Lebensbedingungen vor Ort eigentlich gestaltet werden können, wenn es gesellschaftliches Ziel ist, Familien zu fördern. Partner hierbei sind die Kommunalpolitik, Arbeitgeber, Vereine und natürlich die Familien selbst. Kurz: Es sind alle gesellschaftlichen Kräfte vor Ort. Ob es sich um flexible Arbeitsmöglichkeiten, Kinderbetreuung, Freizeitgestaltung, Wohnmöglichkeiten und Verkehrsanbindung, Bildung und Gesundheit handelt – all dies sind Elemente, die, um es einmal salopp zu formulieren, einfach stimmen müssen, wenn wir dem Ziel näherkommen wollen, ein familienfreundliches Klima zu schaffen. Eins dabei ist auch wahr: Es muss nicht alles neu erfunden werden; oftmals ist es nur notwendig, bereits vorhandene Angebote sinnvoll miteinander zu verknüpfen und diese dann zu unterstützen.

Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht gibt einen Eindruck über die verschiedenen Initiativen vor Ort und macht deutlich, dass wir in Schleswig-Holstein bei Weitem nicht am Anfang stehen. In vielen Kommunen gab es bereits vor der offiziellen Bezeichnung „Bündnis für Familie“ verschiedene Zusammenschlüsse, Vereine und Initiativen, die sich genau mit dieser Fragestellung ganz pragmatisch auseinandergesetzt haben, sei es bei der Anpassung der Öffnungszeiten von Kitas an die Arbeitszeiten und Anforderungen der örtlichen Betriebe, sei es bei gemeinsamen Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche in den Ferien: Gestaltet wurde vor Ort bereits, bevor es lokale Bündnisse gab.

Neu ist jetzt, dass Bundes- und Landespolitik durch verschiedene Hilfestellungen versuchen, dieses **bürgerschaftliche Engagement** vor Ort besser zu unterstützen, zum Beispiel durch eine zentrale Servicestelle, die den lokalen Bündnissen beratend zur Seite steht.

Denn die Erfahrungen der lokalen Bündnisse für Familien liefern eine erstaunliche Antwort auf die

(Dr. Heiner Garg)

von mir gestellte Ausgangsfrage und das war die Antwort, die die bereits erwähnte französische Familienministerin gegeben hat. Weil es so wichtig für unsere weitere Politik ist, will ich die gern noch einmal geben: Wo es normal ist, Kinder zu haben, kommen noch welche hinzu. - Es wird als hilfreich empfunden, wenn Familien vertraute Ansprechpartner um sich haben, die ihnen Rat geben können.

Der Bericht zeigt aber, dass noch einiges getan werden muss. Denn viele der Ziele, die sich einzelne **Initiativen** gesetzt haben, sind bislang nicht erreicht worden oder konnten bislang noch nicht erreicht werden. Einige Kommunen befinden sich heute immer noch in Planungsphasen und diese Planungsphasen dauern manchmal schon seit Jahren an. Andere Kommunen haben in der Zwischenzeit ganz praktische Lösungen erarbeitet, von der Ausweisung spezieller Familienparkplätze, wie in Elmshorn, bis hin zur Einrichtung einer Notfallbetreuung für Kinder, wie beispielsweise in Flensburg.

Frau Ministerin, Sie sehen sich hierbei in der Rolle des Moderators, um Kommunen zu mobilisieren. Ich sage das an dieser Stelle noch einmal, weil ich wirklich Sorge habe, dass in Lübeck etwas scheitert, was eigentlich auf gutem Weg war und was die meisten Beteiligten auch angenommen haben und fortsetzen wollen. Ich bitte Sie, dass Sie es nicht nur bei Ihrer Präsenz bei der Eröffnung belassen, sondern dass Sie sich insbesondere in Lübeck noch einmal ganz gezielt dahinterklemmen, dass etwas daraus wird.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. Gerade dieses Thema ist es wert, dass wir uns dauerhaft damit beschäftigen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich auf der Besuchertribüne herzlich Mitglieder der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus aus Elmshorn und Umland herzlich begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lokale Bündnisse für Familien sind eine gute Sache. Sie setzen dort an, wo die konkreten Probleme vor Ort auftauchen. Sie setzen auf individuelle Lösungen und beziehen Familien, Behörden, Arbeitgeber und Anbieter von familienunterstützenden Dienstleistungen in ihr Konzept ein. Maßnahmen können relativ schnell entwickelt und umgesetzt werden, wenn man sich vor Ort einig ist. Und die Erfolge sind unmittelbar spürbar.

Der Erfolg dieser Projekte ist unmittelbar an das Engagement vor Ort gebunden. Wir haben es gerade aus Lübeck gehört. Frau Birk bittet mich, noch einmal darauf hinzuweisen. Wo Bündnisse entstanden sind und jetzt wieder zurückgefahren werden, muss die Landesregierung handeln, sich engagieren, nachbohren und nachfragen. Es gibt hier einen guten Kontakt zum ehemaligen Wirtschaftsminister Rohwer. Den kann man auch einmal nutzen.

Projekte werden ausprobiert. Wenn sie sich bewähren, werden die Erfahrungen weitergetragen. So werden Lösungsstrategien entwickelt. Nachahmer sind willkommen.

Die Bundesregierung wirbt für diese Bündnisse - sie hat das Ganze ja initiiert -, es wird motiviert zum Mitmachen, es werden Mittel verteilt mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds.

Wie die Landesregierung die **Bündnisse in Schleswig-Holstein** unterstützt, wird in dem vorliegenden Bericht deutlich. Ich freue mich, dass es inzwischen 15 lokale Bündnisse gibt.

Aber es gibt auch „weiße Flecken“ in Schleswig-Holstein, einen Gürtel, der einmal quer durchs Land geht: Ostholstein, Dithmarschen, Steinburg und bisher auch Segeberg - das scheint sich zu ändern - haben bisher kein Bündnis geschaffen. Hier ist es natürlich die Aufgabe der Landesregierung, mithilfe der eingerichteten Servicestelle zum Mitmachen zu motivieren und für Bündnisse vor Ort zu werben.

Auch in den aktiven Kreisen sind die Aktivitäten sehr unterschiedlich und konzentrieren sich teilweise zu sehr auf den städtischen Bereich. Wir wünschen uns diese Bündnisse flächendeckend, weil sie auch für den ländlichen Bereich eine gute Antwort sind. Wir hoffen, dass es mithilfe der Servicestelle gelingt, das begonnene Engagement vor Ort auszubauen und die Lust auf Eigeninitiative weiter zu steigern.

Richtig ist die Aussage, dass es nicht funktioniert, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu sagen, was sie tun sollen. Richtig ist aber auch, dass die

(Monika Heinold)

Landesregierung mit dafür verantwortlich ist, dass gleiche Lebensbedingungen für alle Kinder in Schleswig-Holstein gewährleistet sind. Deshalb ist es richtig, dass die Servicestelle des Ministeriums informiert, berät und vernetzt. Dazu gehörten unserer Meinung nach mehr als einmal im Jahr tagende Arbeitskreise.

Wir begrüßen die Broschüre mit den Best-Practice-Beispielen, weil sich daran auch andere orientieren können, und es ist richtig, daraus eine Art Leitfaden zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, wer Familienfreundlichkeit ernst nimmt, muss Familienfreundlichkeit endlich auch als handfesten **Standortfaktor** bewerten und benennen. Für junge Menschen ist es bei der Wohnortwahl zunehmend wichtig zu schauen, ob die entsprechende Infrastruktur vor Ort vorhanden ist. Unternehmen fangen an zu begreifen, dass Familienfreundlichkeit ein Plus im Kampf um Fachkräfte ist, die uns ja zukünftig fehlen werden, und es eine gute Möglichkeit ist, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere Frauen, langfristig an das Unternehmen zu binden. Auch Kommunen realisieren, dass sie zunehmend den Eltern Angebote machen müssen, damit es die Familien schaffen, durch den Tag kommen.

Frau Ministerin, ich freue mich, dass Sie in Ihrem Bericht darauf hingewiesen haben, dass auch die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren eine Maßnahme innerhalb der lokalen Bündnisse sein kann. Ich werte das als Unterstützung für unseren Landtagsantrag, der sich ja noch in der Beratung befindet. Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Schaffung eines lebenswerten Umfeldes für **Familien** in Schleswig-Holstein.

Ich hoffe, dass wir es schaffen, die unterschiedlichen Initiativen, Wünsche und Vorstellungen, die wir haben, vor Ort zu bündeln, damit wir nicht wieder parallel zueinander sehr viele unterschiedliche Hilfestrukturen aufbauen. Für Familien muss vor Ort erkennbar sein, wo sie Hilfe bekommen, wie sie Hilfe bekommen. Dies muss niedrigschwellig sein. Wenn das durch viele Initiativen vor Ort, viel Engagement und **Ehrenamt** vor Ort ergänzt wird, dann ist das eine gute Sache und verdient zu Recht die Unterstützung des Landes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Monika Heinold. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sozialministerin hat mit Ihrem Bericht ein umfangreiches Kompendium des ehrenamtlichen Engagements für Familien in Schleswig-Holstein vorgelegt. Die Akteure beweisen sehr eindrucksvoll, wie viel Ideenkraft vor Ort vorhanden ist. Sie wissen nicht nur genau, wo den **Familien** der Schuh drückt, sondern entwickeln auch viele neue Ideen, um deren **Lebenssituation** zu verbessern. Ich würde mir wünschen, wenn alle, die sich um die Wünsche und Interessen von Familien kümmern, diesen Bericht als eine Ideenbörse betrachten würden. Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden, anderenorts liegen bereits Ideen und in vielen Fällen auch Erfahrungsberichte vor. Der SSW versteht deshalb den Bericht nicht nur als Arbeitspapier für das Parlament, sondern auch als Handreichung für die Praxis. Das ist mehr, als man von den meisten Berichten sagen kann. Deshalb bedanke ich mich ausdrücklich für den hervorragenden Bericht.

Doch ich warne ausdrücklich davor, den durchweg positiv dargestellten Stand der Arbeit der lokalen Bündnisse entweder als Startschuss für eine schleichende Aushöhlung professioneller **Strukturen** zu benutzen und damit Ehrenamtler auszubeuten oder die lokalen Bündnisse als Ersatz für eine engagierte Frauenpolitik zu missbrauchen. Ich möchte beide Punkte erläutern.

Zunächst zur Ausbeutung: Ehrenamtliches Engagement - so beklagen viele Vereine, wie zuletzt die Feuerwehren - sei in unserer Gesellschaft immer schwerer zu organisieren.

Das steht übrigens im krassen Gegensatz zu der Behauptung im Bericht, dass immer mehr Menschen Verantwortung übernehmen würden. Das Gegenteil ist der Fall: Immer weniger Menschen engagieren sich. Das überlassen sie lieber anderen. Wenn dann die Wenigen, die sich in Initiativen engagieren, mit Aufgaben überlastet werden, ist eben das ein hervorragender Vorwand für alle anderen, sich gar nicht erst zu beteiligen. Darum erachte ich es als besonders wichtig, ehrenamtliches Engagement staatlicherseits zu unterstützen. Das wertet die Arbeit auf, steigert das Prestige und stabilisiert die Arbeit.

Das Haus der Familie in Flensburg bietet vielen Selbsthilfegruppen eine Plattform, angemessene Gruppenräume und nicht zuletzt die Möglichkeit des gegenseitigen Austauschs. Die Landesregierung muss sich überlegen, wie sie eine entsprechende Unterstützung der lokalen Bündnisse organisiert. Die Ministerin schreibt selbst, dass es nicht nur um

(Lars Harms)

Geld und um finanzielle Unterstützung geht. Aber es geht eben auch nicht nur um die - ich zitiere - „gemeinsame Umsetzung guter neuer Ideen“. Die neue **Servicestelle im Ministerium** ist gut, aber - das sage ich ganz deutlich - nicht ausreichend als substanzieller Überbau aller Initiativen.

Mir ist noch das Beispiel des „Flensburger Schutzengels“ in guter Erinnerung. Das Projekt wurde vom Sozialministerium in vielen Drucksachen gelobt. Es ist sogar schon bundesweit ausgezeichnet worden. Trotzdem gab es zwischendurch massive finanzielle Probleme, weil sich die Lobenden nicht dauerhaft an dem Projekt beteiligen wollten. So etwas darf sich nicht wiederholen.

Ich bin sehr gespannt auf die Debatte zum Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zum Kinderschutz und die darin hoffentlich enthaltene Finanzierungsgrundlage - beispielsweise für ein „Landesprogramm Schutzengel“. Das werden wir ja im nächsten Monat besprechen.

Zur Deprofessionalisierung - welch ein Wort -: Der SSW hat bereits in der Vergangenheit wiederholt darauf hingewiesen, dass soziale Arbeit ausreichend personell ausgestattet und solide finanziert werden muss. Im Einzelfall mögen Stundenverträge mit angelernten Kräften ausreichend sein. Aber das kann nicht die Regel sein. Die Selbstausbeutung mancher Berufe sollte nicht als Selbstverständlichkeit in Landesprogramme hineingeschrieben werden.

Ich möchte hier kein Wasser in den Wein gießen, aber nachdrücklich auf das zentrale Anliegen aller Bündnisse hinweisen: die Schaffung **familienrechtlicher Strukturen**. Was für die **Familienbildungsstätten** gilt, muss auch für die **lokalen Bündnisse** gelten: Familienpolitik braucht Profis.

Wenn, wie in Nordfriesland, **Unternehmen** durch das Bündnis individuell beraten werden sollen, muss das durch **qualifizierte Berater** geschehen, die dann selbstverständlich von anderen Aufgaben befreit werden. Die Kammern und die Kreishandwerkerschaft arbeiten im Bündnis mit und können das entsprechende Know-how bereitstellen. Wenn die Mitarbeiter in die Betriebe gehen, muss die Finanzierung dieser zusätzlichen Aufgabe gewährleistet sein. Der wachsende Facharbeitermangel zwingt einzelne Betriebe bereits heute zur Einführung familienfreundlicher Arbeitszeiten, um die qualifizierte Mutter oder den qualifizierten Vater im Betrieb zu halten - sofern es keine arbeitszeitdeckende Betreuung in Kitas gibt. Doch dabei benötigen die Unternehmer Unterstützung. Da helfen keine Broschüren, sondern da hilft nur tatkräftige

Hilfe bei der Änderung betrieblicher Abläufe. Hier müssen Profis ans Werk, die die Unternehmen beraten.

Professionelle Arbeit muss solide finanziert werden; darüber besteht sicherlich Konsens. Ich würde mir wünschen, dass wir möglichst bald über einen Finanzierungsplan aller familienfreundlichen Maßnahmen, abseits der zahlreichen Projekte, diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein Handlungskonzept, eine Familienpolitik aus einem Guss, hat der SSW bereits mehrfach angemahnt. Ich glaube, das ist der einzige Weg, den wir gehen können. Der Bericht ist klasse, weil sehr viel drinsteht. Wir müssen jetzt jedoch die Maßnahmen in einen Handlungsplan überführen. Das ist ganz wichtig. Für mich - das möchte ich ausdrücklich sagen - ist gute Familienpolitik kein Ersatz für eine gute **Gleichstellungspolitik**, die das Thema „Frauen in Beruf und Gesellschaft“ betrifft. Es ist auch kein Ersatz für die Angebote und planrechtlichen Regelungen, die wir brauchen, um unsere Kinder schützen zu können. Das sind zwei Baustellen, die miteinander verzahnt sind, aber durchaus eigene Politikfelder darstellen. Deshalb müssen wir alle drei Politikfelder - Gleichstellung der Frau, Kinderschutz und Familienförderung - gemeinsam angehen, gleichzeitig aber sehen, dass das einzelne Politikfelder sind.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Bitte achten Sie auf die Einhaltung Ihrer Redezeit, Herr Kollege.

Lars Harms [SSW]:

Ich komme zu meinem letzten Satz. - Abschließend möchte ich mich, ebenso wie alle meine Vorredner, bei den Bündnissen für die Familien bedanken. Was dort an ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird, das ist einfach hervorragend.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe daher die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer den Bericht Drucksache 16/1408 dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung überweisen will, den bitte ich um ein Handzeichen. Dann haben wir so beschlossen.

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 10 und 16 auf, die zur gemeinsamen Beratung anstehen:

Gemeinsame Beratung

a) Auswirkungen des G-8-Gipfels auf die Sicherheitslage in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1402

b) G 8 - Für Demonstrationsfreiheit und nachhaltige Entwicklung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1423

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag ist ein mündlicher Bericht im Rahmen der heutigen Sitzung erbeten worden. Ich bitte Sie also zunächst, diesem Berichtsantrag zuzustimmen. Wer den mündlichen Bericht jetzt hören möchte, der hebe bitte die Hand. - Wunderbar. Dann haben wir so beschlossen.

Ich erteile Herrn Innenminister Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Wochenende haben in **Rostock** weit mehr als 20.000 Menschen friedlich ihr demokratisches Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen. Leider haben aber auch sogenannte „Autonome“ - lassen Sie mich besser sagen: verummte Gewalttäter - in erschreckend großer Zahl massive **gewalttätige Ausschreitungen** begangen. Auch heute ist die Lage wieder außerordentlich schwierig; gerade zur gegenwärtigen Stunde ist das der Fall. Ich denke, wir sind uns alle darin einig, dass wir massive Ausschreitungen und Gewaltanwendungen einhellig und in aller Schärfe verurteilen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von den über 400 verletzten **Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten** waren 21 Angehörige der schleswig-holsteinischen **Landespolizei**, die aber glücklicherweise nur leicht verletzt worden sind. Ich wünsche von dieser Stelle den Beamtinnen und Beamten eine rasche Genesung, verbunden mit der

Hoffnung, dass es im weiteren Einsatzgeschehen möglichst keine Verletzten gibt.

Lassen Sie mich im Folgenden kurz auf die Fragestellung in den Anträgen eingehen und im Nachgang ein paar grundsätzliche Anmerkungen zum Thema „**Sicherheit und Demonstrationsrecht** beim G-8-Gipfel“ machen.

Wie im gesamten Bundesgebiet, so ist es auch in Schleswig-Holstein im Vorfeld der Vorbereitungen zum G-8-Gipfel zu verschiedenen Straftaten gekommen. 400 Straftaten sind bundesweit registriert worden, davon 25 Brandanschläge, wovon 14 in Schleswig-Holstein stattfanden. Die meisten **Straftaten** waren Farbschmierereien. Es gab auch Desinformationsschreiben mit gefälschtem Briefkopf des Innenministeriums und anders mehr. Auch während des Gipfeltreffens selbst ist mit entsprechenden Straftaten, insbesondere in der Metropolregion Hamburg, zu rechnen.

Die Ereignisse vom Wochenende in Rostock haben auch die vorangegangenen Lageeinschätzungen bestätigt. Sämtliche Aktivitäten gewaltbereiter **Linksextrémisten** haben sich auf Rostock konzentriert. Schleswig-Holstein war nach dem Verbot einer **NPD-Demonstration** in Schwerin lediglich durch eine spontane Demonstration in Lauenburg betroffen, wobei es jedoch keine ernsthafte Gefährdung der Sicherheit gegeben hat.

Die Planungen der schleswig-holsteinischen **Landespolizei** waren darauf ausgerichtet - wie sich das gehört -, in föderaler Solidarität die Nachbarn zu unterstützen. Dabei war immer klar, dass wir im Zweifelsfall die innere Sicherheit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten haben, was bedeutet, dass zur Not Polizeibeamte zu verlegen wären. Wir haben auch drei Einsatzhundertschaften in Reserve, die zur Not in Schleswig-Holstein eingesetzt werden könnten. Bei Ad-hoc-Lagen muss man das ja auch tun.

Wir haben übrigens auch heute wieder Anforderungen abgelehnt, weitere Polizeibeamte nach Mecklenburg-Vorpommern zu schicken, weil das über das Maß der 1.000 hinaus, die vor Ort bereits im Einsatz sind, nicht vertretbar ist. Übrigens gibt es neben diesen Beamten auch noch 400 ehrenamtliche **Katastrophenhelferinnen und -helfer** für flankierende Maßnahmen.

Wir haben durch ein flexibles Dienstplanmanagement in der Unterstützungsphase dafür gesorgt, dass die erforderliche **Präsenz im Land** da ist. Die zu erbringenden Mehrarbeitsstunden werden auf circa 140.000 geschätzt. Es ist beabsichtigt, den Polizeikräften, die für den Einsatz in Heiligendamm

(Minister Dr. Ralf Stegner)

abgestellt sind und dort eine schwere Arbeit zu leisten haben, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten und im Rahmen dessen, was aus Mecklenburg-Vorpommern bezahlt wird, die **Mehrarbeitsstunden** zu vergüten.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

- Ich denke, das verdient in der Tat Ihren Applaus; und ich meine, es ist wirklich eine Selbstverständlichkeit, dass wir dies tun.

(Beifall)

Lassen Sie mich aber jenseits dieser Überlegungen - das sage ich auch mit Blick auf die Debatte, die heute in der Aktuellen Stunde geführt worden ist - im Folgenden noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen, von denen ich meine, dass diese in der gegenwärtigen Debatte notwendig sind.

Erstens: Es gibt in unserem Land das Recht auf **freie Meinungsäußerung** für jeden. Es muss in Deutschland beides gewährleistet sein: Es muss gewährleistet sein, dass, wenn ausländische Staatsgäste zu einem Gipfel da sind, ein solcher Gipfel ungestört über die Bühne gehen kann, und es muss gleichzeitig gewährleistet sein, dass **friedliche Demonstrationen** zulässig und möglich sind.

Zweitens: Das Recht auf friedliche Demonstrationen schließt nach meiner Auffassung **Vermummung** und **Gewalt** aus.

(Beifall - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP]: Richtig!)

Wer Polizeibeamte und wer Demonstrationsteilnehmer angreift und mit Gewalt bedroht, ist ein Straftäter und muss mit aller Konsequenz verfolgt werden.

(Beifall)

Im Übrigen ist es mein Verständnis vom **Rechtsstaat**, dass diese Polizeibeamten nicht für die Macht des Staates stehen, sondern für das Recht. Sie verteidigen sowohl die ungestörte Durchführung von Veranstaltungen als auch das Recht auf friedliche Demonstrationen. Das gilt übrigens für alle friedlichen Demonstrationen, das gilt ja sogar für Demonstrationen von Nazis. Deshalb - finde ich - muss das auch gesagt werden, dass beides der Fall ist.

Ich habe in den letzten Tagen mehrmals gehört, dass sich Menschen zu polizeitaktischen und polizeilichen Maßnahmen äußerten. Die werden situationsabhängig von erfahrenen Polizeiführungs- und -einsatzkräften vor Ort entschieden. Natürlich muss man solche **Einsätze** im Nachhinein bewerten und analysieren. Natürlich gibt es eine **politische Ver-**

antwortung dafür. Natürlich gibt es auch Fehler, wo Menschen handeln.

Was unsere Polizei aber braucht, ist materielle und politische Unterstützung. Was sie nicht braucht, sind unpraktikable Schreibtischratschläge oder Interviewexperten, die über Gummigeschosse, GSG-9-Einsätze oder Bundeswehreinätze reden.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind nämlich die Polizeibeamten, die ihren Kopf vor Ort hinhalten müssen und ihre Gesundheit riskieren. Sie sind es, die beurteilen können, wie dort vorgegangen werden soll. Und ich habe da ein hohes Vertrauen in sie - gerade auch in die schleswig-holsteinische Polizei, die exzellent vorbereitet und ausgebildet ist. Ich glaube auch - nehmen Sie mir das nicht übel, ich weiß, andere sehen das ganz anders -, dass Einschränkungen des Rechts auf friedliche Demonstration nicht mehr Sicherheit bringen, sondern weniger Sicherheit, weil dann die Polizisten die Leidtragenden sind

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und weil man es dadurch manchmal geradezu attraktiv für **Gewalttäter** macht, weil sie glauben, sie kriegen dann die entsprechende Medienpräsenz. Je mehr friedliche Demonstranten, um so schwieriger ist es für Gewalttäter, die eine kleine Minderheit sind, sich durchzusetzen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich sage auch in allem Ernst: Auch die Veranstalter friedlicher Demonstrationen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Es gibt gute Gründe, gegen globale Armut, gegen Hunger, gegen Kriege, gegen Umweltzerstörung, gegen Ausbeutungsverhältnisse und auch gegen das eine oder andere, was es an internationalem Finanzkapital und dessen Folgen gibt, zu demonstrieren. Es ist aber falsch, friedliche Demonstranten und vermummte Straftäter in einen Topf zu werfen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade deshalb müssen sich die Organisatoren solcher Veranstaltungen glasklar und eindeutig in Wort und Tat von Gewalttätern und geistigen Brandstiftern distanzieren.

(Beifall)

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Weder der **schwarze Block** noch die Nazis sind Verbündete der Gipfelgegner. Verbündete sind die Polizeibeamten, die ihr Recht auf friedliche Demonstration sichern sollen. Das sind die wirklichen Verbündeten in dieser Situation.

Lassen Sie mich auch etwas zur Debatte um die Deeskalation sagen. Es gibt keine vernünftige Alternative zur Deeskalation. Denn **Deeskalation** heißt nicht Schwäche, heißt nicht Willfährigkeit, heißt nicht Defensive, sondern Deeskalation heißt friedliche Demonstrationen zuzulassen, Kontrollen durchzuführen und gegen Gewalt konsequent einzuschreiten. Es ist keine Provokation, wenn irgendwo ein Polizeiauto steht. Es ist eine Frechheit, das so darzustellen. Das ist eine Schutzbehauptung für Gewalttaten an anderer Stelle.

(Beifall)

Und **Genua**, der G-7-Gipfel damals, lehrt, dass der Gegensatz dazu, wenn auf friedliche Demonstrationen eingepregelt würde, kontraproduktiv ist und bewirkt, dass sich dann diejenigen mit Gewalttätern solidarisieren, von denen wir das eben genau nicht wollen. Wir wollen, dass sie in die Minderheit gedrängt werden, dass sie ausgegrenzt werden, weil Gewalt kein zulässiges Mittel von Protest ist. Im Übrigen schadet es auch denjenigen, die inhaltlich etwas bewirken wollen, weil dann eben nicht über Hunger oder Umweltzerstörung geredet wird, sondern weil dann über die Gewalt von Chaoten gegen Polizeibeamte geredet wird. Das ist falsch. Und deshalb sage ich, es gibt keine vernünftige Alternative zur Deeskalation. Unsere Polizeibeamten in Schleswig-Holstein sind auch genauso ausgebildet, dass sie das immer als Ziel verfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Großveranstaltungen wie der **G-8-Gipfel** in Heiligendamm müssen mit großem Aufwand gesichert werden. Das ist notwendig und an sich nicht kritikwürdig. Kritikwürdig und fraglich ist aber, ob es so schlau ist, Orte auszuwählen, an denen man weder die Sicherung vernünftig durchführen, noch friedlich vernünftig demonstrieren kann. Das ist nicht besonders klug, aber das Kind ist jetzt im Brunnen. Das ist aber ein Punkt. Die Spirale des immer größer werdenden **Sicherheitsaufwandes**, immer mehr Polizeibeamte, immer mehr Kosten, immer mehr Medienaufregung, lässt einen schon fragen, ob man nicht am Ende zu dem Eindruck kommt, der Staat schützt sich vor seinen Bürgern. Ich glaube, das ist keine Sache, die man ad infinitum fortsetzen kann. Die Weltprobleme müssen diskutiert werden, aber wir müssen Wege finden, dass das nicht diese Form von Spektakel annimmt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich als Vorletztes, als Beleg meiner These, dass es nicht Polizei allein ist, sagen: Bei der Fußballweltmeisterschaft, die ich damit nicht vergleichen will, gab es viele Beschwörungen im Vorwege, was da alles passieren wird. Es gab viele **Sicherheitsmaßnahmen**, aber es hat sich Zweierlei gezeigt: Die Mehrheit der Menschen in diesem Land, Millionen von Menschen, haben nicht nur den Rechtsextremisten die Fahnen entrissen - nach dem Motto: als ob das deren Monopol sei -, sondern sie haben gezeigt, dass sie friedlichen Sport haben wollen und fröhliche Veranstaltungen mit fröhlichen Polizeibeamten. Das heißt, Gewalttäter hatten in dieser Situation überhaupt keine Chance. Man kann das nie ausschließen, aber die Mehrheit der Bevölkerung hat gezeigt, was sie will. So ist es auch hier. Ich glaube, je mehr Menschen sich friedlich engagieren, umso schwieriger ist es für die kleine Minderheit, die etwas anderes will, sich durchzusetzen. Natürlich werden wir immer auch Polizei brauchen, immer Kontrollen brauchen, immer auch Sicherheitsmaßnahmen brauchen.

Ein Letztes: Verbote und Grundrechtseinschränkungen durch Gerichte und Politik mögen populär sein. Und ich akzeptiere ausdrücklich: Wenn das Bundesverfassungsgericht entscheidet, entscheidet es. Ich glaube aber, dass am Ende allein der Glaube, lass uns einfach die Verbotsschraube drehen, eher die Inhalte von Politik diskreditiert. Darüber freuen sich die Nazis und die Gewalttäter, denen geht es nämlich nicht um politische Ziele. Wir sollten die Gegner unserer **Rechtsordnung** mit allen Mitteln bekämpfen, die unser Rechtsstaat vorsieht, und sollten ansonsten versuchen, dass über die Inhalte von Politik gestritten werden kann. Wir sollten unsere Polizeibeamten unterstützen, die diese schwere Arbeit zu leisten haben und ihnen und uns allen wünschen, dass das in dieser Woche einigermaßen friedlich über die Bühne geht und wir nicht Bilder haben, die um die Welt gehen, die nicht nur für unser Land nicht schön sind, sondern vor allen Dingen auch für die Leidtragenden, die Polizeibeamten. Für die habe ich Verantwortung, deshalb ist mir das auch die allererste Sorge. Der eine oder andere, der törichte Ratschläge oder Vorschläge macht, der sollte sich das vielleicht noch einmal überlegen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Innenminister für den Bericht und eröffne die Aussprache. Das Wort für den Antragsteller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hat nun der Herr Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier einen eigenen Antrag eingebracht, weil es nicht ausreicht, den G-8-Gipfel nur als Sicherheitsproblem zu betrachten, wie es in dem Berichtsantrag der Großen Koalition zum Ausdruck kommt.

Der G-8-Gipfel ist ein Ereignis, das weltweit Diskussionen auslöst, denen wir uns stellen müssen. Fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung sieht **Globalisierung** mittlerweile als eine Bedrohung an. Wenn wir als Politiker darauf keine Antworten geben, dann reden wir an den Sorgen der Menschen vorbei. Das betrifft nicht nur die Hungernden in Afrika, das betrifft auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Telekom hier in Schleswig-Holstein, die in den Streik treten, weil ihre Löhne gedrückt werden sollen und von denen der Betriebsratsvorsitzende auf der Demonstration in **Rostock** geredet hat.

Das betrifft Millionen von Geringverdienern, die einen Mindestlohn fordern. Das betrifft die Bauern, wenn die Agrarpreise gesenkt und die Subventionen abgebaut werden sollen - worüber wir hier schon diskutiert haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist aber richtig populistisch, Kollege Hentschel!)

Das betrifft unsere Deiche, wenn in der Antarktis Eisschilde von der Größe europäischer Staaten ins Rutschen kommen. Und das betrifft auch unsere Demokratie, wenn eine paranoide Angst vor Terroristen und Gewalttätern dazu führt, dass immer neue Einschränkungen unserer mühsam gewonnenen Freiheitsrechte gefordert und dann auch von den Parlamenten verabschiedet werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Schily-Gesetze sind von den Grünen verabschiedet worden!)

Gewalttaten sind zu verurteilen - und das tue ich uneingeschränkt. Ich war am Wochenende in Rostock. Ich kann bestätigen, dass die Polizei sich überwiegend an die verabredete **Deeskalationsstrategie** gehalten hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was heißt denn „überwiegend“? - Zurufe von der CDU)

Das begrüße ich. Die Polizei ist nicht der Schuldige. Gerade die schleswig-holsteinische Polizei ist seit Jahren für eine Philosophie der Bürgerfreundlichkeit und Deeskalation bekannt,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die bundesweit anerkannt ist. Ich freue mich, dass der Minister bestätigt hat, dass das so bleiben soll.

Ich begrüße auch die Worte von Minister Stegner, als er sagte, dass die Polizei nicht nur zum Schutz des G-8-Gipfels dort ist, sondern auch, um das **Grundrecht der Demonstrationstfreiheit** zu verteidigen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich teile auch die Kritik an dem Bündnis, das dort zur Demonstration aufgerufen hat, das sich im Vorfeld der Demonstration nur unklar gegen bestimmte Gruppen abgegrenzt hat. Ich glaube aber, dass das Problem in Rostock nicht war - vielleicht auch aus dem Grund; Sie haben geschildert, wie das bei der Fußballweltmeisterschaft war -, dass wir zu viele Demonstranten hatten, sondern eher, dass wir zu wenige hatten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vielleicht weil Sie da waren!)

Gerade wegen dem, was in Rostock geschehen ist, darf meiner Überzeugung nach jetzt nicht die Diskussion über die Gewalttaten einer Minderheit das Anliegen der großen Mehrheit in den Hintergrund rücken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Frank Sauter [CDU])

Ich halte es für ganz entscheidend und es ist immer wieder der gleiche Fehler, der in solchen Situationen gemacht wird: Zigtausende von Menschen gehen auf die Straße und demonstrieren für die Zukunft. Es waren Zigtausende von jungen Menschen, die friedlich demonstriert haben, die sich deutlich in ihrem Erscheinungsbild und auch in den Momenten, als die Steine geworfen wurden, distanziert haben. Sie sind teilweise dazwischengegangen und haben teilweise was über den Kopf bekommen. Diese Zigtausend Jugendlichen mit ihrem Anliegen dürfen wegen der 2.000 Schläger, die dabei waren und nun versuchen, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, vergessen werden.

(Karl-Martin Hentschel)

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn wenn man das tut, gibt man genau denen recht. Dann sorgt man dafür, dass am Schluss nur noch über die Schläger geredet wird, und genau das ist es, was sie erreichen wollen. Wenn man das tut, kommen junge Menschen letztlich auf die Idee, das Randalere sinnvoller ist, weil man mit ihr die mediale Aufmerksamkeit erregt. Genau das ist das Falsche.

Wir wollen, dass das, was die **friedlichen Demonstranten** vortragen, in die Öffentlichkeit kommt. Sie haben sich schließlich seit Monaten auf ihre Aktionen vorbereitet. Wir wollen, dass das rüberkommt. Denn das ist es, was uns am Herzen liegt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW] - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Was ist mit den Zigttausend verletzten Polizisten?)

Meine Damen und Herren, ich glaube, die Kritik am **G-8-Gipfel** ist berechtigt; deswegen haben wir es auch in unseren Antrag geschrieben. Und dies gilt nicht nur wegen der unzureichenden Beschlüsse.

Zu kritisieren ist, dass sich acht Staaten treffen und immer mehr dazu übergehen, politische Beschlüsse unter Umgehung der legitimen Gremien der EU zu fassen. Denn die acht Staaten der G 8 präsentieren zwar 65 % des Bruttonutzenprodukts der Welt, aber sie repräsentieren nur 13 % der Weltbevölkerung. Die G-8-Länder haben keine Legitimation, allein Entscheidungen über die Gestaltung der Globalisierung zu treffen.

Meine Damen und Herren, fast alle Parteien hier im Saal jammern seit Jahren über den Schwund von Jugendlichen und die geringe Wahlbeteiligung. Insofern sollten wir uns meiner Meinung nach darüber freuen, dass Zigttausende von Jugendlichen losziehen, um für globale Gerechtigkeit, für wirksamen Klimaschutz und gegen immer mehr Überwachung durch Polizei und Geheimdienste zu protestieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Das, was in Rostock stattgefunden hat, ist die größte politische Jugendbewegung, die wir in den letzten 20 Jahren erlebt haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind doch nicht nur Jugendliche gewesen!)

Dieses Engagement von Jugendlichen, die für ihre Zukunft demonstrieren, ist trotz der erschreckenden Begleitumstände erst einmal ein Grund zur Freude darüber, dass sich so viele Menschen so engagieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und wer die unzähligen Plakate gegen Schnüffelhunde, gegen Polizeikontrollen, gegen den elektronischen Personalausweis, gegen den Bruch des Briefgeheimnisses und so weiter gesehen hat, der sollte sich ernsthaft fragen, ob unser Land dadurch sicherer wird. Auch Präsident Bush glaubte, er würde die Welt sicher machen, als er in den Irak einmarschierte. Heute pfeifen es die Spatzen selbst in jedem konservativen Dorf in Amerika vom Dach, dass Bush damit dem Terrorismus den größten Gefallen getan hat. Er hat Tausende und Abertausende Menschen in der Welt in die Fänge der Terroristen getrieben. Deshalb dürfen wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Wenn politisch aktive **Jugendliche** den Eindruck gewinnen, dass ihr Engagement unerwünscht ist und kriminalisiert wird, wenn Parlamente in Berlin und in Kiel und auch der Bundesinnenminister ständig nach Sicherheitsgesetzen rufen und Polizeigesetze beschließen, die nahezu von allen Juristenvereinigungen als verfassungswidrig bezeichnet werden, wenn Überwachungsmaßnahmen gegen Jugendliche, Mitbürger und Journalisten eingesetzt werden, weil diese ihre demokratischen Rechte wahrnehmen, dann schafft das kein Vertrauen bei der Jugend.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit leisten wir einen Bärenienst an unserer Demokratie und treiben engagierte Jugendliche geradezu gewalttätigen Rädelsführern in die Arme.

Meine Damen und Herren, der Protest der Demonstranten gegen die Unfähigkeit der Regierungen zu einer engagierten Klimapolitik sowie Dritte-Welt-Politik trifft auch die Landesregierung Schleswig-Holstein. Diese Regierung hat bisher keine konkreten Maßnahmen und Schritte eingeleitet. Sie leistet nicht mehr als Bush. Statt den Weg ins solare Zeitalter zu gehen, will sie eine Renaissance der Kohleverbrennung einleiten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist wirklich peinlich!)

Dieses Parlament hat mit seiner großen Mehrheit bisher alle Klimaansätze der Opposition ohne Ausnahme entweder abgelehnt oder in die Ausschüsse verschoben.

(Karl-Martin Hentschel)

Diese **Globalisierungskritik** trifft die Regierung aber auch in anderen Fragen. Einer der Punkte, die mich besonders geärgert haben - das muss ich einmal sagen, meine Damen und Herren -, ist, dass diese Regierung sämtliche Mittel im Haushalt für die Entwicklungszusammenarbeit in Schleswig-Holstein gestrichen hat. Die Landesregierung lässt ausgerechnet die Menschen, die sich ehrenamtlich für eine gerechte Weltordnung, für eine Zusammenarbeit mit Entwicklungsinitiativen in Afrika, Lateinamerika und Asien engagieren, im Regen stehen. Mich erstaunt das. Mich erstaunt es gerade deswegen, weil diese Arbeit ganz besonders von den Kirchen getragen und finanziert wird und wir jetzt eine Partei in der Regierung haben, die das Wort „christlich“ sogar im Namen trägt. Ich fordere deshalb die Regierung und den Landtag auf, den Protest gegen den G-8-Gipfel ernst zu nehmen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Freuen Sie sich über das Engagement der Jugend. Fangen Sie endlich an, zu den Themen der Globalisierung, der Sozialpolitik und des Klimaschutzes praktische **Initiativen für Schleswig-Holstein** zu entwickeln. Stellen Sie die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit in Schleswig-Holstein wieder in den Haushalt ein. Ich denke, dass ist die Nagelprobe, ob es jemand ernst nimmt. Stellen Sie die Mittel wieder ein! Schließlich waren es keine großen Summen, sondern es ist vielmehr als ein Symbol dahin gehend zu verstehen, ob man diese Menschen unterstützt oder ob man ihnen die Unterstützung verwehrt.

Eines sage ich Ihnen auch: Sie können nicht behaupten, dass es eine CDU-, SPD- oder grüne Geschichte ist. Es gibt eine Vereinbarung der Ministerpräsidenten, welche bereits viermal bestätigt worden ist, und darin ist vereinbart worden, dass die Unterstützung von Entwicklungsinitiativen vor Ort Sache der Länder ist. Fast alle Länder machen das und darunter sind viele christlich-demokratischen Länder. Sie lassen die Menschen und insbesondere die christlichen Menschen aus den Kirchen, die diese Arbeit machen, im Regen stehen. Das ist für diese Menschen entmutigend und beschämend. Insofern fordere ich Sie auf, diese Situation zu korrigieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die CDU-Fraktion hat nur der Herr Abgeordnete Peter Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD beschäftigen wir uns heute mit den Auswirkungen des G-8-Gipfels auf die **Sicherheitslage** und auf zusätzlichen Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch mit dem Thema der **Demonstrationsfreiheit** und der nachhaltigen Entwicklung.

Überschattet wird diese Debatte durch zügellose **Gewaltexzesse** von mehr als 3.000 Gewalttätern aus der **autonomen Szene**, die im Rahmen einer zunächst friedlichen Demonstration in **Rostock** zum Ausbruch kamen. Mit diesen Gewalttaten wurde nicht nur die Polizei angegriffen, sondern in erster Linie der Rechtsstaat. Denn das Anliegen friedfertiger Demonstranten wurde diskreditiert.

Die **G-8-Kritiker** kann man dabei nicht von Schuld freisprechen. Mit ihrer undifferenzierten Kritik gegen Kapitalismus haben sie den Nährboden geschaffen, auf dem sich die Frustrierten austoben konnten, wie die „Kieler Nachrichten“ kommentierten.

Zu glauben, dass die friedfertigen Demonstranten Tausende hemmungslose Gewalttäter beschwichtigen und im Schach halten könnten, war eine Illusion. Die Organisation der Globalisierungsgegner wurde von diesen Auswüchsen vollkommen überrascht. Sie mussten öffentlich eingestehen, dass sie die Situation viel zu lange nicht im Griff hatten.

Außerdem wurden die Schwierigkeiten beim Umgang mit den linksautonomen **Gewalttätern** von vielen unterschätzt. Es wurde eingeräumt, dass die in Attac zusammengefassten Globalisierungskritiker kaum wüssten, wie sie mit den militanten G-8-Gegnern zurecht kommen sollten. Damit stehen die Betroffenen allerdings nicht allein. Denn die Formulierungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem ersten Teil ihres Antrages lassen noch schlimmere Ahnungslosigkeit oder bei gutmütiger Betrachtung zumindest Hilflosigkeit erkennen.

Wir sollten uns an dieser Stelle vielmehr bei den vielen **Polizeibeamten** für ihren äußerst schwierigen Einsatz bedanken, bei dem sie sich an die im Vorfeld getroffenen Absprachen und das **Deeskalationsprinzip** gehalten haben.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

(Peter Lehnert)

Für die CDU-Fraktion kann ich feststellen, dass wir in dieser Frage voll und ganz hinter unseren Polizeibeamten stehen,

(Peter Eichstädt [SPD]: Das tun wir alle!)

und denjenigen, die bei ihrem Dienst verletzt worden sind, wünschen wir gute Besserung und baldige Genesung.

(Beifall)

Ich nehme das gern auf, Herr Kollege Eichstädt. Ich kann hier aber nur für die CDU-Fraktion sprechen.

Fast 1.000 Verletzte, aufgerissene Bürgersteige, ausgebrannte Autos sind die Bilanz des Rostocker Wochenendes. Insgesamt registrierte die Polizei 433 verletzte Beamte. Die Demonstrationsleitung berichtete von 530 verletzten Teilnehmern. 30 Polizisten und 20 Demonstranten mussten mit schweren Verletzungen in Krankenhäusern behandelt werden. Das traurige Fazit dieser Tage: Die Gewalttäter aus der **autonomen Szene** ließen die zunächst friedliche Demonstration der Globalisierungskritiker am Samstag im Chaos versinken.

Nach dieser verheerenden **Bilanz** muss es vordringliche Aufgabe der Organisatoren der Demonstration sein, endlich die Gewalttäter in den eigenen Reihen zu isolieren. Dabei ist es auch eine Frage der moralischen Glaubwürdigkeit, dass Attac seine Anhänger öffentlich auffordern muss, Gewalttäter anzuzeigen und mit der Polizei dabei auf das Engste zusammenzuarbeiten. Wer das nicht tut, diskreditiert auch die Anliegen, die mit den Demonstrationen vermittelt werden sollen.

Die von der Polizeiführung festgelegte drastische **Auflage** für geplante Protestaktionen am Rande des **G-8-Gipfels** in Heiligendamm halte ich nicht nur aus polizeitaktischen Gründen für richtig, sondern unter dem Eindruck der Rostocker Gewaltorgie sogar für dringend erforderlich. Diese Position wurde übrigens auch durch das **Oberverwaltungsgericht in Greifswald** und durch das **Bundesverfassungsgericht** so bestätigt.

In diesem Zusammenhang halte ich die öffentlichkeitswirksamen Einlassungen zu dem Plan der Polizeieinsatzkräfte vor Ort, eine **200-m-Bannmeile** vor der Sicherheitszone einzurichten, für wenig hilfreich. Gerade unter dem Eindruck der gewalttätigen Ausschreitungen vom Wochenende sollten wir den Beamtinnen und Beamten politisch ohne Einschränkung die Unterstützung gewähren. Sie sind es, die wir vor Gewalttätern schützen müssen. Sicherlich kann man über unterschiedliche Wege im Bereich der inneren Sicherheit trefflich streiten. Aber ich halte es für zwingend erforderlich, in die-

ser angespannten Situation loyal zu unseren Einsatzkräften und ihren Entscheidungen zu stehen.

Durch die beunruhigenden Nachrichten über die offenbare Gewaltbereitschaft von Linksextremisten wird leider die wichtige Diskussion um die Inhalte dieses **G-8-Gipfels** in den Hintergrund gedrängt. Im Zusammenhang mit den Folgen der **Globalisierung** ist es zwar richtig, dass schlecht ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere in den Industrienationen vielfach zu den Verlierern dieser Veränderungen gehören. Wir müssen dabei auch zur Kenntnis nehmen, dass der **Strukturwandel** für viele Betroffene zu schnell vor sich ging. Globalisierung hat aber nicht nur Nachteile, wie uns einige weismachen wollen. Die sogenannte Nischendominanz in vielen Wirtschaftsbereichen macht Deutschland auch zum heimlichen Gewinner der Globalisierung, denn bei uns wird produziert, was die sogenannten Schwellenländer brauchen.

Nicht nur wir profitieren von dieser Entwicklung. Wir können auch feststellen, dass sich in den letzten 25 Jahren das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Weltbevölkerung verdoppelt hat und eine halbe Milliarde Menschen aus tiefster Armut befreit werden konnten. Auch die mittlere Lebenserwartung hat sich deutlich erhöht. Pauschal gegen Globalisierung zu sein bedeutet auch, benachteiligten Menschen in Asien, Afrika oder Lateinamerika solche Errungenschaften streitig zu machen.

Selbstverständlich müssen gegebene Versprechen durch die G-8-Staaten auch eingehalten werden. Die sieben führenden Industrieländer und Russland haben 2005 zugesagt, die Hilfe für Afrika bis 2010 zu verdoppeln. Das erklärte Ziel sind Zahlungen in Höhe von 0,7 % des Bruttosozialprodukts des jeweiligen Geberlandes. „Wir haben unsere Versprechungen, die wir für die Entwicklung Afrikas gegeben haben, eingehalten und werden das auch in Zukunft tun“, verspricht in diesem Zusammenhang die Bundesentwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul und weist damit die Kritik von Globalisierungsgegnern zurück.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Bundeskanzlerin jetzt angekündigt hat, dass im Bundeshaushalt hohe dreistellige Millionensummen zusätzlich für diesen Bereich zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte das nur sagen, weil der Kollege Hentschel sich hier auch über die Kürzungen im Landeshaushalt ausgelassen hat. Ich glaube, dass für die Menschen gerade in Afrika diese dreistelligen Millionensummen, die die Bundesregierung und Angela Merkel jetzt zusätzlich zur Verfügung stellen, ein wichtiges politisches Signal sind.

(Peter Lehnert)

(Beifall bei CDU und SPD)

Es wäre ein großer Fortschritt, wenn die **Globalisierungsgegner**, die ein echtes Interesse an einer friedlichen, gerechten und vor allem sauberen Welt haben, zur Kenntnis nehmen würden, dass wir durch den Vorsitz unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel die einmalige Chance haben, in den Bereichen des Klimaschutzes und der verstärkten Zusammenarbeit mit Afrika wichtige weltpolitische Ziele des 21. Jahrhunderts maßgeblich mit zu beeinflussen. Der Bundeskanzlerin ist es im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft bereits gelungen, die 25 EU-Staaten auf die ehrgeizigen Klimaschutzziele Deutschlands festzulegen. Dieser Erfolg wurde lange Zeit von vielen Beobachtern nicht für möglich gehalten. Deshalb sollten wir von der heutigen Sitzung ein deutliches Signal senden, dass wir in dieser wichtigen Frage die Position Angela Merkels nachhaltig unterstützen.

In diesem Zusammenhang ist es, so meine ich, wichtig, auch noch einmal zu erwähnen, dass es Frau Merkel in Gesprächen mit dem japanischen Ministerpräsidenten gelungen ist, Japan mit auf diese Linie zu bringen, womit ein weiterer wichtiger Punkt für die Gespräche in Heiligendamm gesetzt wurde.

Inzwischen hat selbst der amerikanische Präsident öffentlich einräumen müssen, dass durch menschliches Verhalten schwere Beeinträchtigungen des Weltklimas eingetreten sind. Seine Vorschläge sind natürlich nicht weitreichend genug, aber seine Feststellung, dass über die G-8-Staaten hinaus auch Länder wie China und Indien aktiv in den Prozess einbezogen werden müssen, ist richtig und nachvollziehbar, jene Nationen also, deren Zuwächse an Treibhausgasemissionen am größten sind.

Auch Amerika wird nicht nur durch George W. Bush vertreten. Angela Merkel hat durch ihre kluge Politik des Dialogs und der Gesprächsführung zahlreiche andere Verbündete in den USA gefunden. Nach einem Treffen mit der Präsidentin des Repräsentantenhauses, Frau Pelosi, konnte die Kanzlerin feststellen, dass im Kongress eine breite überparteiliche Bewegung im Gange sei, die dem Thema Klima und Energie große Bedeutung beimesse. Dabei wurde die Führungsrolle der Kanzlerin von Frau Pelosi ausdrücklich gewürdigt.

Einen weiteren kraftvollen Mitstreiter in ihrer Auffassung, dass die Industrieländer eine Vorreiterrolle spielen müssen, hat Frau Merkel im californischen Gouverneur Arnold Schwarzenegger gefunden. Nicht nur in Californien, dem bevölkerungsreichsten Bundesstaat, sondern auch in vielen anderen

Regionen der USA haben sich die Befürworter eines weitreichenden Klimaschutzes formiert. Dies wird auch nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die kommende Präsidentenwahl haben.

Richtig ist, dass wir mit gutem Beispiel beim Klimaschutz vorangehen müssen. Die Umstellung auf umweltfreundliches Wirtschaften bietet dabei allerdings auch große Chancen für Wachstum und Beschäftigung. Deutschland liegt hierbei weltweit an der Spitze. Zahlreiche zukunftssichere Arbeitsplätze konnten dadurch neu geschaffen werden. Diese Position gilt es auch in Zukunft zu verteidigen und wenn möglich noch weiter auszubauen. Diesem Ziel sollten wir uns alle verpflichtet fühlen und dies bei allen öffentlichen Äußerungen auch berücksichtigen. Lassen Sie uns von dieser Debatte ein Signal aussenden, dass wir erwarten und auch davon ausgehen, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel bei den Gesprächen in Heiligendamm ein wichtiges Ziel umsetzen kann, dass Deutschland an der Spitze dieser Bewegung steht. Ich glaube, dass dann die Zukunft des Klimaschutzes und auch die Zukunft der afrikanischen Staaten positiv beeinflusst werden können.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Peter Lehnert.

Bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich auf der Besuchertribüne eine weitere Gruppe sehr herzlich begrüßen, nämlich die Wirtschaftsjuvenoren aus Rendsburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Klaus-Peter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion nimmt den Bericht des Innenministers zustimmend zur Kenntnis und lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Wir teilen die Auffassung des Innenministers, dass die Polizei bei ihrem Einsatz anlässlich des G-8-Gipfels unsere uneingeschränkte politisch-parlamentarische Unterstützung und unseren Dank verdient.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Die Polizei hat es nicht verdient, für die Verteidigung unseres **Rechtsstaats**, für den Schutz von Veranstaltungen und für die Gewährleistung friedlicher Demonstrationen vom grünen Tisch angeblickt zu werden.

(Klaus-Peter Puls)

fachkundiger Polit- und Polizeiexperten kritisiert, diskriminiert und gelegentlich sogar beschimpft zu werden. Das sagen wir als Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages auch und insbesondere im Hinblick auf die 1.000 **Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten** aus **Schleswig-Holstein**, die aus Anlass des Gipfels dieser Tage in und um Heiligendamm im Einsatz sind und die dort wie hier von Berufs wegen für uns alle ihre Knochen hinhalten und ihre Gesundheit riskieren. Auch wir bedanken uns für die freundlichen Worte des Innenministers zu diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Wie gefährlich der verantwortungsvolle Einsatz unserer Polizei sein kann und insbesondere bei Großveranstaltungen immer wieder ist, hat sich schon vor Beginn des Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern bestätigt. Am vergangenen Wochenende haben sogenannte Autonome **Rostock** in ein Schlachtfeld verwandelt. Der Kollege Lehnert hat eben darauf mit Einzelheiten hingewiesen. Etwa 3.000 Gewalttäter schafften es, eine **friedliche Demonstration** von mehreren Zehntausend Teilnehmern und Teilnehmerinnen tatsächlich im Chaos enden zu lassen. Fast 1.000 Verletzte, aufgerissene Bürgersteige, ausgebrannte und demolierte Autos, zerstörte Verkehrsschilder und Parkautomaten sind die Bilanz des vergangenen Wochenendes. Die Zahlen sind genannt worden. 433 verletzte Beamte, 530 verletzte Demonstranten und Demonstrations Teilnehmerinnen.

30 Polizisten mussten mit schweren **Verletzungen** in Krankenhäusern behandelt werden. Ein lediglich zur Verkehrsregelung abgestellter und deshalb ungeschützter Polizist erlitt im Hagel katzenkopfgroßer Pflastersteine einen offenen Oberarmbruch. Sogar zum Löschen brennender Autos angerückte Feuerwehrmänner wurden angegriffen. Ein Löschfahrzeug wurde beschädigt. Der Sachschaden insgesamt lässt sich kaum abschätzen. Er ist immens.

Mindestens 128 **Randalierer** wurden festgenommen, zum Teil in Haft behalten und in einigen Fällen zügig und empfindlich wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu mehrmonatigen **Haftstrafen** ohne Bewährung verurteilt.

Unser Rechtsstaat funktioniert auch und gerade mithilfe unserer Polizei. Und das ist gut so.

(Beifall bei SPD und CDU)

Friedliche Demonstranten müssen geschützt werden. Gewalttätige Demonstranten müssen herausgefiltert und notfalls festgenommen und festgehalten

werden. Straftäter müssen verfolgt und verurteilt werden. So muss es sein und so ist es in Rostock geschehen.

Diese glasklare Unterscheidung fehlt meines Erachtens in Ihrem Antrag, Herr Kollege Hentschel, also in dem Antrag der Fraktion der Grünen. Auch öffentlich scheint mir bundesweit die Distanzierung der Grünen von **gewaltbereiten Demonstrantinnen und Demonstranten** eher lau zu sein. Ich zitiere aus einem Kommentar der „Bergedorfer Zeitung“ vom vergangenen Montag mit der Überschrift „Nach Rostock“:

„Wer sich mit dem Teufel einlässt, darf sich nicht wundern, wenn der ihm die Hölle zeigt. Genau das ist in Rostock geschehen, weil die Veranstalter des G-8-Gipfel-Protestes den Krawallmachern des sogenannten Schwarzen Blocks nicht bereits im Vorfeld die rote Karte gezeigt haben. So haben einige Hundert zu allem bereite Gewalttäter kaputtgemacht, was Tausenden friedlicher Demonstranten ein wichtiges Anliegen ist. Das Unbehagen über die ausufernde Dominanz des Ökonomischen über das Menschliche, die Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheit in der Welt ...“

- Und jetzt kommt es: -

„Es wäre schön, wenn Claudia Roth, fleischgewordene Empörung der Grünen, nun auch einmal ihre Wut in Richtung Polit-Hooligans kundtut, so lautstark wie zuvor gegen die Gipfel-Sicherheitsmaßnahmen.“

(Lebhafter Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, genau das, eine klare Positionierung gegen gewaltbereite Polit-Hooligans, geschieht eben auch nicht im Antrag der Grünen, in dem es - das will ich gern zugeben - gut gemeint heißt, allerdings ohne dass nach Rostock noch etwas an dem Text geändert wurde:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine länderübergreifende Strategie in dem Umgang mit gewaltbereiten Demonstrantinnen und Demonstranten einzusetzen, bei der im Gegensatz zu den aktuellen Maßnahmen des Bundesinnenministers die Deeskalation im Vordergrund steht.“

Wir teilen die Auffassung, dass es keine vernünftige Alternative zur Deeskalation gibt. Aber Rostock hat gezeigt - und hoffentlich wird Heiligendamm das heute und morgen nicht erneut zeigen -, dass es professionell organisierte Gewaltüberzeugte, Gewaltbereite und Gewalttätige gibt, die die Sprache

(Klaus-Peter Puls)

der **Deeskalation** gar nicht verstehen wollen und nie akzeptieren und respektieren werden. Diesen wenigen unter der Vielzahl ehrlicher, friedlicher, zu schützender und zu unterstützender Demonstrantinnen und Demonstranten, diesen wenigen Gewaltverbohrten gilt es auch mit Hilfe der Polizei die unmissverständliche Sprache unseres Rechtsstaats zu verdeutlichen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Das geschieht auch durch unmissverständliche, deutliche Anträge und Beschlüsse hier im Landtag.

Herr Kollege Hentschel, Sie bestätigen allerdings diese aus meiner Sicht etwas unklare Abgrenzung der Grünen von den Gewalttätern. Habe ich vorhin richtig gehört, dass Sie von einer „paranoiden Angst“ vor Gewalttätern gesprochen haben? Genau das bestätigt das, was ich Ihnen vorher in dem Zitat schon kundgetan habe: dass eine Abgrenzung nicht da ist, Herr Kollege Hentschel.

Auch der Wortlaut Ihres Antrags im ersten Teil, wo es heißt, „Der Landtag verurteilt die wegen einer angeblich erhöhten Gefahr angeordneten Maßnahmen der Bundesregierung als übertrieben und der Situation nicht angemessen.“, ist etwas, was wir nicht akzeptieren können und was uns dazu führt, Ihren gesamten Antrag abzulehnen.

Auch der zweite Teil Ihres Antrags ist gut gemeint. Wir können ihn, was die inhaltlichen Fragen angeht, die auf dem Gipfel in Rede stehen, akzeptieren. Aber Sie selbst, Herr Kollege Hentschel, haben eben in Ihrem Wortbeitrag gesagt, die G-8-Länder hätten keine Legitimation, über **Probleme der Globalisierung** zu sprechen und zu entscheiden und für die armen Länder mitzusprechen und mitzuentcheiden, weil dazu - das haben Sie nicht gesagt - ein völkerrechtliches Mandat erforderlich wäre. Ich teile diese rechtliche Auffassung. Aber es führt mich auch zu der Frage: Warum stellen Sie einen solchen Antrag, der in dem zweiten Teil darauf hinausläuft, dass die Landesregierung aufgefordert werden soll, die Bundesregierung aufzufordern, im Kampf gegen die Klimaveränderung ein Kernthema der deutschen G-8-Präsidentschaft zu sehen und dann darauf zu drängen, dass sich - so wörtlich - alle G-8-Staaten dazu verpflichten, die Klimaerwärmung auf plus 2 Grad zu begrenzen.

Wenn es bei dem G-8-Gipfel keine Legitimation dazu gibt, dann ist es doch überflüssig, hier einen Versuch in Richtung Verpflichtung über den Schleswig-Holsteinischen Landtag zu unternehmen.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Herr Kollege Hentschel, der letzte Teil Ihres Antrags lautet:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert keinen Gipfel der schönen Worte, sondern einen der konkreten Taten.“

Insgesamt bewerte ich Ihren Antrag einmal mehr als einen Entwurf einer gut gemeinten, inhaltschweren, aber folgenlosen Resolution. Auch deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun deren Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke dem Innenminister ausdrücklich für seinen Bericht. Wir werden im Ausschuss weiter über die Frage der Überstundenvergütung und über die Auswirkungen des G-8-Gipfels auf Schleswig-Holstein reden müssen. Dabei habe ich bezüglich der Überstundenvergütung die einschränkenden Worte „soweit es Mecklenburg-Vorpommern zahlt“ nicht als materielle Einschränkung verstanden.

Wichtig ist mir ein Wort des Dankes. Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion und wohl auch im Namen des gesamten Hauses bei unseren Polizeibeamten für ihren Einsatz bei den Demonstrationen am G-8-Gipfel bedanken, die dort einen alles andere als einfachen Dienst leisten.

Die 1. Einsatzhundertschaft aus Eutin, die viele von uns bereits besucht haben, hat bei den Krawallen am letzten Wochenende, den größten Unruhen der Bundesrepublik seit 20 Jahren, einen hervorragenden Einsatz geleistet.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Die Bilanz ergibt aber bedauerlicherweise auch 21 verletzte Polizeibeamte. Drei davon sind schwer verletzt, nachdem sie von Pflastersteinen getroffen wurden, geworfen von sogenannten **Autonomen**. Ich empfehle, sich dazu einmal die Bilder anzusehen. Dann erkennt man, dass zum Beispiel eine Polizeibeamtin ihr Leben einem Polizeihelm verdankt, der den Aufprall einer Betonplatte auf ihrem Kopf so abgefedert hat, dass außer einer HWS nichts weiter passiert ist. Man muss sich einmal vorstellen, was passiert wäre, wenn sie keinen Helm getragen hätte.

(Wolfgang Kubicki)

Die FDP-Fraktion wünscht den verletzten Polizeibeamten baldige und vollständige Genesung. Ich kann für die im Einsatz befindlichen Kräfte nur hoffen, dass es nicht zu weiteren schwerwiegenden Verletzungen bei ihren Einsätzen kommen wird.

Eines ist nach den **Einsätzen** in Heiligendamm auch klar geworden: Diejenigen, die dort die **friedliche Demonstration** der G-8-Gegner unterlaufen haben, die mit ihrer maßlosen Gewalt die gesamte Innenstadt verwüstet haben und die als Bilanz des ersten Wochenendes vorweisen können, dass es Tausend Verletzte gab, darunter 430 Polizisten, von denen 30 schwer verletzt wurden, haben dem eigentlichen inhaltlichen Protest der 80.000 friedlichen Demonstranten gegen den Gipfel einen Bärendienst erwiesen. Sie haben auch denjenigen politischen Kräften geschadet - dazu zähle ich auch meine Fraktion -, die sich dafür eingesetzt haben, dass den Demonstranten die größtmögliche Freiheit bei ihren Protestzügen gewährt wird.

Herr Kollege Lehnert, das **Bundesverfassungsgericht** hat nicht die Entscheidung des OVG Greifswald bestätigt. Im Gegenteil, es wurde erklärt, dass die Begründung verfassungsrechtlich nicht tragfähig ist. Das Gericht hat seine Entscheidung, die Eilanträge abzulehnen, aber mit den aktuellen Entwicklungen, ausgelöst durch die Steinewerfer, begründet, die die polizeiliche Einschätzungslage verfassungsrechtlich bedenklich, aber gerade noch tragfähig erscheinen lassen.

Das zeigt, dass sich das Bundesverfassungsgericht nicht anders zu helfen wusste, als auf die **militanten Demonstranten** in einer verfassungsrechtlich bedenklichen Weise zu reagieren, um die Sicherheit in diesem Staat zu gewährleisten.

Jeder, der noch vor dem letzten Wochenende gegen unverhältnismäßiges Vorgehen der Sicherheitsbehörden protestiert hat, hat Probleme, seinen Argumenten Gehör zu verschaffen, auch wenn sie möglicherweise gar nicht so abwegig sind.

Nein, Pflastersteinewerfer tun nur eines: Sie richten Schaden an. Sie richten Schaden an Menschen, an Sachen und an der freien Demokratie an sich an. Für das Handeln dieser Personen gibt es kein Verständnis und keine Rechtfertigung. Sie sind Kriminelle, denen der demokratische **Rechtsstaat** mit allen Mitteln das Handwerk legen muss.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann sich auch heute noch fragen, ob es überhaupt notwendig war, 100 Millionen € für einen solchen Gipfel auszugeben bei öffentlichen Haushalten, die überschul-

det sind. Man kann sich fragen, warum man für ein solches Treffen Polizeibeamte in einen Einsatz schickt, bei denen man vorher weiß, dass erhebliche Gefahren für deren Gesundheit besteht. Man kann sich fragen, ob solche eher prestigeträchtigen Treffen beim heutigen Stand der technischen Kommunikation überhaupt noch vermittelbar sind. Es stört mich schon, dass wir nun ein Bild vor Augen haben, dass wir einen Absperrzaun errichten müssen, der von 16.000 Polizisten bewacht werden muss und die Bevölkerung von den Regierungschefs trennt. Aber ein Block von 2.000 Autonomen bei 80.000 Demonstranten macht es nunmehr schwer, diese Sicherheitsmaßnahmen gänzlich infrage zu stellen.

Dabei hätte alles für ein Fest der Demokratie gerichtet sein können. Auf der einen Seite die Regierungschefs mit ihrem Gipfel und auf der anderen Seite die Demonstranten, deren Recht auf **freie Meinungsäußerung** ein hohes Gut bleibt und auch nach den Vorkommnissen in Rostock bleiben muss. Herr Kollege Hentschel, **Versammlungsfreiheit in Deutschland** gibt es nur für Deutsche. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass aus dem Ostblock und aus anderen Staaten Personen eingereist sind in Vorbereitung und mit einer Gewaltbereitschaft bisher unbekanntem Ausmaßes. An der polnisch-deutschen Grenze wurde ein Reisebus gestoppt mit Insassen, die mit Helmen, Schilden, Schlagstöcken und Messern bewaffnet waren, um zu der Demonstration zu reisen. Dass wir solche Leute nicht einreisen lassen dürfen, ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Demokratie lebt auch von Meinungsverschiedenheiten, von der Möglichkeit, über Inhalte zu streiten und über die besten Lösungen für die anstehenden Probleme zu diskutieren.

Hier kommen wir auch mal zu einer Kritik an der Handlungsweise der **Sicherheitsbehörden** im Vorwege der Demonstration. Was durch die Razzien im Hamburger Schanzenviertel, durch die Entnahme von Geruchsproben, durch das Durchwühlen auch von Postsendungen an Medienvertreter ausgelöst wurde, hat mit Sicherheit nicht zur **Deeskalation** vor dem Gipfel beigetragen. Sosehr ich unseren Landesinnenminister beglückwünsche, dass er kurz vor den Demonstrationen noch versucht hat, durch seine Erklärungen die Szene zu beruhigen, sosehr hat man doch gespürt, dass die Spannung auf beiden Seiten, Sicherheitsbehörden und Demonstranten, vor diesem Gipfel ständig anwuchs. Ich will auch hier sagen, ich bin Herrn Freiberg von der Gewerkschaft der Polizei außerordentlich dankbar,

(Wolfgang Kubicki)

dass er bei der Frage des Einsatzes von Gummigeschossen das Notwendige gesagt hat.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Der eigentliche Meinungsstreit, der in einer Demokratie geführt werden muss, ist dadurch ins Hintertreffen geraten. Es lohnt sich nämlich in diesen Tagen auch, für eine gemeinsame Weltpolitik zu streiten, die ja eher abfällig als neoliberale **Globalisierungspolitik** denunziert wird. Vergessen wir nicht, wo die Globalisierung ihren Anfang nahm. Das war im Europa der Jahre 1989/1990. Aber nicht nur Europa, sondern die Welt war vorher quasi in zwei Blöcke geteilt, auf der einen Seite die westliche Staatengemeinschaft und auf der anderen Seite der östliche Block unter der Führung der Sowjetunion. Mit dem Fall unserer Grenze sind sich die Menschen näher gerückt. Die militärischen Bedrohungen von Ost nach West und West nach Ost gibt es heute nicht mehr. Wir leben trotz aller Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus heute in Europa in einer stabilen Friedenszeit, die es seit Jahrhunderten so nicht gegeben hat.

Wirtschaftlich hat das natürlich auch Folgen gehabt. Es ist heute auch durch den technischen und logistischen Fortschritt ohne Weiteres möglich, Waren mit hoher Qualität in Ländern mit niedrigem Lohnniveau herzustellen und sie zeitnah in den Hochlohnländern abzusetzen. Das hat die Konsequenz, dass die Waren auf unseren Märkten ständig billiger werden, aber eben auch die entsprechenden Arbeitsplätze in unserem Land bedroht oder schon weggefallen sind. Der Markt für Millionen ist zu einem Markt für Milliarden geworden. Er verwischt alle Grenzen, lässt die Mittelschicht des Nordens zittern und die Unterschicht des Südens hoffen. Hier beginnt das Dilemma. Auf der einen Seite bietet auch für uns die zusammenwachsende Welt große Chancen, auf der anderen Seite birgt sie auch Risiken und Ungerechtigkeiten. Sie bietet Chancen beispielsweise insbesondere in Ländern der Dritten Welt, weil sie die Möglichkeit eröffnet, dass dort durch eine Auslagerung von Produktionen aus den westlichen Industriestaaten Arbeitsplätze entstehen, die Wohlstand nach sich ziehen. Bei wachsendem Wohlstand bieten diese Länder dann aber gleichzeitig künftige Absatzmärkte beispielsweise auch für unser Land, also auch Chancen für uns.

Aber die Globalisierung hat auch **negative Effekte**. Es ist bekannt, dass es in Indien oder in afrikanischen Staaten Kinderarbeit gibt. Dennoch tragen diese Kinder dazu bei, dass ihre Familien überleben können, dass sie Essen, Unterkunft und Kleidung haben, weil beispielsweise im AIDS-verseuchten

Afrika die Eltern oftmals gar nicht mehr in der Lage sind, für das Einkommen der Familien zu sorgen. Es muss uns also in erster Linie darum gehen, nicht Kinderarbeit in diesen Staaten sofort zu verbieten, sondern sie zu gestalten. Es muss beispielsweise die Möglichkeit zur Teilhabe an Bildung für die Kinder eröffnet werden und bestehen. Dieses Beispiel lässt sich auch auf den gesamten Globalisierungsprozess übertragen. Wer, wie viele G-8-Gegner, gegen die Globalisierung als solches demonstriert, der hat sich aus der Wirklichkeit verabschiedet.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Der lebt in einer Utopie. Der träumt von einer „Entschleunigung“ der Wirtschaft, von regionalen statt globalen Kreisläufen. Der verkennet, dass das nur funktionieren kann zwischen Menschen, die ihre Bedürfnisse radikal senken. Das geht nur in einer Welt, die Erfüllung höher bewertet als Besitz. Es ist eine schöne Welt, aber es ist nicht diese Welt, und machen wir uns nichts vor, es wird auch nie diese Welt sein.

Hier komme ich zum Antrag der Grünen. Der zweite Teil ihres Antrages beschränkt sich im Wesentlichen auf die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, die unter Rot-Grün übrigens unter dem heutigen Niveau lag, und der Einführung neuer Steuern und Abgaben. Das ist ihr politisches Angebot. Ich habe meine Zweifel, ob es wirklich gelingt, die Mehrheit unserer Bevölkerung durch erneute Belastungen für diesen Prozess zu gewinnen. Wir sollten zunächst einmal anfangen, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, die bereits vergeben werden, auf ihre sinnvolle Vergabe zu überprüfen. Ein Land wie China beispielsweise, welches eine boomende Wirtschaft hat und sich einen deutschen Transrapid zulegt, bekam in den letzten vier Jahren insgesamt 326 Millionen € vom deutschen Steuerzahler als „Entwicklungshilfe“ überwiesen. Die finanzieren jetzt den U-Bahn-Bau in Hanoi und überweisen die Entwicklungshilfe weiter nach Afrika.

(Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört!)

- Unerhört weiß ich nicht, aber auch dort könnte man ansetzen und fragen, ob der Einsatz der Mittel tatsächlich sinnvoll ist.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Kollege Neugebauer, machen wir uns doch nichts vor, wir reden von Globalisierung und meinen nichts anderes als Betreuung der Armen, statt den Armen die Möglichkeit zu geben, reich zu werden.

(Wolfgang Kubicki)

Die Europäische Union verhindert den Marktzutritt von Agrarprodukten von außerhalb, um die deutschen Bauern zu schützen. Ich habe von den Grünen noch nichts gehört, dass der europäische Agrarmarkt geöffnet werden soll.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Hentschel, dann müssen Sie doch auch dafür sein, dass Produktionsstätten in den ärmeren Nationen, in den Schwellenländern gebaut werden, die ihrerseits Konkurrenzprodukte zu Produkten aus dem deutschen Arbeitsmarkt herstellen können. Gleichzeitig reden Sie aber davon, dass möglicherweise von der Globalisierung Betroffene zu Recht in Rostock demonstriert hätten und eingefordert hätten, dass man vor den negativen Folgen der Globalisierung geschützt werden müsse. Wer den armen Ländern helfen will, muss ihnen Entwicklungschancen geben und sie nicht behandeln, als seien sie dauerhaft Bittsteller der reichen Nationen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Diskussion ist Gestaltung. Gestaltung und nicht Bekämpfung der Globalisierung ist gefragt. Gestalten kann man nicht durch das Werfen von Pflastersteinen. Dadurch kann man nur zerstören, beschädigen und verletzen. Wir sollten zunächst einmal anfangen, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, die bereits vergeben werden, auf ihre sinnvolle Vergabe zu prüfen und möglicherweise die Globalisierung auch für die ärmeren Länder - die Schwellenländer zeigen uns doch, dass es funktioniert - nutzen, damit sie an den Reichtum der reichen Länder heranreichen können, ohne dauerhaft Almosenempfänger zu bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich noch einmal für den Bericht und ich hoffe, dass trotz der negativen Meldungen des gesamten Tages der heutige Abend, die heutige Nacht, der morgige Tag für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Sicherheitsbehörden in Heiligendamm und drumherum nicht zu einer katastrophalen Veranstaltung wird. Das muss unsere erste Sorge sein, die wir haben. Ich hoffe, dass sich diese Sorge morgen in Luft auflösen wird.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Kubicki. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg: **Gewalttätige Demonstranten** sind Kriminelle und müssen auch so behandelt werden. Ich danke also im Namen des SSW dem Innenminister für seine klaren Worte und für den Bericht hier heute im Landtag.

Aus Sicht des SSW enthält der Berichtsantrag von CDU und SPD zumindest zwei Punkte, auf die noch einmal im Ausschuss eingegangen werden sollte. Ich meine zum einen das, was im vierten Spiegelstrich des Antrages enthalten ist, wo nach den Folgen oder Auswirkungen der entstandenen Mehrarbeitsstunden auf den Dienstbetrieb der **Landespolizei** gefragt wird. Ich hoffe, dass es möglich sein wird, die Überstunden auszuzahlen, und ich hoffe, dass es möglich sein wird, dieses für die gesamte Landespolizei zu machen, denn diejenigen, die zu Hause bleiben, haben ja auch darunter zu leiden, dass der G-8-Gipfel in Heiligendamm stattfindet.

(Beifall beim SSW)

Zum anderen gehe ich davon aus, dass wir im Ausschuss noch Näheres dazu erfahren, welche Rolle das neue **Polizeirecht** bei den Vorkehrungen von Polizei und Justiz im Vorwege des G-8-Gipfels gespielt hat. Das ist auch etwas, das im Antrag enthalten ist. Auch wenn es in Schleswig-Holstein keine Geruchsprüfung gab und sich unser Innenminister dankenswerterweise und zu Recht empört davon distanziert hat, so bleibt es dabei, dass wir ein neues Polizeirecht haben, das der Polizei neue Mittel in die Hand gibt. Ich denke, das sollte im Ausschuss noch einmal hinterfragt werden.

Aus Sicht des SSW will ich jetzt nicht die Debatte um das Polizeirecht wieder aufwärmen, aber es geht darum, dass wir uns bundesweit immer mehr von dem klassischen Straf- und Polizeirecht verabschieden und uns hin zu einem allgemeinen Gefahrenrecht bewegen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wo es um die Etablierung von **Frühwarnsystemen** geht, um kriminelle und terroristische Risiken schon im Vorfeld zu erkennen und auch zu bekämpfen.

(Anke Spoorendonk)

Auch der G-8-Gipfel an sich verkörpert dieses neue Sicherheitsdenken. Was das konkret heißt, sind die Menschen in Heiligendamm gerade dabei zu erfahren: Zuerst mussten sie stundenlang anstehen, um ihre „Badges“ - die Ausweise zum Passieren der Schleuse durch den 12 km langen Sicherheitszaun - zu bekommen. Nun werden ihre Autos auf einer stationären Anlage nach Sprengstoff gescannt, ihr Gepäck wie auf einem Flughafen durchleuchtet und sie selbst immer wieder untersucht. Schon vor Beginn des Gipfels war jeglicher Privatverkehr untersagt. Die Menschen müssen ihre Autos an bestimmten Kontrollstellen stehen lassen, um mit einem Shuttleservice nach Hause gebracht zu werden.

Mehr noch als alles andere ist der G-8-Gipfel aber aus Sicht des SSW ein Ausdruck für politische Inszenierung. Auch die Tatsache, dass sich sowohl amerikanische wie auch britische Marineeinheiten an der Überwachung des Tagungsortes beteiligen, zeigt ja in diese Richtung. Denn wie anders lässt sich erklären, dass der Sicherheit trotz Netzsperrung und dem Einsatz diverser Boote der Wasserschutzpolizei anscheinend immer noch nicht Genüge getan worden ist. Hier wird Macht demonstriert, damit letztlich die Staatschefs in ihrer Rolle als Global Players bestätigt werden. Für mich war in dieser Hinsicht die Stippvisite des amerikanischen Präsidenten in Kopenhagen 2005 ein richtiger „Augenöffner“. Das dänische Fernsehen übertrug damals live die Landung der „Airforce One“ - wovon es übrigens zwei gibt und man nie weiß, in welcher Maschine sich George Bush befindet -, den Einsatz von über 20 Hubschraubern und alles, was sonst noch geschah. Nichts, aber auch gar nichts wurde dabei dem Zufall überlassen. Ich referiere jetzt nur, was im Fernsehen zu sehen war. Erst recht gilt dies für die Landung von „Airforce One“, die von der Beleuchtung der Maschine bis hin zur Platzierung auf der Landebahn von einem Mitarbeiter des Weißen Hauses mit - wie ausdrücklich gesagt wird - Hollywood-Erfahrung inszeniert wurde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was wollen Sie damit sagen? Ich verstehe das nicht! Was hat das mit dem Thema zu tun?)

- Ich komme jetzt dazu, lieber Kollege: Aus Sicht des SSW ist es daher wichtig, dass wir uns die Geschichte dieses Gipfels vergegenwärtigen. Er wurde Mitte der 70er Jahre von Helmut Schmidt und dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing ins Leben gerufen und fand damals sozusagen in einem Hinterzimmer statt. Was seitdem daraus geworden ist, zeigt uns Heiligendamm.

Noch einen Punkt möchte ich in diesem Zusammenhang ansprechen: die Frage nach der Legitimie-

rung des G-8-Gipfels. Denn fest steht, dass die G-8-Runde praktisch eine private Initiative derjenigen ist, die sich als die wichtigsten Wirtschaftsmächte in der Welt verstehen. Sie vertreten aber nicht den Großteil der Weltbevölkerung. Der Gipfel entscheidet nichts, er kann nur beraten, wobei formal betrachtet völlig unklar ist, wen er berät - nicht die UNO, die ja eigentlich der Adressat der G-8-Empfehlungen sein sollte.

Daher sage ich, es ist an der Zeit, dass sich die G-8-Staaten darüber Gedanken machen, wie die Frage der Legitimierung zu regeln ist. Denn natürlich macht es Sinn, dass sich Staatschefs treffen. Mit der Konstruktion des UN-Sicherheitsrates wird ja auch der Tatsache Rechnung getragen, dass Großmächte „gleicher“ sind als andere Staaten, was aus meiner Sicht ja auch wesentlich dazu beigetragen hat, dass die UNO ein Erfolg - und ich sehe die UNO als Erfolg - ist. Um es ganz deutlich zu sagen: Die Zeit ist dem G-8-Gipfel davon gelaufen. Es ist nicht hinnehmbar, dass so viele Ressourcen dafür aufgewendet werden, dass zumeist demokratisch gewählte Politiker sich dermaßen von den Menschen abschotten, die sie gewählt haben. Gelingt es nicht, den G-8-Gipfel neu zu ordnen, dann gehört er, denke ich, abgeschafft.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Konsequenzen zeigen uns Heiligendamm. Daher sage ich noch einmal ganz klar und deutlich: **Gewalt von Demonstranten** hat nichts, aber auch gar nichts mit der Ausübung des Demonstrationsrechts zu tun. Den Gewalttätern ist alles egal. Ihnen geht es nicht um Demokratie, ihnen geht es nicht um Globalisierung, ihnen geht es allein darum, mit den brutalsten und dümmsten Aktionen, die man sich überhaupt nur vorstellen kann - also mit roher Gewalt -, das **demokratische System** aufzumischen. Umgekehrt kann es den ernstzunehmenden Kritikern der G-8-Runde nicht egal sein, dass es bei den aus Sicht des SSW notwendigen Demonstrationen gegen die marktkonforme Globalisierung gewalttätige Trittbrettfahrer gibt. Die furchtbaren **Ro-stocker Szenen** können also nur überwunden werden, wenn die G-8-Demonstrationen einen so großen friedlichen Zulauf erhalten wie möglich. Geschieht dies nicht, dann bleibt der Eindruck, dass die Befürworter des **Sicherheitsstaates** recht haben, wenn sie immer mehr Maßnahmen fordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein schwieriges Thema. Der niederländische Dichter und Maler Lucebert hat einmal gesagt: Alles von Wert ist schutzlos. Ich denke, das ist ein Spruch,

(Anke Spoorendonk)

der auch mit diesem Thema zu tun hat. Denn natürlich ist schrecklich, was geschehen ist. Aber natürlich müssen wir als Politikerinnen und Politiker weiterdenken. Darum sage ich ganz deutlich: Wir stimmen denjenigen zu, die der Meinung sind, dass wir - ich sage das jetzt einmal so - als Weltbürger und demokratische Gesellschaft die Geschicke unserer Welt nicht den eingezäunten Staatschefs von Heiligendamm überlassen können.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns dafür entschieden, dem Antrag der Grünen zuzustimmen. Wir legen nicht jedes Wort auf die Goldwaage. Wir finden es aber richtig, in dieser Debatte auch eine Alternative aufzuzeigen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir finden, dass diese Alternative in dem Antrag der Grünen enthalten ist.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Wir haben jetzt folgende Geschäftslage: Es gibt zwei Kurzbeiträge und auch der Herr Minister hat noch einmal um das Wort gebeten. Wir kommen erst zu den Kurzbeiträgen. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das muss heute wirklich nicht sein!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Dr. Garg, es ist zulässig und es muss auch sein.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal sagen, dass ich mich über die überwiegend differenzierte Debatte freue, die wir heute geführt haben - auch wenn wir in einigen Punkten unterschiedlicher Auffassung sind. Dieser Dank gilt insbesondere auch in Richtung des Kollegen Lehnert. Ich fand es ausgesprochen gut, dass von Ihrer Seite aus nicht nur über die Frage der Polizeitaktik geredet worden ist, sondern auch über die Ziele des G-8-Gipfels und über die Frage der **Globalisierung**. Ich finde es wichtig, dass wir in diesem Zusammenhang darüber reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte jetzt drei Punkte ansprechen. Erstens. Kollege Kubicki hat kritisiert, wir würden mehr Entwicklungshilfe fordern. Das war überhaupt nicht das, was wir gefordert haben. Wir haben gesagt, es geht um die Unterstützung der Eine-Welt-Initiativen in Schleswig-Holstein. Insofern geht es gerade um fairen Handel. Da geht es genau um das, worüber Sie gesprochen haben, nämlich um fairen Handel und um Initiativen in der Dritten Welt, die versuchen, ihre Produkte hier in Deutschland loszuwerden. Dass das unterstützt wird, dass Marktmechanismen gefunden werden - ich denke beispielsweise an die Kaffee-Initiative, die wir mittlerweile ja hier im Landtag haben - und dass es diese ehrenamtliche Zusammenarbeit in Projekten mit der Dritten Welt gibt, ist doch positiv.

Ich kann überhaupt nicht begreifen, wenn den Initiativen das Geld entzogen wird. Das muss ich in dieser Situation einfach einmal so sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zweitens. Irgendjemand sagte, wir haben gesagt, die G-8-Länder hätten keine Legitimation, Entscheidungen über den Rest der Welt zu fällen. Das heißt aber nicht, dass wir nicht von ihnen erwarten, dass sie eine Selbstverpflichtung für das aufnehmen, was sie selber betrifft. Das ist ein großer Unterschied.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Drittens. Am meisten hat mich aber der Beitrag des Kollegen Puls geärgert. Ich meine den Satz: „Wer sich mit dem Teufel einlässt ...“ Herr Kollege, wenn man diesen Satz zu Ende denkt, dann landet man - wie es einige Zeitungen ja auch wieder einmal getan haben - bei der Aufforderung, nicht mehr zu demonstrieren. Ich kenne das aus vielen Diskussionen von vor 20 oder 30 Jahren. Da wird politischen Bewegungen plötzlich gesagt, es sollte in dieser Republik nicht mehr demonstriert werden, weil das alles ungerecht und Unsinn sei und so weiter. Wir haben in diesen Diskussionen - häufig zusammen mit Sozialdemokraten - die **Demonstrationsfreiheit** in diesem Lande verteidigt; das waren ganz schwierige Auseinandersetzungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann nur eins sagen: Ich werde das auch in der Zukunft tun. Ich werde jedem, der behauptet, man würde nur nach Rostock oder Heiligendamm gehen,

(Karl-Martin Hentschel)

weil da Gewalttäter seien, entschieden entgegneten, lieber Herr Kollege Puls.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum Schluss. Die Mehrheit kann ja unseren Antrag ablehnen, aber ich glaube, die Fragen der Globalisierung werden uns in den nächsten Jahren noch weiter beschäftigen. Ich glaube, dass es ausgesprochen wichtig ist, dass auch - -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die Zeit, Herr Kollege.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss, ja.

Es ist ganz wichtig, dass sich der Landtag damit auseinandersetzt. Denn das sind Sorgen der größten Zahl der Menschen in diesem Lande. Die dürfen wir nicht ignorieren, die müssen wir aufnehmen und wir müssen entsprechende Antworten bieten.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hentschel, in der Tat ist ein wichtiger Aspekt, der heute angetippt worden ist, die Frage, wie wir das **Demonstrationsrecht** künftig sichern. Dann muss man aber auch in der Analyse ein bisschen ehrlicher und genauer sein. Es hat viele klare, notwendige, richtige Worte zur Verurteilung der Gewalt bei Demonstrationen gegeben. Man muss aber auch ein paar andere Dinge thematisieren.

Gewalttäter brauchen, um Gewalt im Block auszuüben, eine friedliche Demonstration, an die sie sich anhängen können. Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie es eigentlich dazu kommt. Das ist ja wahrlich nicht die erste Demonstration in Deutschland oder Europa, die im Chaos endet. Viele, manche vielleicht auch persönlich - ich jedenfalls persönlich - haben eine Reihe auch solcher Demonstrationen mitgemacht, die in Gewalt eskaliert sind. Man muss sich die Leute angucken, die Gewalt ausüben, die das vorbereiten, die schon verummummt zur Veranstaltung kommen. Man muss

auch über die und mit denen reden, die ein Stück klammheimliche Rückendeckung für **Gewalttäter** mit organisieren. Das kann man nicht aussparen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Deswegen sehe ich es als ein positives Signal, dass nach den gewalttätigen Ausschreitungen der eine oder andere Veranstalter - der eine oder andere ist ja schon wieder zurückgerudert - deutlich gemacht und der Schock des Umfangs an Gewalt dazu geführt hat, dass es zu einer klaren Abgrenzung kommen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das nehme ich als ein Stück positives Signal. Ich habe das zugegebenermaßen etwas zugespitzt formuliert, aber nach dem, was in der letzten halben Stunde über den Ticker läuft, muss man das noch einmal so formulieren. Es werden gerade im Windschatten sogenannter friedlicher Demonstranten Steine geworfen.

Man muss fragen, wie das Stück klammheimliche Rückendeckung zustande kommt. Das geschieht nicht aus Böswilligkeit heraus. Das sind Leute, die eigentlich ein positives Anliegen haben und die ich im Kern auch zu den Demokraten unter den Demonstranten zählen würde.

Aber wenn ich permanent die Legende vom **repressiven Staat** predige, darf ich mich nicht wundern, dass jede staatliche Maßnahme, jede Polizeimaßnahme als Provokation empfunden wird. Der Minister hat darauf hingewiesen. Das ist ein Problem. Wenn Staatsorgane, wenn Polizisten ihren Job tun, präsent sind, Wege sichern, polizeiliche Maßnahmen durchführen, ist das keine Provokation, sondern gehört zu den Spielregeln von Demokratie. Das muss auch an dieser Stelle einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Meine Damen und Herren, einen allerletzten Satz! Kollege Puls hat hinreichend deutlich gemacht, weswegen wir dem Antrag der Grünen nicht zustimmen werden. Liebe Kollegin Spoorendonk, den Satz, den Sie zum Schluss gesagt haben, kann man in einer Debatte normalerweise sagen. Man kann ihn allerdings nicht sagen nach dem, was in der letzten Woche passiert ist, nämlich den Satz: Wir legen nicht jedes Wort auf die Goldwaage.

Wenn man sich anschaut, was in Mecklenburg-Vorpommern passiert ist, und hier politisch etwas beschließen will, wovon ein Signal ausgeht, dann muss meines Erachtens jedes Wort stimmen, jedes

(Jürgen Weber)

Signal muss klar sein und da muss man ausnahmsweise auch einmal jedes Wort auf die Goldwaage legen. Wir werden dem Antrag der Grünen jedenfalls nicht zustimmen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schön, dass sich der Kollege Hentschel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei uns allen für die differenzierte Debatte bedankt.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Ich hätte mich gefreut, sein Beitrag wäre entsprechend differenziert gewesen. Dann hätten wir uns hier vielleicht einige Aufregung ersparen können.

Ich möchte auf einen Aspekt hinweisen, den der Kollege Weber mir dankenswerterweise schon vorweggenommen hat. Wir haben es mit einem organisierten internationalen **Tourismus von Gewaltbereiten** zu tun. Wer sich Kopenhagen anguckt und feststellt, dass Leute aus Berlin, nachdem sie im Fernsehen gesehen haben, dass da Krawalle losgetreten worden sind, mit Bussen und Zügen nach Kopenhagen fahren, um an der Randal teilzunehmen, wer feststellt, dass wir Gewaltbereite aus Mexiko, osteuropäischen Staaten und skandinavischen Staaten haben, der muss sich erinnern, warum die Fußballweltmeisterschaft so friedlich verlaufen ist: Weil die Polizeibehörden europaweit zusammengearbeitet und die gewaltbereiten Hooligans von vornherein von den Sportstätten ferngehalten haben.

Herr Kollege Weber, wir müssen uns auch fragen, warum wir Sportvereinen aufdrücken, wenn sie Sportveranstaltungen organisieren, für die Sicherung der Stadien selbst Sorge zu tragen, wir bei großen Demonstrationen dieser Art aber alles dem Staat überantworten.

Es gibt im **Versammlungsrecht** die Möglichkeit, dass Demonstrationen von Sicherheitskräften begleitet werden müssen, die dafür sorgen müssen, dass Sicherheit hergestellt wird. Das gilt nicht nur in verbaler Abgrenzung, sondern möglicherweise auch im Fernhalten von Leuten, die im martialischen Schwarzen Block auftreten. Das ist ja nicht unsichtbar, was dort geschieht.

Herr Kollege Hentschel, lassen Sie mich Sie zum Schluss zu einem Aspekt etwas ernsthafter zum Nachdenken bewegen wollen. Bei der Frage, ob ich Ländern in der dritten Welt Möglichkeiten verschaffe, geht es doch nicht um Nischen in Märkten, sondern um den Zugang zu Märkten überhaupt.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei CDU und SPD)

Herr Kollege Hentschel, solange Sie wie andere zulassen, dass beispielsweise die Europäische Union europäische Agrarprodukte für Dritte-Welt-Länder mit europäischen Steuermitteln so heruntersubventioniert, dass die einheimischen Produkte gar nicht konkurrenzfähig sein können, ist doch jede Diskussion über die Möglichkeit eines fairen Handels für die Menschen in Dritte-Welt-Ländern absurd.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das heißt, unsere erste Forderung müsste doch lauten: Lasst uns den Irrsinn beenden, dass in Europa produzierte Überschüsse in Afrika zu Schleuderpreisen auf den Markt gebracht werden und gleichzeitig Barsch von Südafrika nach Europa geflogen wird oder europäische Flotten vor afrikanischen Küsten den afrikanischen Staaten die Fische wegfishen. Das ist doch eine Frage des fairen Handels und der Möglichkeit des fairen Zugangs zu Märkten!

Ich sage noch einmal: Wer eine weltweit gerechte Entwicklung will, muss hinnehmen und auch wollen, dass Produktionen, die bisher in Industrienationen stattfinden, in Dritte-Welt-Länder verlagert werden, weil nur so die Möglichkeit geschaffen wird, dass diese Länder einen eigenen wirtschaftlichen Aufschwung und eigene wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Das wäre eine andere Diskussion als die: Lasst uns noch ein bisschen mehr sponsern, lasst uns aus 500 Millionen 750 Millionen € machen! Das ist doch ein Tropfen auf den heißen Stein, führt aber nicht zu einer grundsätzlichen Veränderung.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Redebeitrag des Kollegen Weber muss ich natürlich noch eine Bemerkung loswerden. Wir sind uns durchaus bewusst, was in dem Antrag von

(Anke Spoorendonk)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht. Nicht zuletzt von euch Sozialdemokraten möchte ich wissen, was ihr in dem Antrag nicht unterstützen könnt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Stritzl [CDU]: Das hat er doch gesagt!)

- Nein, er hat gesagt, was fehlt. Er hat gesagt, das Ansinnen des Antrages könne man unterstützen.

(Zurufe von der CDU)

- Lassen Sie mich bitte ausreden! - Das ist nach unserer Auffassung das Entscheidende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man bedenkt, wie viele Organisationen Menschenrechtsorganisationen, soziale Organisationen, sich an dem Anti-G-8-Gipfel beteiligen, an den Demonstrationen beteiligen, möchte ich gern wissen, wieso wir diese Menschen, die sich engagieren, nicht unterstützen können. Genau darum geht es bei dem vorliegenden Antrag.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage noch einmal: Aus unserer Sicht kommt es in dieser schwierigen Situation darauf an, nicht den Überblick zu verlieren. Wir drohen den Überblick zu verlieren, weil die Situation nach Rostock natürlich schrecklich ist. Aus unserer Sicht ist es aber Aufgabe der Politik, weitere Wege aufzuzeigen und zu sagen: Wir müssen uns trotzdem für das Demonstrationsrecht, für **friedliche Demonstrationen** und für friedliche Diskussionen einsetzen.

Keiner in diesem Plenum unterstützt gewalttätige Demonstranten; niemand tut das. Das ist ja auch nicht die zentrale Frage. Gewalttätige Demonstranten müssen wie Kriminelle bestraft werden. Richtig ist natürlich, dass die Vorfälle in Kopenhagen, die Demonstrationen um das Ungdomshuset gezeigt haben, was in Europa läuft. Die gewalttätigen Demonstranten sind vernetzt, sie haben eine Strategie und sie stellen kriminelle Elemente dar. Daran gibt es nichts zu deuteln. Aber wir müssen doch trotzdem dafür sorgen, dass wir - so möchte ich es einmal ausdrücken - das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum muss in dieser Diskussion auch ein positives Signal deutlich werden. Ich sehe den Antrag der Grünen als ein solches positives Signal an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die ganze Welt diskutiert über G 8, die Bürger und Bürgerinnen gehen auf die Straße und dieser Landtag drückt sich schlicht vor einer Positionierung.

(Widerspruch bei der CDU - Unruhe - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Sie haben deutlich gesagt, dass Sie unseren Antrag ablehnen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo waren Sie denn die ganze Zeit?)

- Ich war hier. Bisher haben wir noch nichts beschlossen.

(Unruhe)

- Ich habe wahrgenommen, dass wir bislang noch nichts zu G 8 beschlossen haben. Ihnen liegt ein Antrag vor. Den wollen Sie jedoch ablehnen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja und? Das heißt doch nicht, dass wir uns nicht positionieren!)

Es liegt kein Antrag von der CDU, der SPD oder der FDP vor.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch wirklich sektenhaft!)

Wenn Sie also unserem Antrag nicht zustimmen, wird es keinen Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Landtags geben.

(Zuruf von der CDU: Das ist aber schade!)

- Ja. Für Sie mag das Pillepalle sein.

(Zurufe und Unruhe)

Meiner Fraktion ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich dieses Parlament inhaltlich zu der Politik des G-8-Treffens positioniert. Das mag Ihnen nicht wichtig sein. Wir möchten jedoch, dass etwas beschlossen wird, und wir halten es für ein Armutszeugnis, dass die Große Koalition zwar an unserem Antrag herummäkelt, aber keine eigene Antwort hat.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat nun der Herr Innenminister.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Die Debatte veranlasst mich, doch noch einmal vier Bemerkungen zu machen. Zum einen: Ich glaube, man kann in der Situation, wie sie jetzt ist, nicht sagen: „Das Anliegen ist im Prinzip ja ganz vernünftig, lasst uns das einfach mal so machen!“ Auf die Besonderheit kommt es wirklich sehr an. Das heißt in der Tat, dass man sehr genau überlegen muss, welche Art von Texten man verfasst. Im Augenblick und vor dem Hintergrund der Ereignisse in dieser Woche wird die Frage wenig Aufmerksamkeit erregen, ob sich der Schleswig-Holsteinische Landtag nun zu sehr schwierigen **globalen Fragestellungen** äußert. Das ist einfach so im Rahmen einer Debatte, die ja schon sehr stark von anderen Faktoren geprägt ist. Was aber sehr wohl wahrgenommen wird, ist die Antwort auf die Frage, ob wir glasklar zwischen friedlichem, legalem Protest und Gewalttaten unterscheiden.

(Beifall bei CDU, SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Zweitens: Was das Thema der Mehrarbeit angeht, so will ich nur noch einmal deutlich sagen: Selbstverständlich wird das, was aus Mecklenburg-Vorpommern kommt - und ich gehe davon aus, dass die Zahlungen sowohl in zufriedenstellender Höhe als auch zeitgerecht erfolgen - an die Beamtinnen und Beamten weitergegeben. Wir haben uns mit dem Finanzminister darauf verständigt, dass das in der hierfür vorgesehenen Form erfolgt. Es ist für mich auch eine Selbstverständlichkeit, dies zu tun. Was die anderen Beamten angeht, so tun wir im Rahmen unseres Budgets das, was möglich ist. Ich möchte daher keine Versprechungen machen, weil wir immer sagen: Wir müssen unser Personalkonzept erfüllen und was darüber hinaus noch möglich ist, das machen wir. Da geben wir uns wirklich Mühe. Denn es ist in der Tat richtig, was über den Einsatz gesagt worden ist.

Drittens: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Lehnert, da Sie das Thema angesprochen haben - ich selbst wollte es gar nicht ansprechen - muss ich doch noch einmal eine Bemerkung zu Ihrem Satz machen, der sich auf die Bannmeile bezogen hat. Wir hatten zuvor über diese Frage einen Briefwechsel, den ich jedoch nicht öffentlich gemacht habe. Man kann in der Frage der **Bannmeilen** unterschiedlicher Auffassung sein. Die Kritik daran so zu deuten, dass

man hiermit den Polizeibeamten in den Rücken falle, das will ich für mich ausdrücklich zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Zuruf von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

Ich habe das in einem ganz anderen Kontext kritisiert. Ich habe gesagt - und dazu stehe ich auch -, dass die Einschränkung der Möglichkeit zu **friedlichen Demonstrationen** die Sache nicht erleichtert, sondern in Teilen erschwert, und zwar auch für die Polizeibeamten.

Ich möchte mich bei dem Oppositionsführer hier ausdrücklich für die konstruktive Rede bedanken, die er zu diesem Thema gehalten hat. Schließlich ist es ja nicht immer der Fall, dass Oppositionsführer dies tun. Er hat zu Recht gesagt: Das **Bundesverfassungsgericht** hat heute vor dem Hintergrund der aktuellen, dringlichen Situation hierzu eine Entscheidung getroffen. Das kann man auch nachvollziehen. Es bleibt jedoch dabei, dass man feststellen kann, dass es im Prinzip schwerer für **Gewalttäter** ist, wenn möglichst viele andere Menschen friedlich demonstrieren. Das ist ein Faktum. Dies muss allerdings mit einem Hinweis versehen werden, den auch der Kollege Weber zu Recht geäußert hat: Das heißt auch, dass man auch aktiv sagen muss - und das gilt nicht nur für die Organisatoren, sondern auch für die anderen -: Wir wollen das nicht. Da gab es übrigens vorbildliche Aktionen bei der Demonstration. Es gab Sprechchöre von Leuten, die zum Ausdruck brachten: „Wir wollen euch nicht haben! Wir wollen keine Gewalt, wir wollen hier friedlich demonstrieren!“ Das haben viele gemacht. Ich finde das vorbildlich.

Eben diesen Gedankengang habe ich geäußert, Herr Kollege Lehnert. Ich bin mit meiner Bemerkung mitnichten den **Polizeibeamten** - für die ich ja selbst die politische Verantwortung trage - in den Rücken gefallen. Auf diese Feststellung lege ich großen Wert und will das noch einmal von dieser Stelle aus betonen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Ein Letztes: Ich habe gerade eben - wir haben ja ständigen Kontakt zu unseren Polizeibeamten vor Ort; eben gerade hatten wir auch noch einmal Kontakt zu unserer Einsatzleitung- erfahren: Die Lage vor Ort ist im Augenblick außerordentlich gespannt. Bei allem, was man noch an Kritik äußern kann - mancher hat dabei mehr Erfahrung und mancher hat weniger Erfahrung -: Solche Einsatzlagen sind schwierig. Es ist zu Recht auch gesagt worden, dass wir teilweise - auch bedingt durch die gute

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Ausrüstung - auch Glück hatten. Es hätten bei diesem Einsatz auch Polizisten ums Leben kommen können; das muss man bei all dem, was hier gesagt wurde, immer bedenken. Ich glaube jedoch - und mir ist das auch so signalisiert worden -, dass unsere Polizeibeamten vor Ort hervorragende Arbeit geleistet haben. Sie haben übrigens auch in Hamburg am letzten Wochenende sehr gute Arbeit geleistet. Da wurde der Schwarze Block übrigens begleitet, und zwar zu Recht. Wenn Vermummte dabei sind, dann müssen diese auch begleitet werden, und dann muss versucht werden, zu verhindern, dass diese Personen gewalttätig werden können. Die Polizei in Hamburg weiß es sehr wohl zu schätzen, wenn sie von der schleswig-holsteinischen Polizei bei ihrer Arbeit unterstützt wird.

Ich bedanke mich für das, was Sie hierzu gesagt haben, und möchte ebenfalls der Hoffnung Ausdruck geben, dass wir in den nächsten Tagen nicht noch Schlimmeres erleben müssen als das, was wir hatten. Das sollten wir uns am Ende dieser Debatte alle wünschen.

(Beifall bei SPD, CDU und der FDP -
Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich weise pflichtgemäß darauf hin, dass der Beitrag des Innenministers neue Redezeiten eröffnet hat.

Ich sehe jedoch keine weiteren Wortmeldungen und schließe daher die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich stelle zunächst fest, dass der Antrag Drucksache 16/1402 durch den Bericht des Innenministers erledigt ist. - Da sind wir uns einig.

Ich stelle nun den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1423, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich möchte zur morgigen Sitzung noch einen geschäftsleitenden Hinweis geben. Wir hatten den Punkt 15 der Tagesordnung vorgezogen und bereits heute erledigt. An dessen Stellen werden wir morgen den Punkt 22 beraten, und zwar am Donnerstagnachmittag im Anschluss an Tagesordnungspunkt 8.

Wir sehen uns morgen früh um 10 Uhr wieder und werden die Beratungen mit Tagesordnungspunkt 24 beginnen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:57 Uhr